

# Vorlesung Sozialstrukturanalyse

Videoaufzeichnung:

<https://videoonline.edu.lmu.de/de/wintersemester-2018-2019/10519>

Prof. Dr. Josef Brüderl

WS 2018/19

This presentation is licensed under a CC-BY-NC 4.0 license.  
You may copy, distribute, and use the slides in your own work, as long  
as you give attribution to the original author on each slide that you use.  
Commercial use of the contents of these slides is not allowed.



BY

NC

# Inhalt

<b>1. Grundlagen</b>	04
<b>2. Die Bevölkerung der Gesellschaft</b>	
1. Struktur und Wandel der Bevölkerung	16
2. Fertilität	31
3. Mortalität	43
4. Migration	51
<b>3. Private Lebensformen</b>	
1. Verteilung und Wandel der Lebensformen	59
2. Partnerwahl, Heirat, Scheidung	70

# Inhalt

## **4. Soziale Ungleichheit**

1. Grundlegendes	87
2. Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit	
1. Bildung	108
2. Beschäftigung und Beruf	127
3. Einkommen und Vermögen	135
4. Gesundheit	160
3. Theorien sozialer Ungleichheit	165
4. Strukturen sozialer Ungleichheit	170
5. Soziale Mobilität	175

## **5. Literaturverzeichnis** 182



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 1: Grundlagen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Was ist Sozialstrukturanalyse?

- Analyse sozialer Strukturen
  - Aufbau der deutschen Gesellschaft
  - Internationaler Vergleich
- Analyse sozialer Prozesse
  - Wandel der deutschen Gesellschaft
  - Historischer Vergleich

## **Statt einer länglichen Definition:**

### **Was macht Sozialstrukturanalyse konkret?**

- Aufbau der Bevölkerung
  - Altersaufbau, Fertilität, Mortalität, Migration
- Verteilung der Lebensformen
- Soziale Ungleichheit
  - Verteilung von Sozialkategorien
    - Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, ...
  - Unterschiede zwischen Gruppen
    - Geschlecht, soziale Herkunft, ethnische Herkunft

# Ziele der Sozialstrukturanalyse

- Beschreibung (Deskription)
    - Beschreibung der sozialen Strukturen/Prozesse
  - Erklärung (Kausalität)
    - Warum gibt es diese sozialen Strukturen/Prozesse?
  - Politikberatung
    - Empirisch fundierte Beschreibungen und Erklärungen können die Grundlage politischer Entscheidungen sein
    - Evidenzbasierte Sozialpolitik
      - Beschreibung: Kenntnis über den Ist-Zustand
      - Erklärung: Verständnis der Zusammenhänge und Prozesse
      - Politisches Ziel: Vorstellung über den Soll-Zustand
      - Entwicklung einer politischen Maßnahme, um vom Ist-Zustand zum Soll-Zustand zu kommen
- „Making the world a better place to live“

# Was ist die wissenschaftliche Methode?

- Anstatt einer längeren Einführung in die Wissenschaftstheorie, der Kern:
- **Konsequentes Anzweifeln aller Ergebnisse (auch der eigenen!)**  
(aus: Richtlinien der LMU München zur Selbstkontrolle in der Wissenschaft)
- Ergebnisse werden erst akzeptiert, wenn sie unabhängig wiederholt (repliziert) werden konnten
- Wissenschaft, die aufhört zu zweifeln, die glaubt im Besitz der Wahrheit zu sein, wird Glaube bzw. Ideologie

# Satzarten

- Analytische Sätze
  - Definitionen
  - Tautologien/Kontradiktionen: wahr/falsch unabhängig vom Zustand der Welt
    - Tautologien und Kontradiktionen liefern keinen Erkenntnisgewinn
- Normative Sätze
  - Werturteile, Normen, Soll-Sätze
  - Haben keinen empirischen Gehalt und können deshalb durch empirische Forschung nicht begründet werden.
- Empirische Sätze
  - Stellen Behauptungen über prinzipiell beobachtbare Sachverhalte auf, die wahr oder falsch sein können
    - „Die Einkommensungleichheit in D ist von 2013 auf 2014 angestiegen“
  - Die empirische Überprüfung der Gültigkeit (Wahrheit) empirischer Sätze ist die Hauptaufgabe der Erfahrungswissenschaften

# Werturteilsfreiheit

- Max Weber im Verein für Socialpolitik 1909:  
Wissenschaft sollte wertfrei sein!
- Normative Sätze (ob etwas gut oder schlecht ist) sind empirisch nicht begründbar
  - Unmöglichkeitstheorem der naturalistischen Normbegründung
- Wertgesteuerte Wissenschaft führt leicht zu falschen Ergebnissen
  - Durch selektive Wahrnehmung (Bestätigungsbias)
  - Durch Manipulation / Fälschung
- Deshalb: Wertfreiheitspostulat
  - Wissenschaftler sollten bei ihrer analytischen / empirischen Arbeit ihre Werte so gut es geht ausblenden
  - Kontrolle nötig: Offenlegung von Methoden, Daten und Analysen (Möglichkeit der Replikation)

# Mögliche Analyseebenen

- Mikroebene
  - Analyse der Merkmale von Individuen
- Mesoebene
  - Analyse der Merkmale von Haushalten, Organisationen, etc.
- Makroebene
  - Analyse der Merkmale von Gesellschaften
    - Analyse sozialer Strukturen (synonym: kollektiver Phänomene)
- Sozialstrukturanalyse beschäftigt sich primär mit der Makroebene
  - Man will soziale Strukturen beschreiben und erklären
  - Man will die Veränderung sozialer Strukturen beschreiben und erklären

# Erklärung

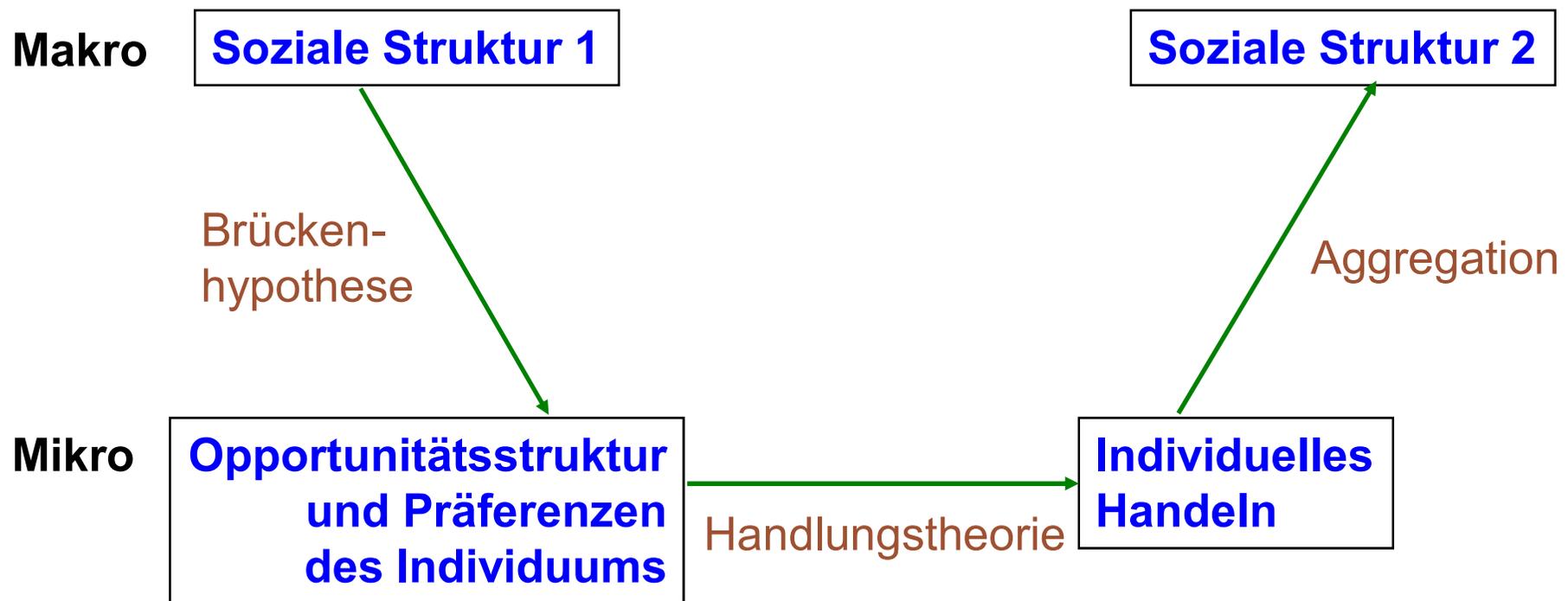
- Erklärungen sind Antworten auf „Warum-Fragen“
- Durkheims „Regeln der soziologischen Methode“ (1895)
  - „Soziales soll mit Sozialem erklärt werden“
    - Makro-Makro Erklärung
  - Beispiel einer Makro-Makro Erklärung:  
„Die Frauenerwerbsquote ist in den letzten Jahrzehnten angestiegen, weil im Rahmen der Bildungsexpansion das Bildungsniveau der Frauen angestiegen ist“



- Makro-Makro Erklärungen sind unvollständig
  - Wieso soll mehr Bildung mehr Erwerbstätigkeit bewirken?
  - Es fehlt ein Mikromodell der individuellen Handlungen (Handlungstheorie)

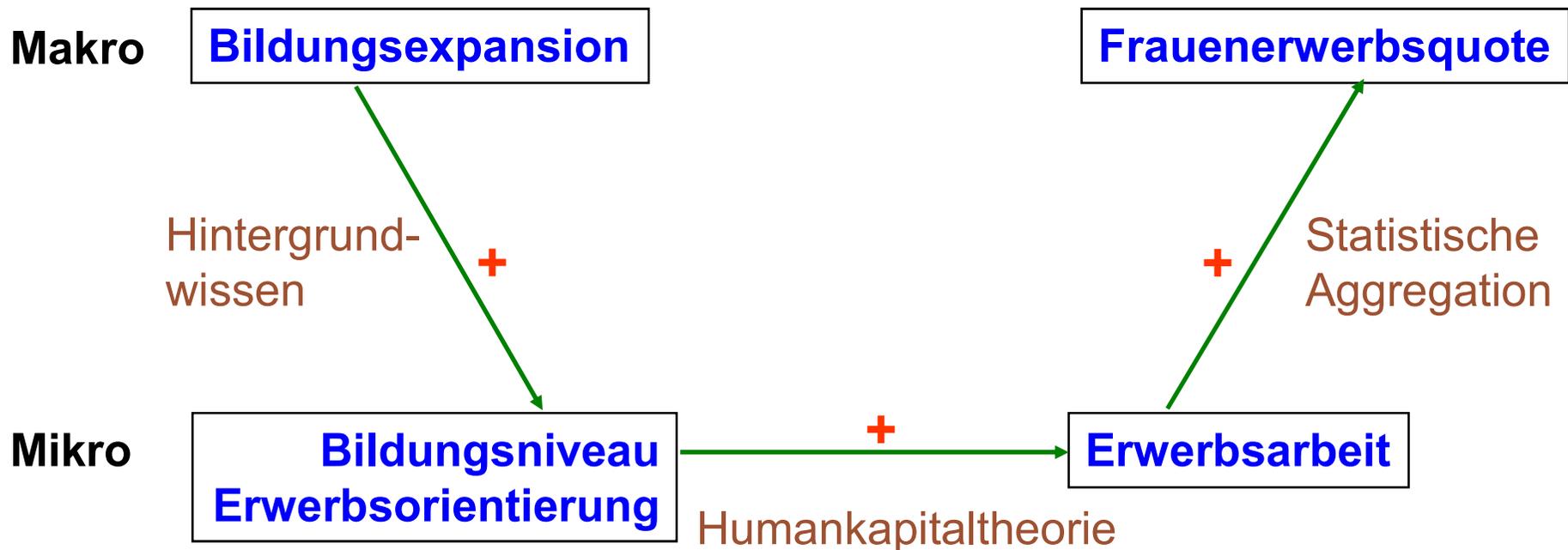
# Das Modell soziologischer Erklärung

- Deshalb in der analytischen Soziologie:  
**Mikrofundierung soziologischer Erklärung**
  - Makro-Mikro-Makro Erklärung
  - Nach dem „Erfinder“: Coleman’s-Boat (Esser (1993) Badewanne)



# Bildungsexpansion und Frauenerwerbstätigkeit

- Beispiel einer Makro-Mikro-Makro Erklärung
  - Brückenhypothese: Hintergrundwissen aus vielen empirischen Studien
  - Handlungstheorie: den Zusammenhang zwischen Bildung und Erwerbsarbeit hat insbesondere die Humankapitaltheorie herausgearbeitet
  - Aggregation: hier einfach eine statistische Definition



# Querschnitt und Längsschnitt

- Querschnittbetrachtung
  - Zeitpunktbezogenes Bild sozialer Strukturen
  - Vorteil: die meisten Daten fallen querschnittlich an
  - Nachteile: immer unvollständig
- Längsschnittbetrachtung
  - Makroebene
    - Zeitreihen geben den sozialen Wandel wider (Trends)
  - Mikroebene
    - Paneldaten erlauben die Untersuchung individueller Dynamik
- Längsschnittanalyse auf Mikroebene
  - Makro-Zeitreihe: 10% Armutsquote über die Jahre konstant in einem Land
  - Mikroanalyse: 10% der Personen sind ihr ganzes Leben arm, oder alle Personen sind 10% ihrer Lebenszeit arm?

# Analytische Sozialstrukturanalyse

- Diese Vorlesung folgt den Grundprinzipien der analytischen Soziologie
  - Klare und präzise Analysen (verständlich)
  - Erkenntnisse aufgrund empirischer Analysen (evidenzbasiert)
    - Beschreibung sozialer Strukturen und Prozesse mit Daten
    - Kritisch gegenüber den Daten/Methoden (methodenkritisch)
  - Erklärungen der Strukturen/Prozesse
    - Insbesondere mittels Makro-Mikro-Makro Erklärungen
  - Wertfreie Analysen
    - Nicht ständig als „gut“ bzw. „schlecht“ bewerten



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 2: Bevölkerung

## 2.1 Struktur und Wandel der Bevölkerung

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



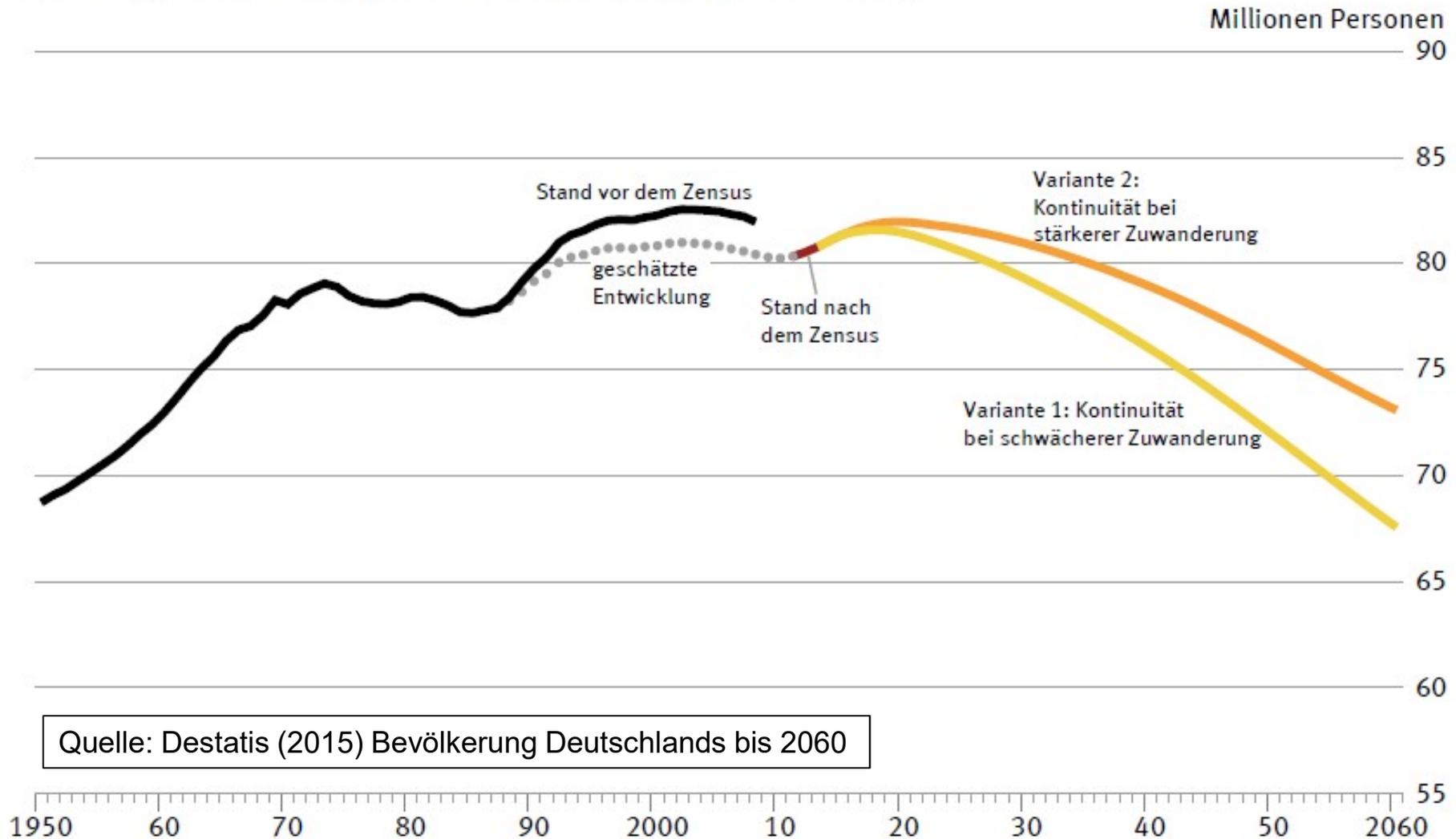
# Bevölkerung

- Die Bevölkerung ist die Basis der Gesellschaft
  - Wissenschaftliche Disziplin: Demographie
- Wohnbevölkerung in Deutschland (2017)
  - 82,8 Mio. (2011: 80,3 Mio.)
  - Bevölkerungsstruktur
    - 51 % Frauen, 49 % Männer  
„Sex-Ratio“ = 0,96; 96 Männer auf 100 Frauen
    - 12,7 % sind Ausländer  
23,3 % haben Migrationshintergrund
    - 21 % sind 65+
- Demographische Grundgleichung
  - $Bev_t = Bev_{t-1} + \text{Geburten} - \text{Sterbefälle} + \text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}$

# Die Entwicklung der Bevölkerung in D

Bevölkerungszahl von 1950 bis 2060

Ab 2014 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



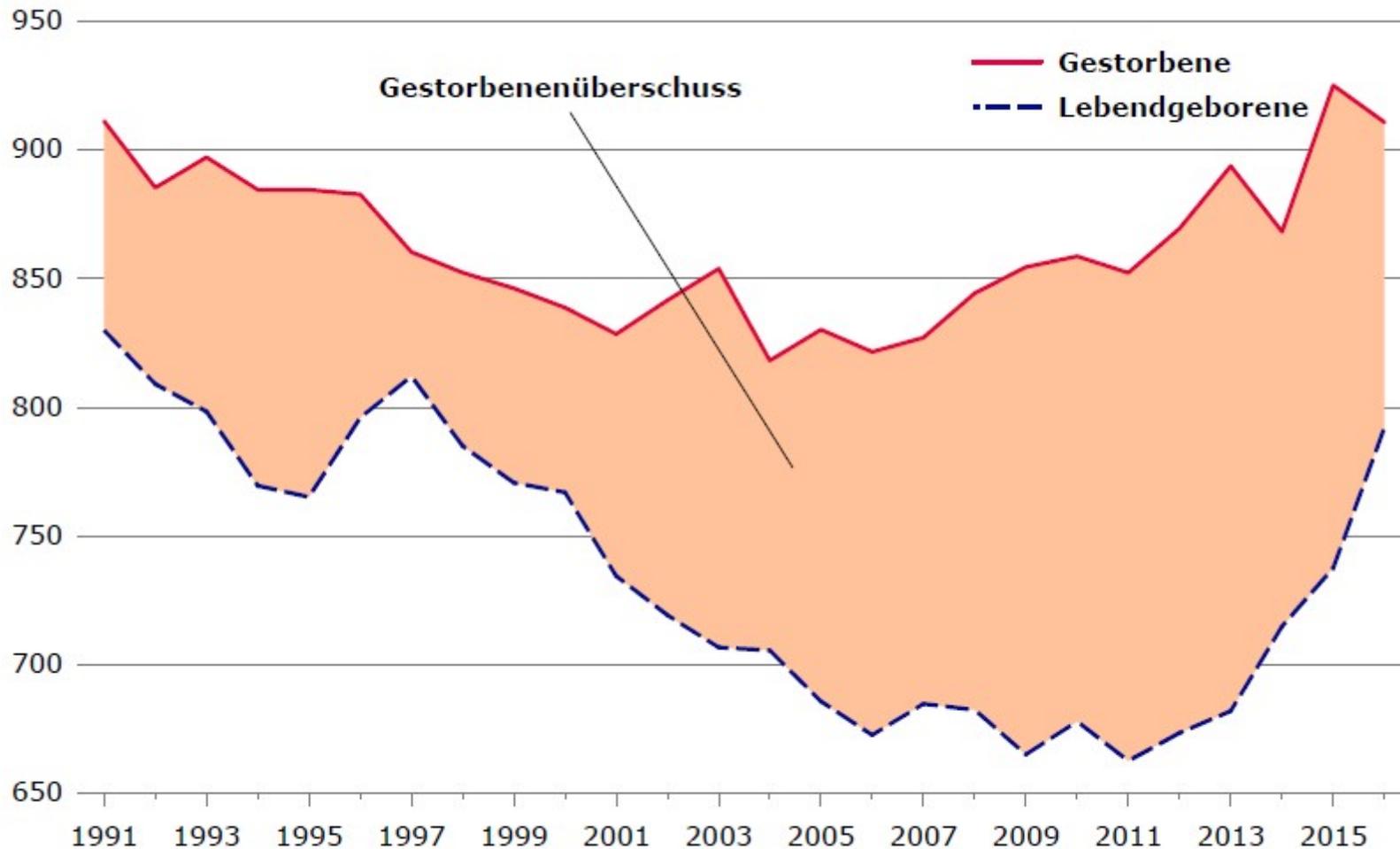
# Interpretation der Abbildung

- Entwicklung bis heute
  - Anstieg in den 1960ern: Baby-Boom und Zuzug der „Gastarbeiter“
  - Dann Rückgang ab 1974: „Pillenknick“ und Anwerbestopp
  - Dann wieder Anstieg 1987-95: Immigration ab 1990
    - Aussiedler, Ex-Jugoslawien
  - Stagnation 1995 – 2010
  - Seitdem wieder Anstieg durch Immigration
- Prognose
  - Beide Varianten nehmen eine konstante Geburtenrate von 1,4 und eine steigende Lebenserwartung um ca. 6 Jahre an
  - Beide Varianten nehmen an, dass das Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei + 500 Tsd. liegt und dann wieder zurückgeht
    - Variante 2: auf 200 Tsd.
    - Variante 1: auf 100 Tsd.
  - Nach dieser Prognose wird die Bevölkerung erst noch wachsen und dann ab ca. 2020 schrumpfen, auf ca. 73 Mio. in 2060

# Bilanz der Geburten und Sterbefälle

## Bilanz der Lebendgeborenen und Gestorbenen in Deutschland, 1991 bis 2016

Anzahl in 1.000



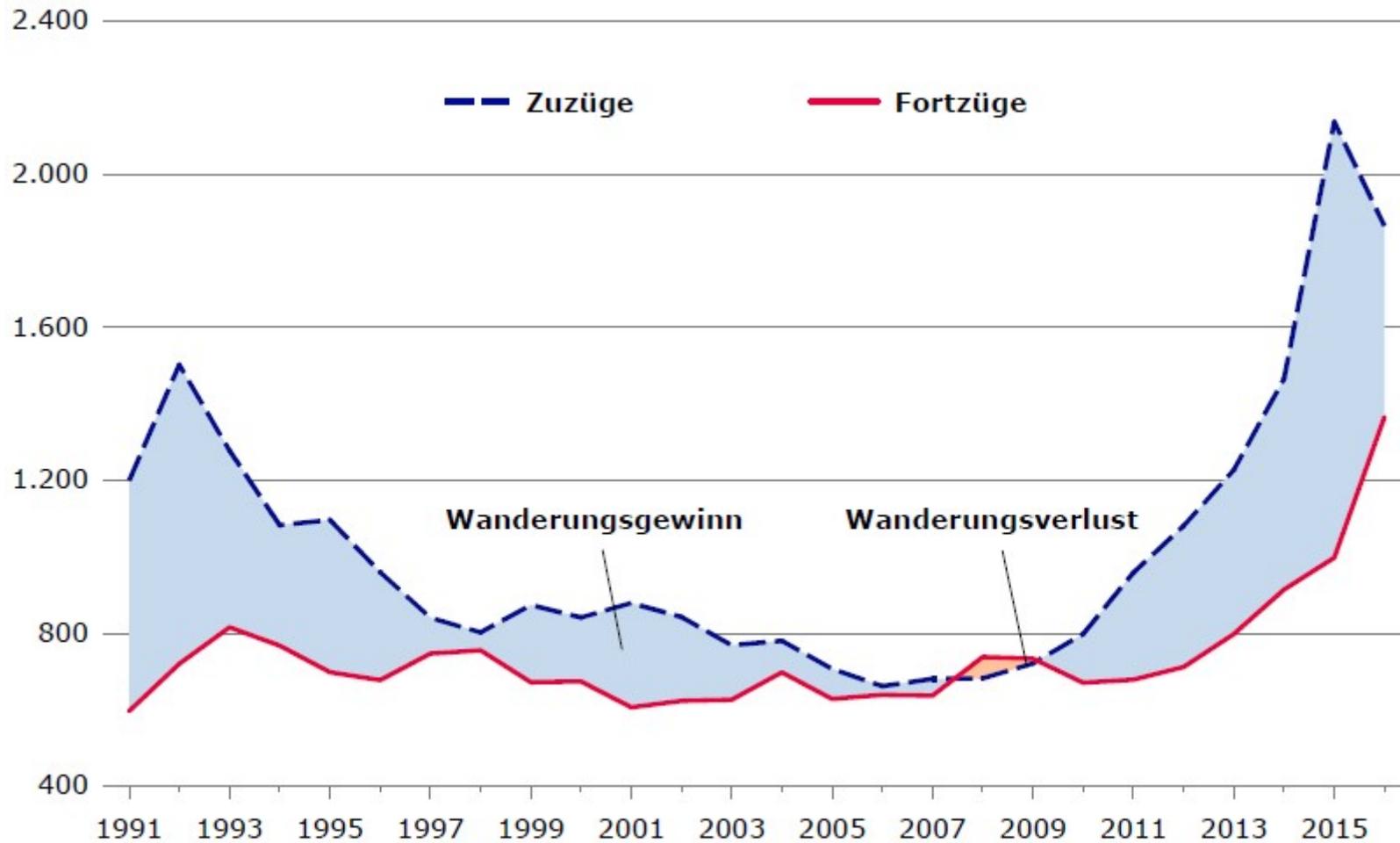
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2018

# Bilanz der Zu- und Fortzüge

## Bilanz der Zu- und Fortzüge in Deutschland, 1991 bis 2016

Anzahl in 1.000



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

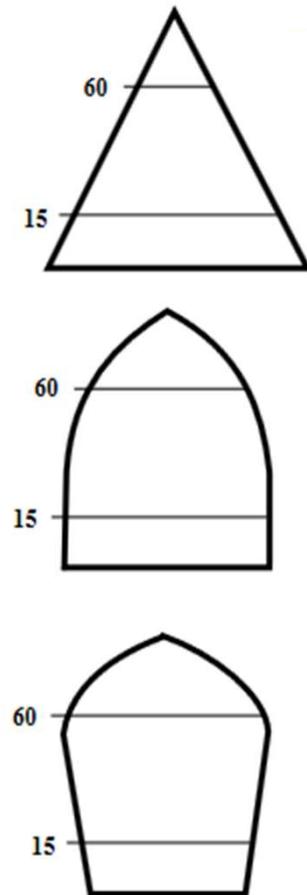
© BiB 2018

# Exkurs: Wie viele Einwohner hat D?

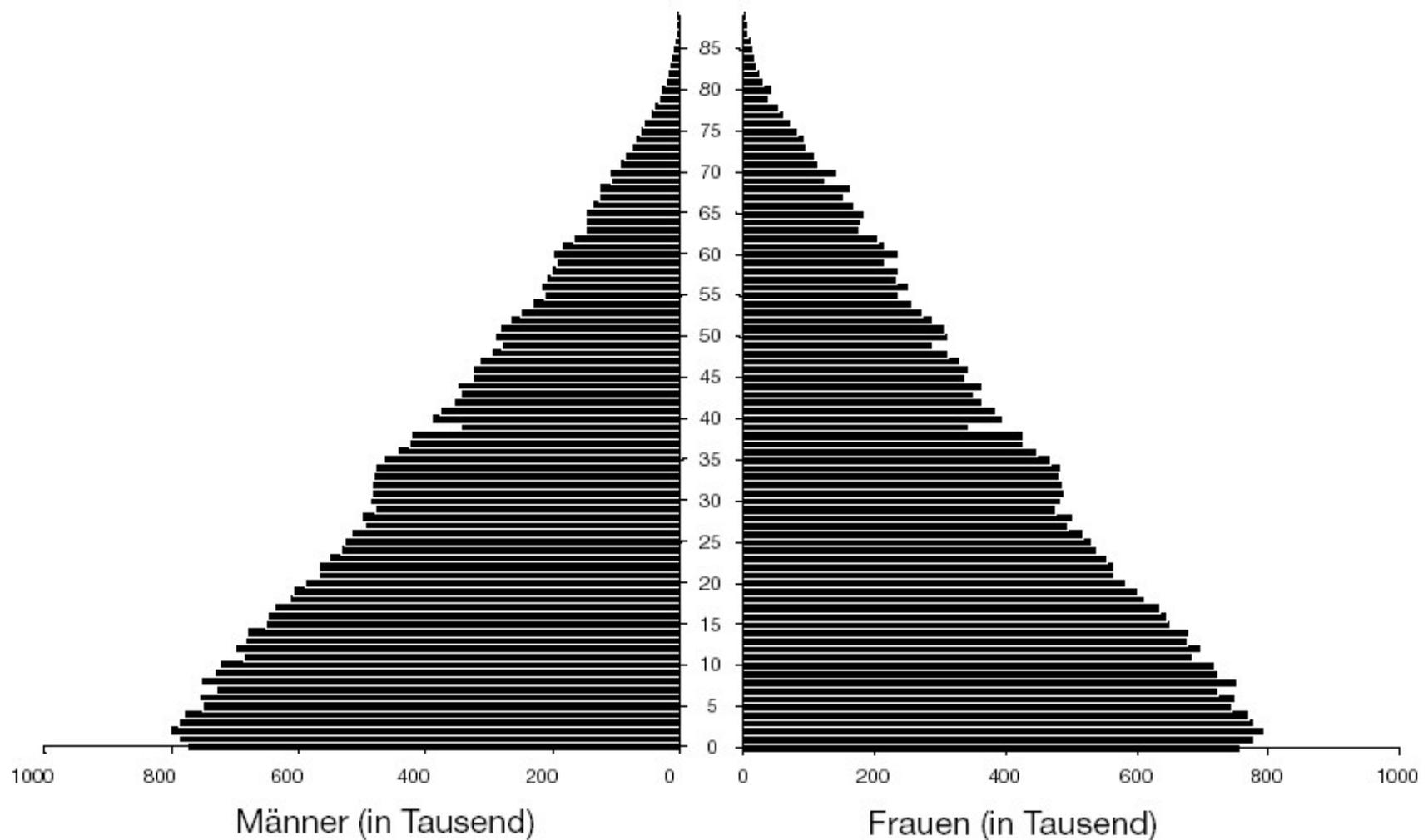
- Die Bevölkerungszahl ist wichtig für
  - Steueraufteilung, Länderfinanzausgleich, Wahlkreiszuschnitte, ...
- Volkszählungen
  - UN Empfehlung: Volkszählung alle 10 Jahre
  - Letzte Volkszählung in BRD 1987 (DDR 1981)
    - War ungenau wegen Boykott vieler Bürger
    - Fortschreibung erfolgte anhand der Einwohnermelderegister
    - Melderegister sind ungenau, in manchen Städten 20% „Karteileichen“
  - Zensus 2011
    - Keine „echte“ Volkszählung, sondern „registergestützt“:  
Melderegister, Arbeitnehmerregister der BA
    - 10% Bevölkerungs-Stichprobe (→ Korrektur der Register)
- Ergebnis des Zensus 2011 (Mai 2013 bekanntgegeben)
  - Einwohnerzahl bisher um 1,5 Mio. überschätzt!
  - Aber ob die Korrektur der Register funktioniert hat, ist unklar

# Altersstruktur der Bevölkerung

- Altersstruktur ist die Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung (meist 0-95)
- Makroeffekt der demographischen Prozesse der letzten 100 Jahre
  - Geburten, Sterbefälle und Wanderungen
- Drei Grundtypen der Altersstruktur
  - Wachsende Bevölkerung (Pyramide)
    - Es werden mehr Kinder geboren, als für die Reproduktion erforderlich
  - Stationäre Bevölkerung (Bienenstock)
    - Jeder Jahrgang reproduziert sich gerade selbst
    - Bevölkerungszahl bleibt gleich
  - Schrumpfende Bevölkerung (Pilz)
    - Es werden weniger Kinder geboren, als für die Reproduktion erforderlich



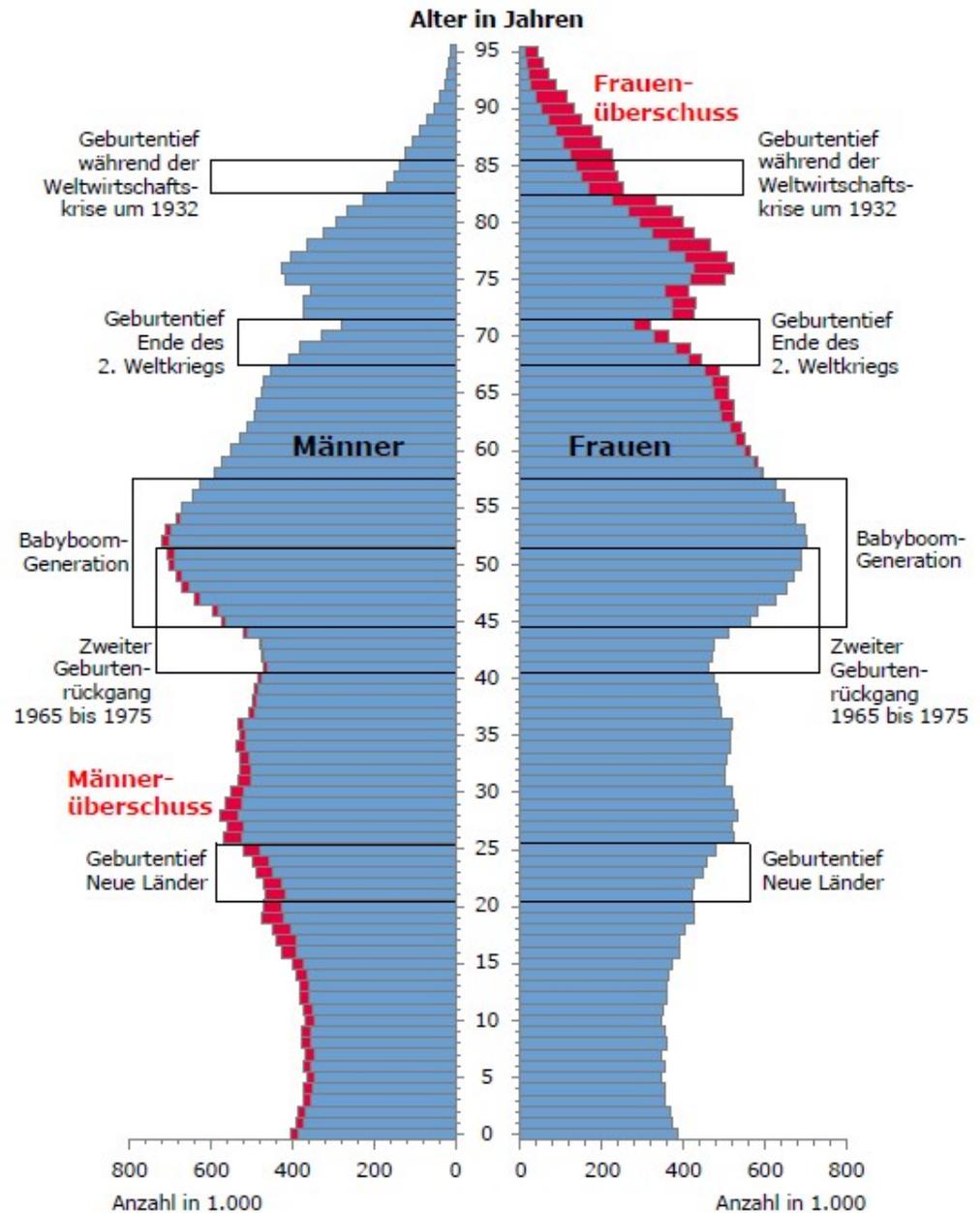
# Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands 1910



Quelle: Thomas Klein: Sozialstrukturanalyse, S. 46

# Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands 2016

- Das wechselvolle 20. Jhd. spiegelt sich in der Altersstruktur wider!
- Typ
  - Tannenbaum (wg. Baby-Boom) auf dem Weg zum Pilz
- Sex-Ratio bei Geburt
  - 1,05
  - 105 Buben auf 100 Mädls



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2018

# Effekte der Altersstruktur I

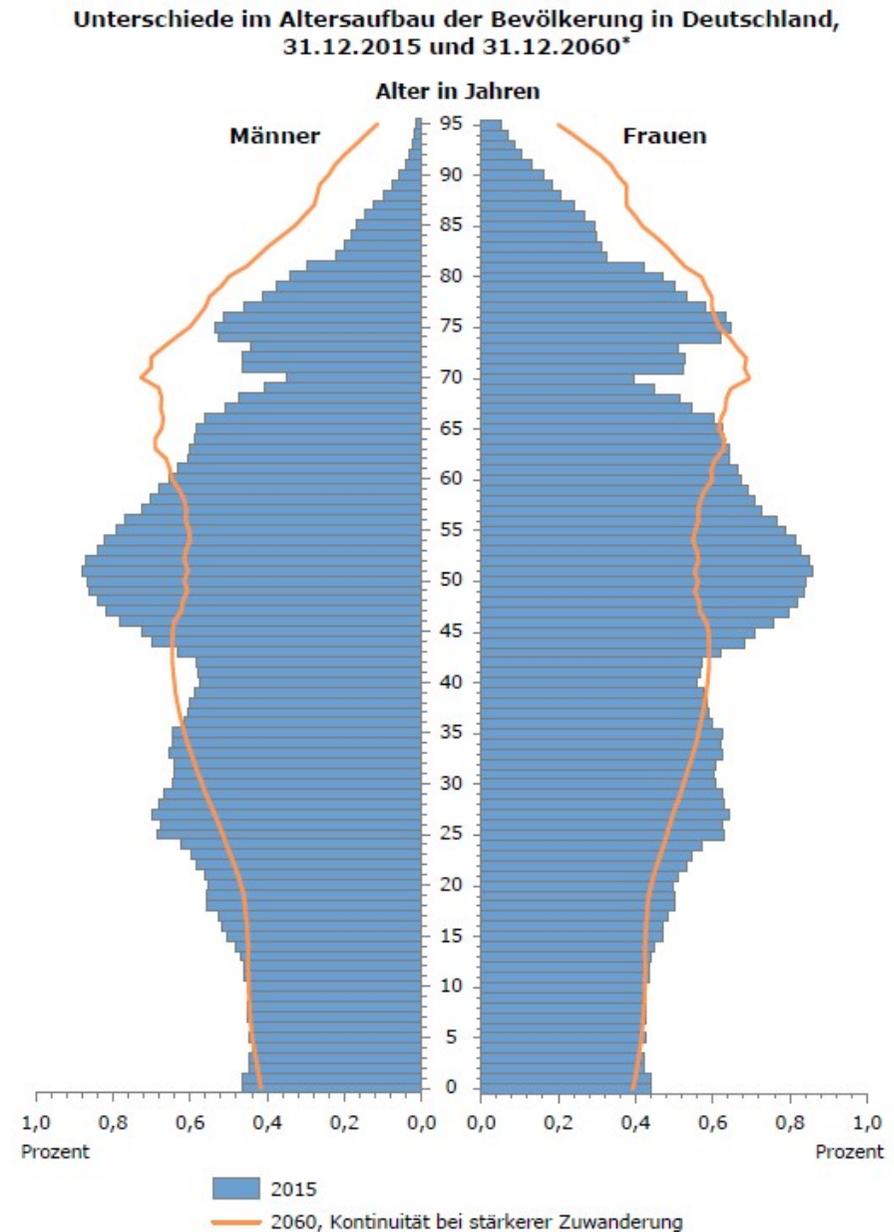
- „Echo-Effekte“ eine Generation später
  - Baby-Boomer erzeugten ca. 1990 einen zweiten (kleineren) Boom
  - Und aktuell einen dritten (noch kleineren) Boom
- Effekt der Kohortengröße
  - Stark besetzte Kohorten (Baby-Boomer) haben in Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt „crowding“ Probleme
    - Schrumpfende Kohorten haben entsprechend Vorteile
  - Easterlin (1973) Hypothese
    - Kleine Kohorten profitieren auf dem Arbeitsmarkt und können sich wieder mehr Kinder leisten (Folge: Baby Boom), und vice versa
    - Allerdings empirisch falsch

# Effekte der Altersstruktur II

- Effekte der Altersstruktur im Partnermarkt
  - Annahme: „Rückzug“ aus dem inländischen, heterosexuellen Partnermarkt bei Männern und Frauen gleich häufig
    - Singles, ausländische Partner, gleichgeschlechtliche Partnerschaften bei Männern und Frauen gleich häufig
  - Altersabstand bei Paaren: Frau im Schnitt 2-3 Jahre jünger
  - Bei wachsender Bevölkerung ist der Partnermarkt tendenziell ausgeglichen
    - Bsp.: 5% Wachstum, dann werden im folgenden Jahr 105 Mädchen geboren, bei einem Jahr Altersabstand erfolgt der Ausgleich
  - Bei konstanter/schrumpfender Bevölkerung gibt es ein Ungleichgewicht
    - Nicht alle Männer finden eine Partnerin

# Alterung der Gesellschaft

- Vergleich der Altersstruktur 2015 und 2060
    - Beide Graphen relativ!
  - Annahmen für 2060
    - Anhaltend niedrige Geburtenrate
    - Steigende Lebenserwartung
    - 200 Tsd. Immigration
- „perfekter“ Pilz
- Weniger Junge, mehr Alte (relativ gesehen)



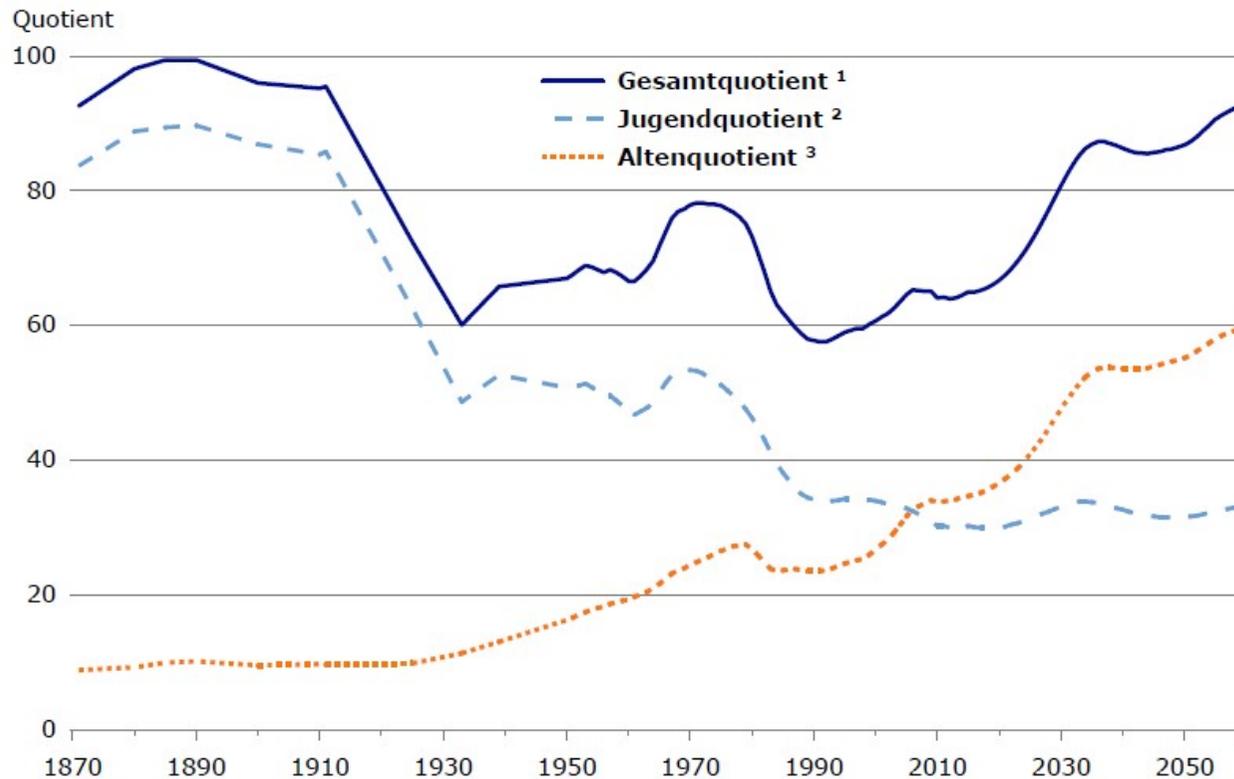
\* 2060: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015, Variante 2A: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo: 200.000 jährlich).

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Kennzahlen der Altersstruktur: Unterstützungsquotienten

Jugend-, Alten- und Gesamtquotient in Deutschland, 1871 bis 2060\*



<sup>1</sup> Unter 20-Jährige + 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige

<sup>2</sup> Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige

<sup>3</sup> 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige

\* Ab 2016: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015, Variante 2A: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo: 200.000 jährlich).

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Folgen der Alterung

- Alterung der verfügbaren Erwerbspersonen bremst den technischen Fortschritt, denn Ältere sind weniger innovativ
  - Aber: Es gibt Studien, die zeigen, dass Ältere sorgfältiger arbeiten
- Anstieg des Altenquotienten gefährdet die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme
  - Leistungen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung an die Alten werden von den gegenwärtig Erwerbstätigen finanziert
  - Aber: Finanzierbarkeit der Sozialsysteme hängt auch von Produktivität ab
    - Steigt die Produktivität synchron mit dem Altenquotient, dann müssen die Beitragssätze nicht steigen (bei konstantem Rentenniveau)
    - Steigt die Produktivität langsamer, dann kann z.B. durch eine längere Lebensarbeitszeit gegengesteuert werden



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 2: Bevölkerung

## 2.2 Fertilität

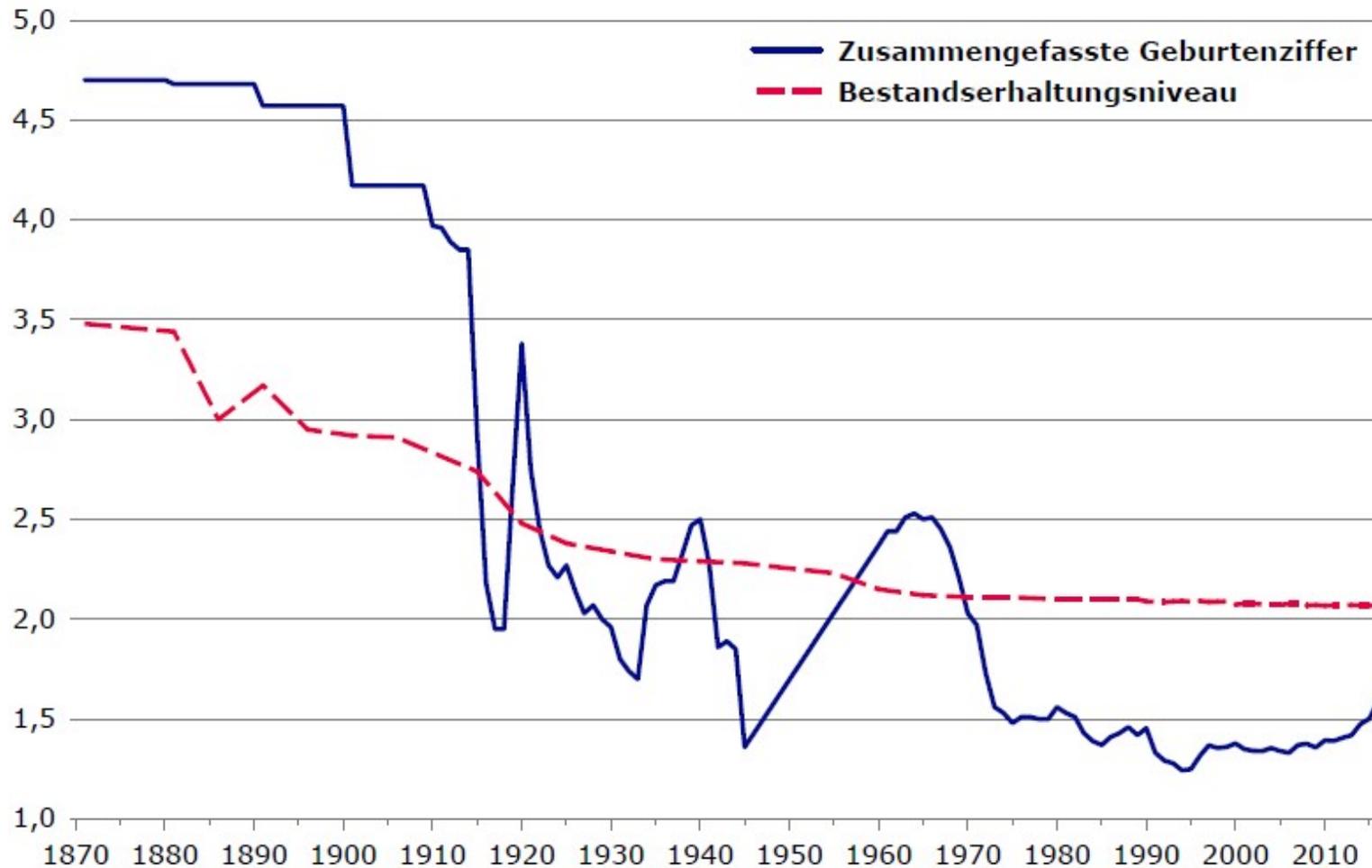
Josef Brüderl  
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Fertilität: Die Veränderung der Geburtenrate

## Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, 1871 bis 2016

Zusammengefasste Geburtenziffer



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Europarat, Berechnungen verschiedener Autoren © BiB 2018

# Fertilität: Die Veränderung der Geburtenrate

- Zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR)

- Perioden-Kennziffer:

Summe der altersspezifischen Geburtenziffern eines Jahres

$$\text{TFR}_{45} = \sum_{x=1}^{45} g_x$$

- Durchschnittliche Kinderzahl einer fiktiven Frauenkohorte, wenn sie sich so verhielte, wie die Frauen des aktuellen Jahres

- Der Geburtenrückgang

- Einige leicht erklärbare Periodeneffekte

- Die beiden Weltkriege mit anschließenden Nachholeffekten
- Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er
- Die Baby-Booms im Dritten-Reich und um 1960

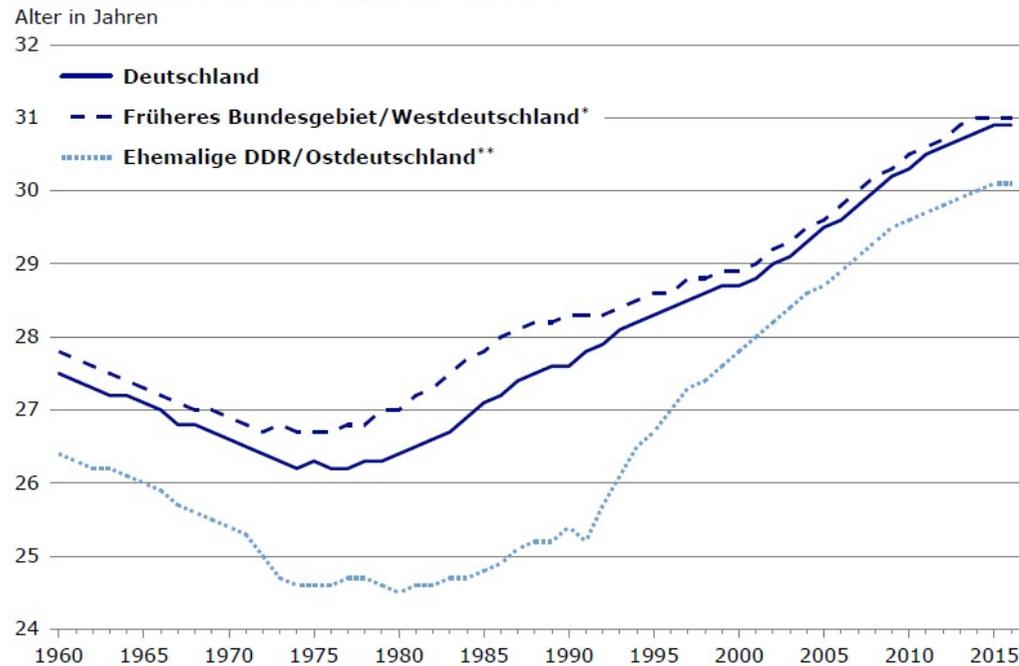
- Trend sinkender Geburtenziffern (Erklärung folgt)

- 1. Geburtenrückgang Anfang des 20. Jhd.: von 5 auf 2
- 2. Geburtenrückgang in den 1970ern: von 2 auf 1,5

# Probleme der TFR

- TFR ist eine Perioden-Kennziffer
  - Reagiert auf „Tempo-Effekte“: Wenn sich z.B. das Alter bei Geburt erhöht, wird die „wahre“ Geburtenziffer unterschätzt
  - In Deutschland stieg das Geburtsalter stetig an  
→ TFR unterschätzt die Fertilität

**Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2016**



\* ab 1990 ohne Berlin

\*\* ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: 1960 bis 1989: Europarat, ab 1990: Berechnungen BiB

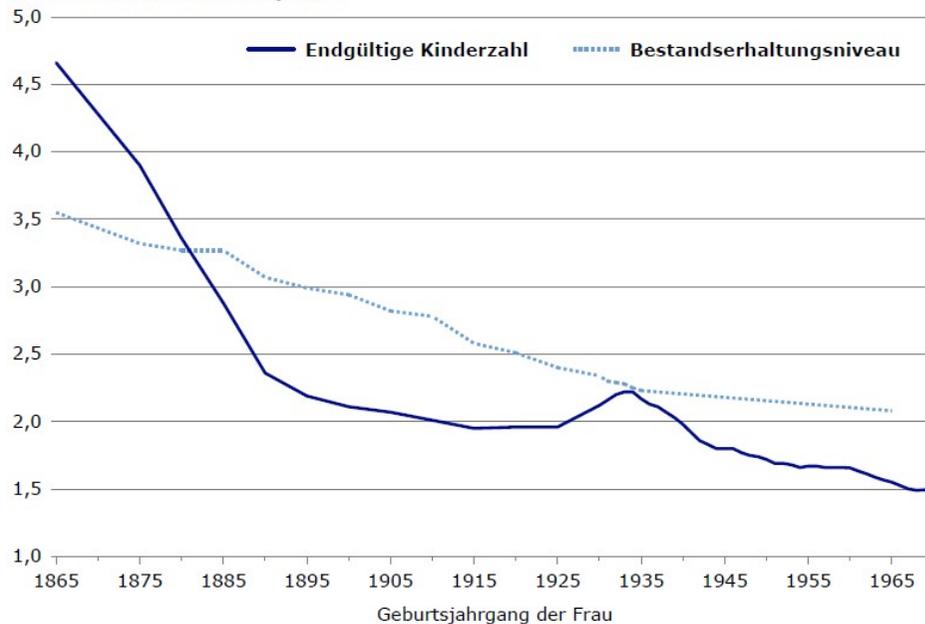
© BiB 2018

# Die endgültige Kinderzahl

- Zur Abbildung des Geburtsverhaltens einer Geburtskohorte ist die Kohorten-Kennziffer „endgültige Kinderzahl“ (completed fertility rate, CFR) besser geeignet
  - Summe der altersspezifischen Geburtenziffern einer Kohorte bis 45
  - Durchschnittl. Kinderzahl, die die Kohorte tatsächlich bekommen hat
  - Nachteil: Erst bekannt, wenn Kohorte 45 ist

Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1970 in Deutschland (Stand: 2015)

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen verschiedener Autoren

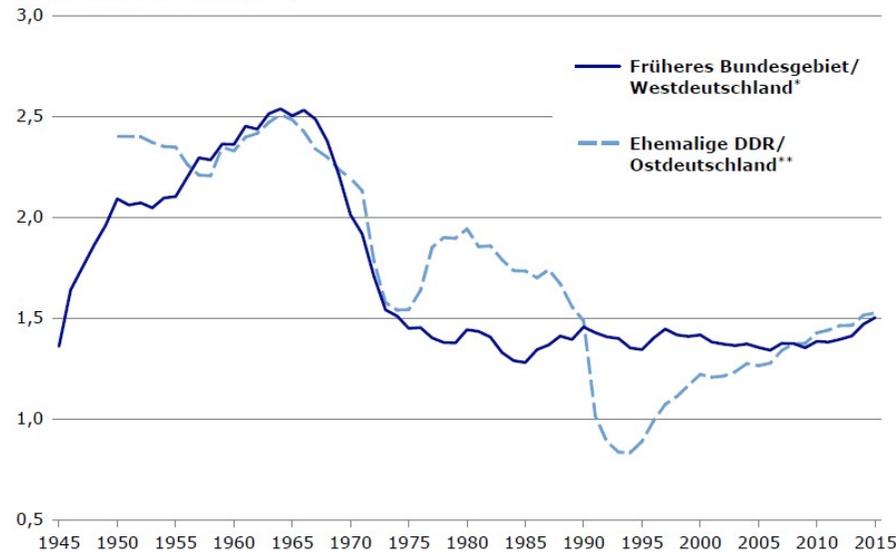
© BiB 2017

- Paritätenverteilung Jg. 1960
  - 0 Kinder: 18 %
  - 1 Kind: 24 %
  - 2 Kinder: 40 %
  - 3 Kinder: 13 %
  - 4+ Kinder: 5 %

# West-Ost Vergleich

**Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1945 bis 2015**

Zusammengefasste Geburtenziffer



\* ab 1990 ohne Berlin

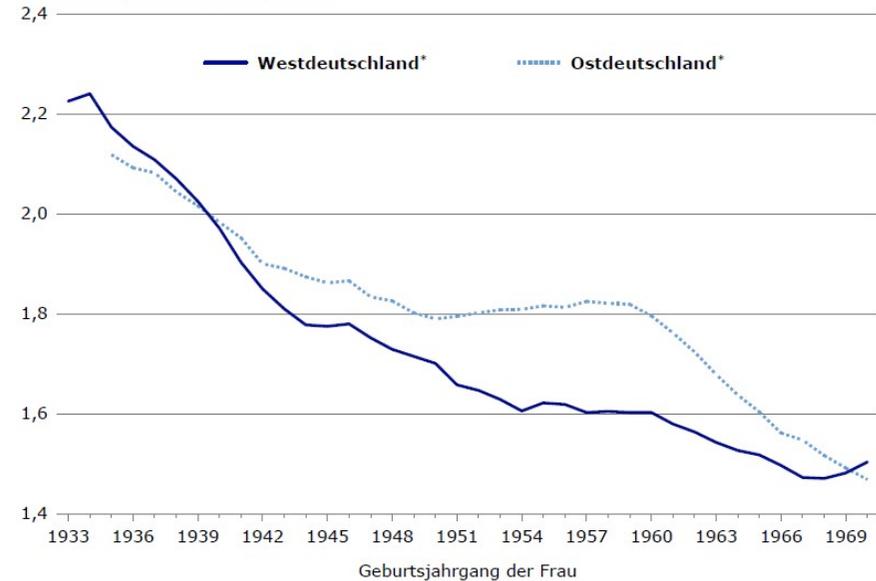
\*\* ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

**Endgültige Kinderzahl je Frau in West- und Ostdeutschland, Geburtsjahrgänge 1933 bis 1970 (Stand: 2015)**

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau



\* jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik

© BiB 2017

- **Entwicklung TFR**

- Bis 1970 recht ähnlich (trotz Mauer!)
- Baby-Boom 1975-1990 („Honecker-Berg“)
- Geburteneinbruch 1990 („Wende-Schock“)

- **Entwicklung CFR**

- „Honecker-Berg“ ist real, nicht nur Timing-Effekt (Erklärung folgt)
- „Wende-Schock“ nur Periodeneffekt, Anpassung an West-Verhalten

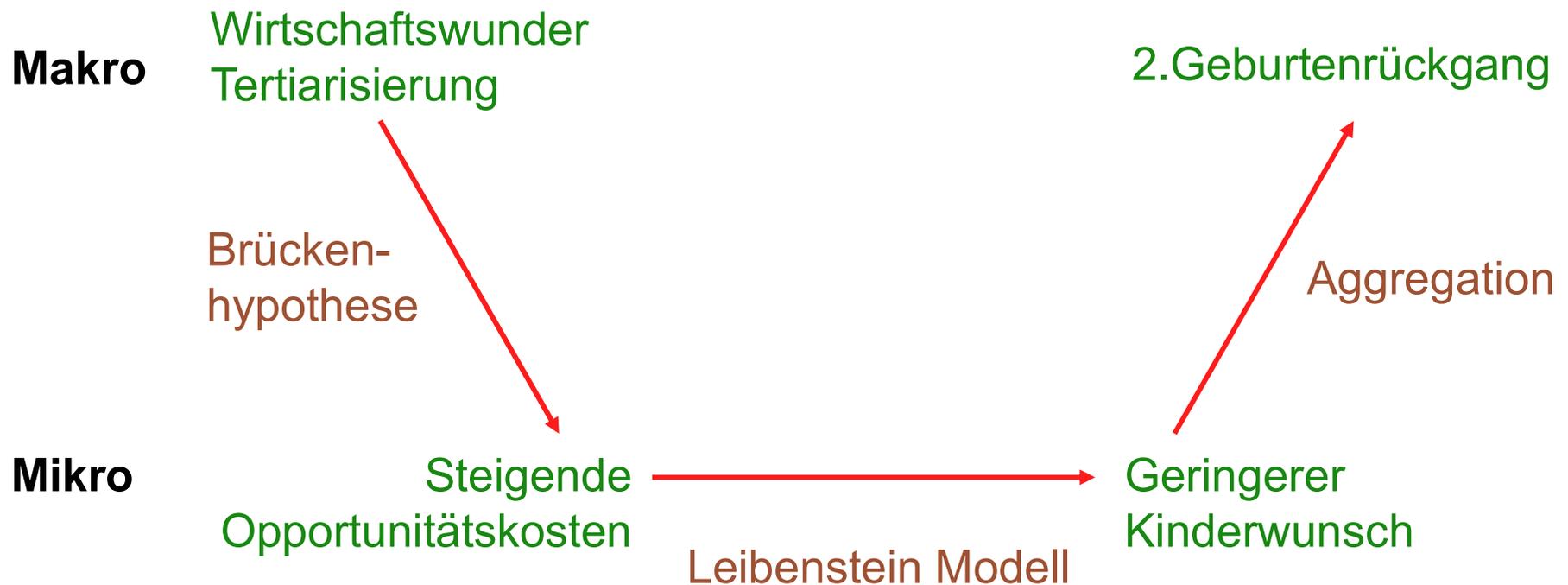
# Eine familienökonomische Handlungstheorie: Nutzen und Kosten von Kindern

- Systematik von Harvey Leibenstein (1957)
  - Nutzen
    - Konsumnutzen
      - Affektiver Nutzen von Kindern (Kinderliebe)
    - Einkommensnutzen
      - Wert von Kindern als Arbeitskraft
    - Versicherungsnutzen
      - Alterssicherung durch die eigenen Kinder
  - Kosten
    - Direkte Kosten
      - Monetäre Kosten für Nahrung, Kleidung, Ausbildung, etc.
    - Opportunitätskosten: Kinder kosten Zeit
      - Einschränkung der Erwerbstätigkeit
      - Konsum- und Freizeitverzicht  
[„Konkurrenz der Genüsse“, Lujo Brentano 1909]

# Erklärungen der Trends

- 1. Geburtenrückgang
  - Von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft
    - Bauern wurden zu Arbeitern und Angestellten
    - Einführung von Sozialversicherung, insb. Rentenversicherung
  - Der Nutzen von Kindern sank, weil Arbeits- und Versicherungsnutzen aufgrund der strukturellen Änderungen zurückgingen
  - Analoge Erklärung: Türkische Migrantinnen in Deutschland
- 2. Geburtenrückgang
  - Von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs-, Freizeit-, Konsumgesellschaft
    - Frauen haben auch „tolle“ Jobs
    - Männer und Frauen haben Konsum- und Freizeitmöglichkeiten
  - Die Opportunitätskosten steigen
    - Frauen: Kinder nur schwer mit Karriere vereinbar
    - Männer und Frauen: Kinder schränken die Konsum- und Freizeitmöglichkeiten stark ein

# Die Struktur des Opportunitätskosten-Arguments



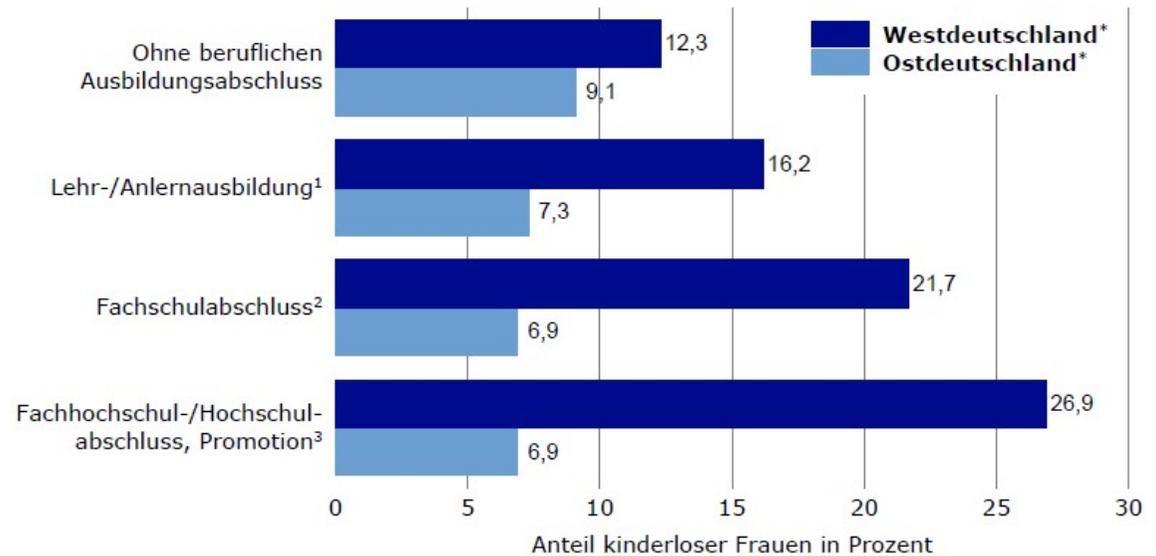
# Was kann das Opportunitätskosten-Argument noch erklären?

- Den niedrigen Kinderwunsch von Männern
  - Kinderwunsch Männer: 26% wollen keine Kinder (PPAS 2003)
  - Erklärung: Auch Männer haben heute hohe Opportunitätskosten
- Unterschiedliche Fertilität in Ländern
  - Länder mit besserer (staatlicher) Kinderbetreuung haben höhere Geburtenraten, da die Opportunitätskosten niedrig sind
    - Schweden und Frankreich passen zu diesem Argument
    - Ebenso der Honecker-Berg in der DDR: in den 1970ern wurden Kitas ausgebaut
  - Eine Anomalie: Ein Land ohne jegliche pronatalistische Familienpolitik (USA) hat hohe Geburtenraten

# Sozial differenzielle Fertilität

- Frauen mit höherer Bildung sind häufiger kinderlos
  - Opportunitätskosten steigen mit Bildung
- In Ostdeutschland ist kein Zusammenhang zu sehen!
  - Opportunitätskosten gering durch Kinderbetreuung

Kinderlose Frauen von 45 Jahren und älter nach Ausbildungsabschluss in West- und Ostdeutschland (Stand: 2012)



<sup>1</sup> Einschließlich berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfach-/Kollegsche, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung.

<sup>2</sup> Einschließlich Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie bzw. Abschluss einer Fachschule der ehemaligen DDR.

<sup>3</sup> Auch Ingenieurschulabschluss, Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule, Abschluss einer Universität (wissenschaftlichen Hochschule, auch Kunsthochschule).

\* jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012; Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Familienpolitik

- Die Deutschen sollten wieder mehr Kinder bekommen?
  - Normative Forderung: wissenschaftlich nicht begründbar
  - Alles eine Frage des persönlichen Standpunktes
    - Chauvinist: Deutschland sollte nicht schrumpfen
    - Öko-Aktivist: Die Öko-Bilanz wird durch weniger Bevölkerung besser
- Wissenschaft kann allerdings die Wirksamkeit von Maßnahmen – gegeben ein Ziel – beurteilen (Politikberatung)
  - Bsp.: Die Politik will eine höhere Geburtenrate
  - Mit welchen Maßnahmen kann man dieses Ziel erreichen?
  - Das Opportunitätskosten-Argument sagt, dass heutzutage die Opportunitätskosten von Kindern der entscheidende Faktor sind
    - Kinderkrippenausbau sollte wirken, weil dadurch die Opportunitätskosten (von Frauen) sinken
    - Eine Erhöhung des Kinder- bzw. Elterngeldes wird die Geburtenrate nicht erhöhen, weil finanzielle Anreize eher nicht wirken



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 2: Bevölkerung

## 2.3 Mortalität

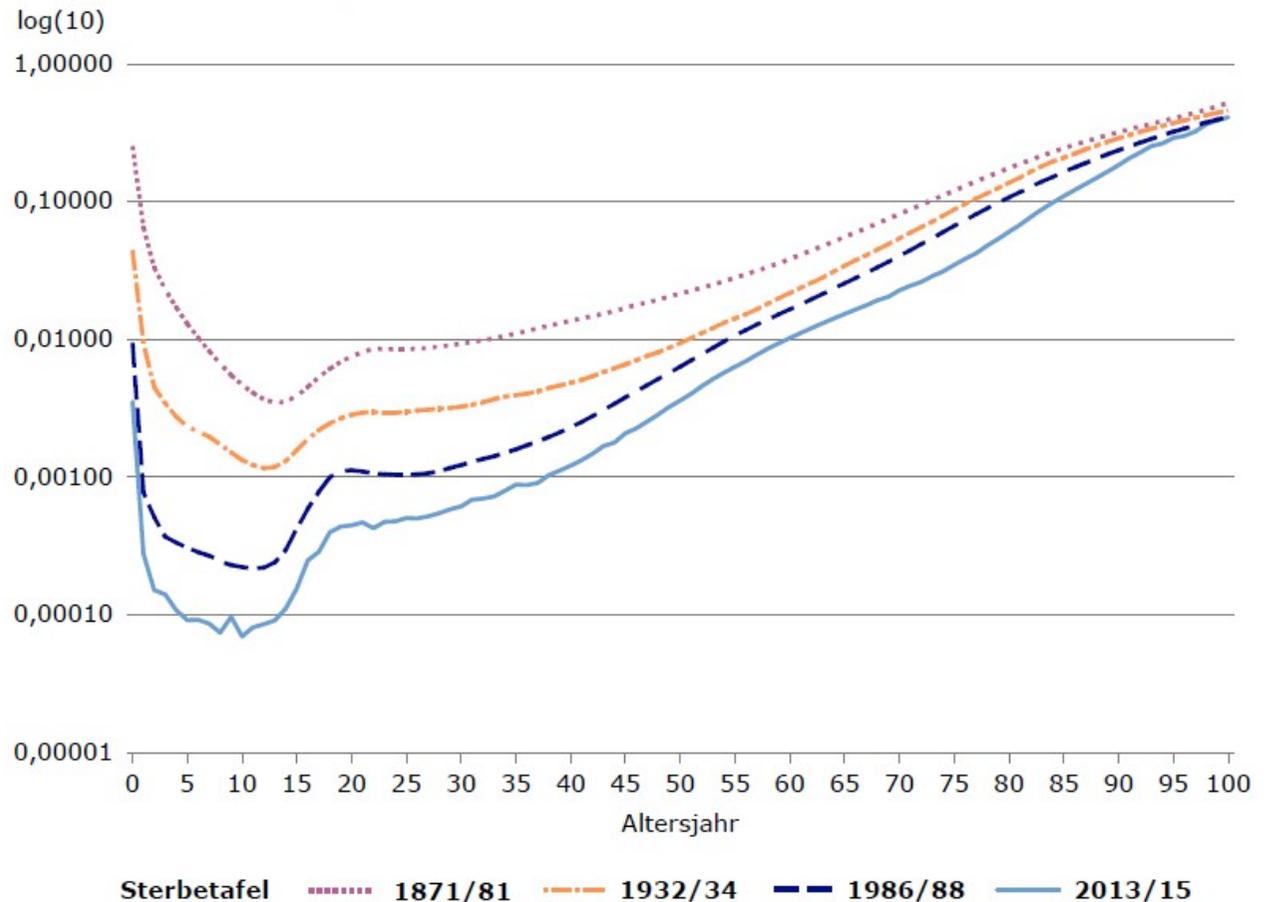
Josef Brüderl  
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Mortalität: Sterbewahrscheinlichkeit

- Sterbewahrscheinlichkeit verläuft U-förmig
  - Wks. im Alter  $t$  zu sterben
  - Logarithmierte Skala!
  - Säuglingssterblichkeit heute 0,4 %
  - „Motorradgipfel“ ab 18
- Mortalität sinkt mit Kalenderzeit
- Frauen haben geringere Mortalität
  - „Motorradgipfel“ weniger ausgeprägt

Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten\* der Männer in Deutschland\*\*, Sterbetafel 1871/81, 1932/34, 1986/88 und 2013/15



\* Um die Unterschiede der Sterblichkeitsentwicklung speziell in den jungen und mittleren Altersstufen sichtbar zu machen, wird die y-Achse logarithmisch dargestellt.

\*\* jeweiliger Gebietsstand

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2017

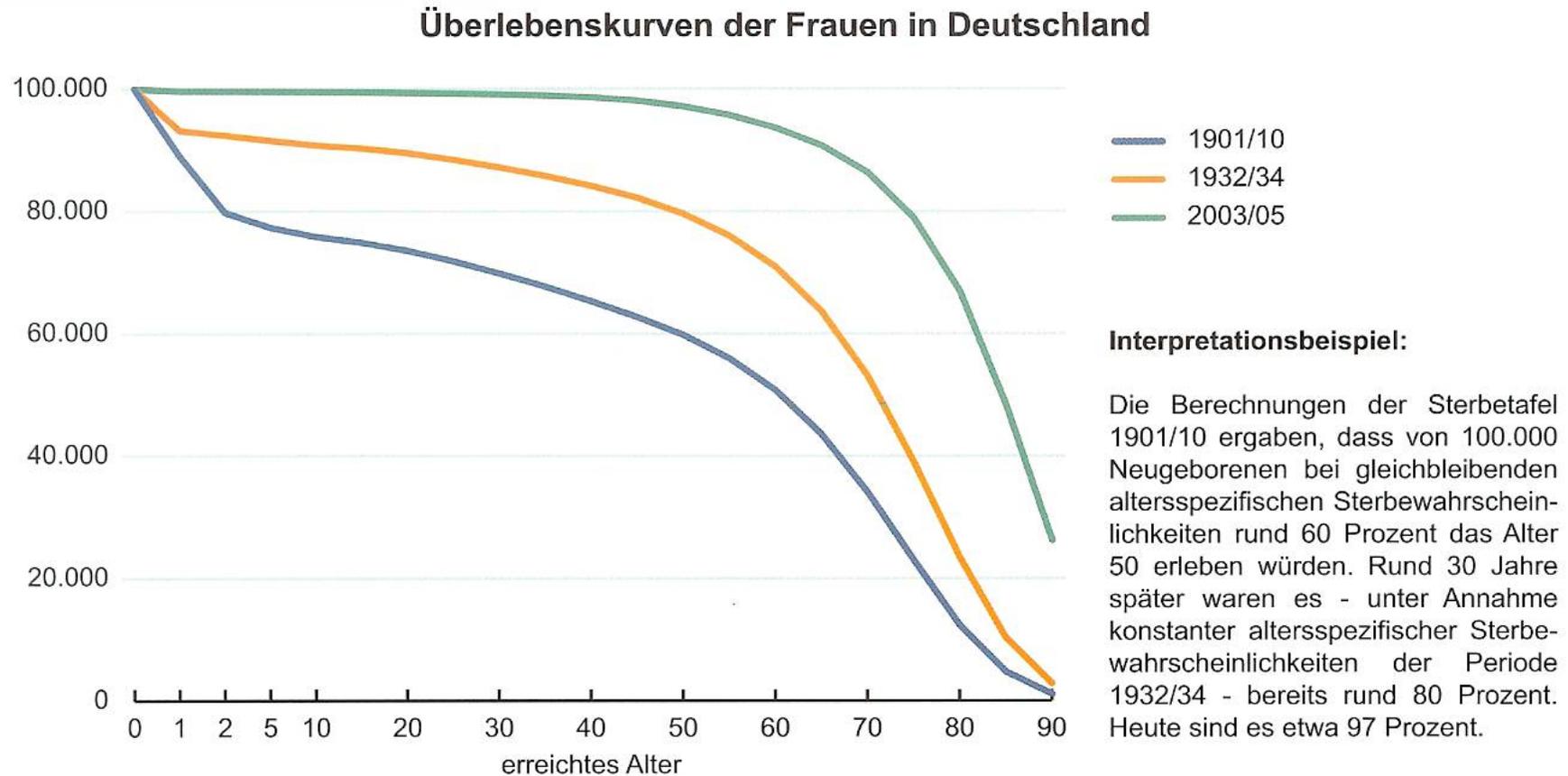
# Lebenserwartung

- Aus den Sterbewahrscheinlichkeiten ( $q_t$ ) ergibt sich die Überlebenswahrscheinlichkeit ( $l_x$ ) bis Alter  $x$

$$l_x = \prod_{t=0}^{x-1} (1 - q_t)$$

- $l_x$  nach Alter aufgetragen: Überlebenskurve
  - s. nächste Folie: „Rektangularisierung“ der Überlebenskurve
  - Whs. mind. 50 zu werden heute: 97% (Frauen), 95% (Männer)
    - Hohe Planbarkeit des Lebens (keine „Risikogesellschaft“!)
- Lebenserwartung  $e_x$  (erwartete, noch zu lebende Jahre)
  - $e_0$  (Lebenserwartung bei Geburt): Fläche unter Überlebenskurve
  - $e_x$  (fernere Lebenserwartung im Alter  $x$ ): Fläche unter Überlebenskurve rechts von  $x$ , geteilt durch  $l_x$
  - $q_x$ ,  $l_x$  und  $e_x$ : Sterbetafel
  - Edmund Halley (1693) für Breslau

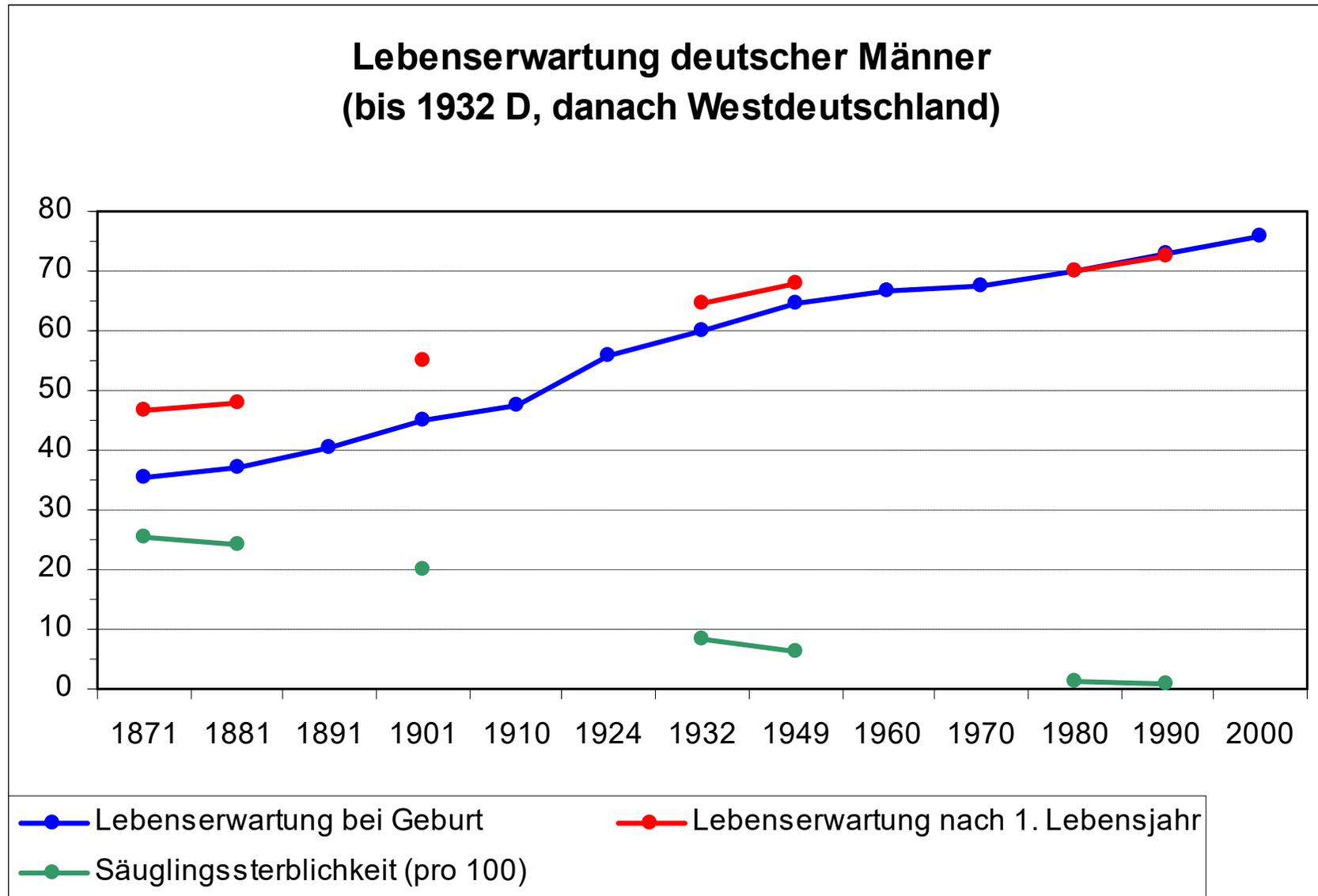
# Rektangularisierung der Überlebenskurven



RZ-Grafik / Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Quelle: Rostocker Zentrum (2007) „Deutschland im Demografischen Wandel“

# Trend: steigende Lebenserwartung

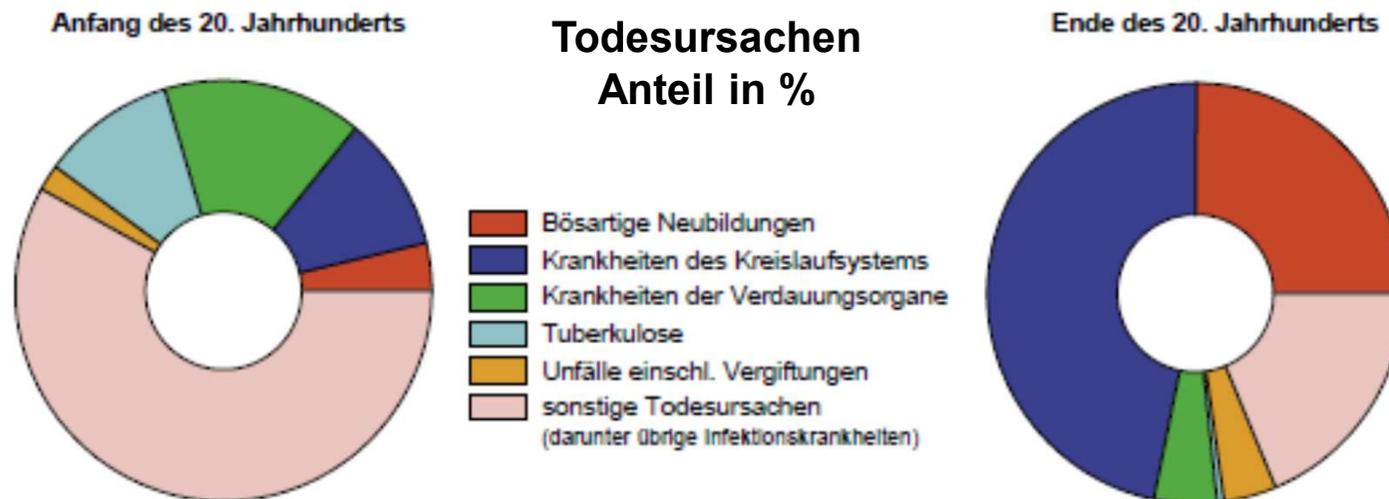


# Lebenserwartung: Achtung Irrtum!

- Lebenserwartung bei Geburt
  - 1871: Jungen 36, Mädchen 39
  - 2013: Jungen 78, Mädchen 83
- Achtung: Lebenserwartung ist ein Mittelwert
  - 1871 bimodale Verteilung der Sterbefälle
    - 40% starben vor 10, 40% nach 60
    - Die Lebenserwartung führt hier in die Irre!  
(Allgemein: bei bimodalen Verteilungen sind Mittelwerte nicht sinnvoll)
    - Es ist falsch, zu denken, 1871 wurde der mittlere Deutsche nur 36
    - Richtig: Wer 10 Jahre alt wurde, hatte gute Chancen, noch 60 zu werden.  
Es gab also auch früher viele alte Menschen!
  - Heute unimodale Verteilung der Sterbefälle
    - Lebenserwartung als Maßzahl sinnvoll
- Achtung: Sterbetafel beruht auf Periodendaten (3 Jahre)
  - Bei sinkender Mortalität wird die Lebenserwartung unterschätzt
  - Kohorten-Lebenserwartung 2000 geborener Mädchen
    - 50% werden ihren 100. Geburtstag erleben! (Prognose RZ)

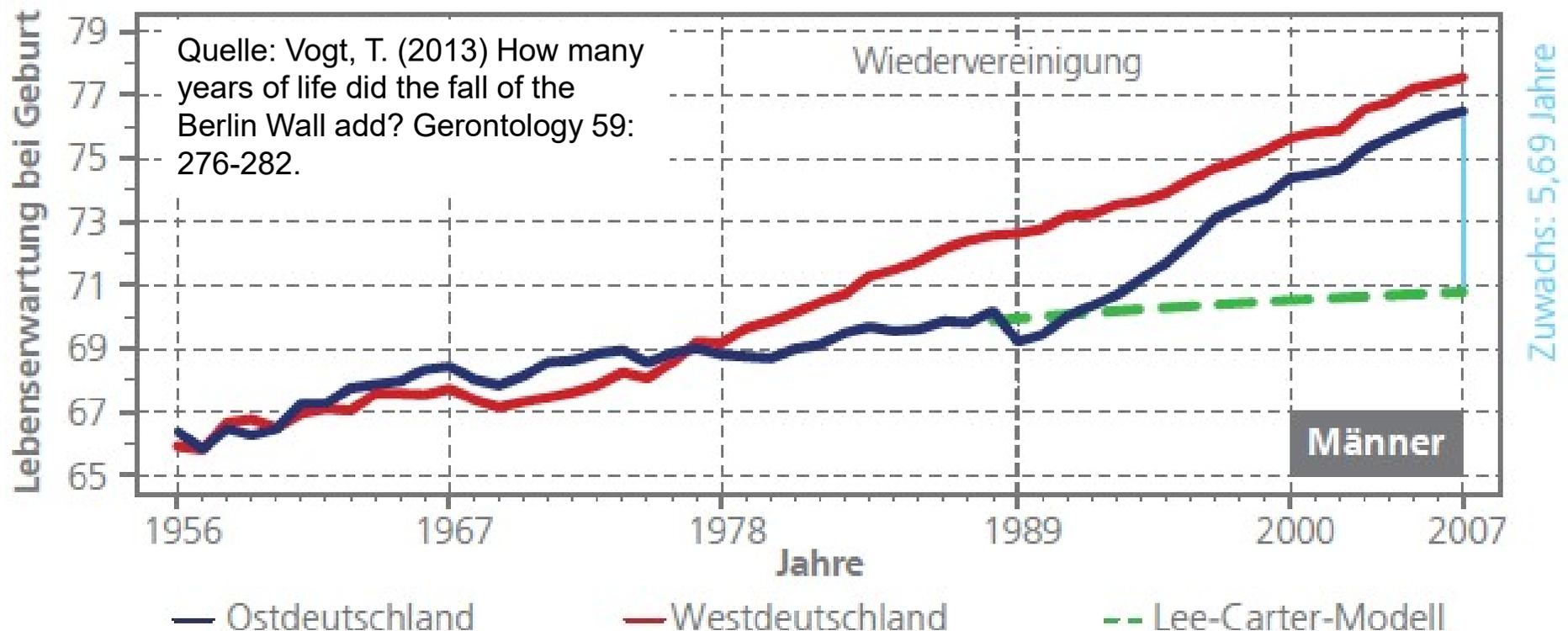
# Gründe für steigende Lebenserwartung

- Anstieg ab Ende des 19. Jahrhunderts: ca. 40 Jahre
  - Davon ca. 30 Jahre gewonnen durch Reduktion der Säuglings- und Kindersterblichkeit
  - Ca. 10 Jahre gewonnen durch den medizinisch-technischen Fortschritt (seit Mitte 20. Jhd.)
- Epidemiologischer Übergang
  - Früher starben hauptsächlich Kinder an Infektionen, heute Ältere an Herzinfarkt, Krebs und Alzheimer



Quelle: BiB, 2008, Broschüre Bevölkerung

# Auch eine Folge der Wiedervereinigung



In der DDR stagnierte die Lebenserwartung seit 1975!

- Aufwendige medizinische Versorgung der Alten zu teuer
- Seit der Wiedervereinigung findet eine Angleichung statt

➤ Die Ostdeutschen haben durch die Wiedervereinigung 6 Lebensjahre gewonnen!



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 2: Bevölkerung

## 2.4 Migration

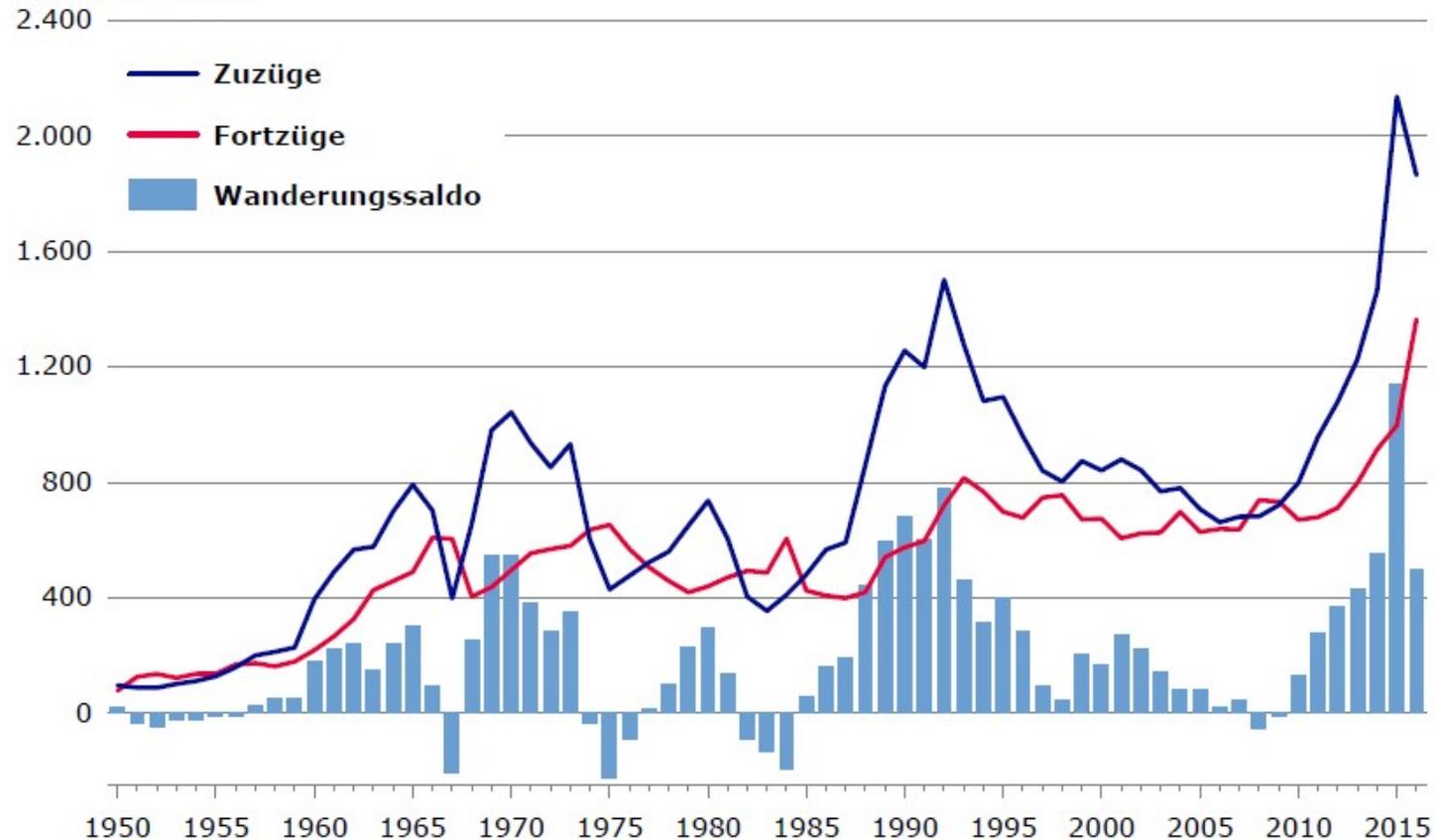
Josef Brüderl  
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Außenwanderung

## Zu- und Fortzüge über die Außengrenzen Deutschlands\*, 1950 bis 2016\*\*

Personen in 1.000



\* bis 1990 Früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland

\*\* Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

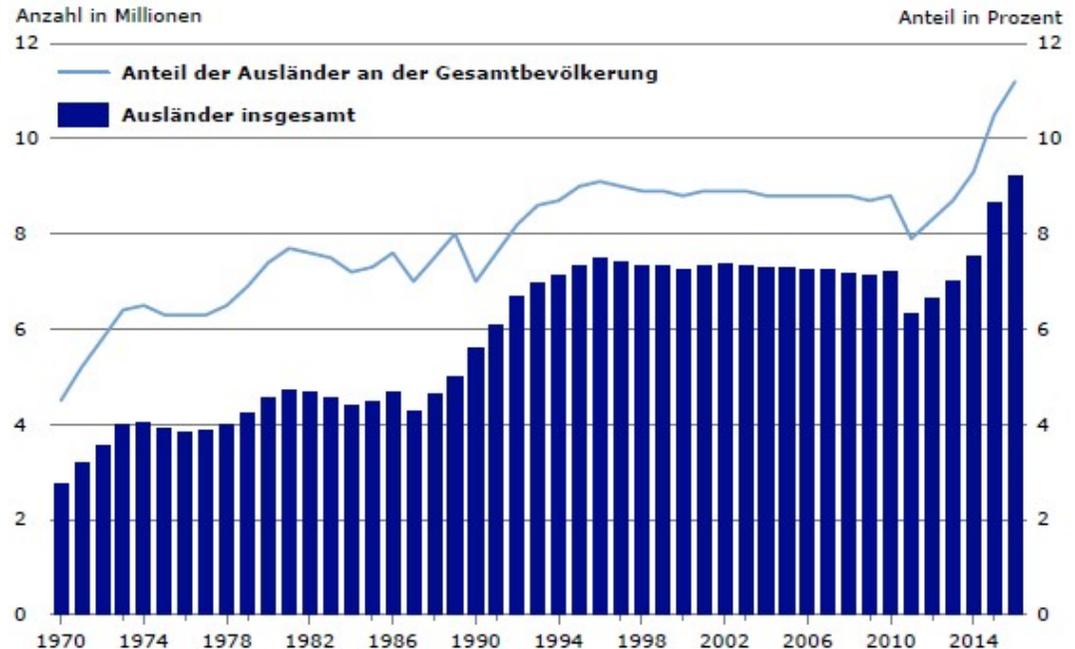
© BiB 2018

# Ausländeranteil

- Ausländeranteil 2016: 11,2 %

- Ost 4%, West 12%
- Sank bis 2010, da Zuwanderungssaldo gering und zunehmende Einbürgerung
- 2011 „verschwand“ über eine halbe Million durch den Zensus
- Steigt gegenwärtig wieder durch die starke Immigration

Ausländische Bevölkerung in Deutschland\*, 1970 bis 2016



\* Von 1970 bis 1989 Früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

© BiB 2018

- Migrationshintergrund

- Definition: Ausländer + Deutsche mit eigener Zuwanderung, oder Zuwanderung mind. eines Elternteils
- Heute ca. 23%

# Theorien der Migration

- Mikro-Modell: Migration als „rationale“ Entscheidung
  - Push-Faktoren: Krieg, Verfolgung, Katastrophen
  - Haupt Pull-Faktor: Arbeitsmarktchancen
    - $P(\text{Migration } A \rightarrow B) = f(W_B - W_A, p(W_B))$
    - $W_B - W_A$ : Lohngefälle;  $p(W_B)$ : Whs. in B Job zu finden
  - Dieses Modell kann im Großen und Ganzen die beobachtbaren Migrationsströme erklären
  
- Warum wandern dennoch nur Wenige?
  - Arbeitsmarktchancen individuell unterschiedlich
    - Oft gibt es gar Migrationsströme in beide Richtungen
  - Hohe Migrationskosten für die meisten
    - Aufgabe Status Quo (materiell und sozial), Reisekosten
  - Hohe Unsicherheit über Chancen am Zielort

# Einige empirische Phänomene

- Warum eher kurze Distanzen?
  - Mit der Distanz steigen die Kosten und die Unsicherheit
- Warum gibt es bevorzugte Zielorte?
  - Hohe Unsicherheit über Zielort kann durch „Migrationspioniere“ abgebaut werden
  - Folge: Kettenmigration
- Warum wandern eher Junge?
  - Junge sind risikofreudiger
  - Geringeres materielles und soziales Kapital, das zurückgelassen werden müsste
  - Humankapitalinvestitionen lohnen eher am Beginn des Erwerbslebens
    - Verlust des spezifischen Humankapitals am Herkunftsort
    - Aufbau neuen Humankapitals am Zielort (Sprache, Kultur, etc.)

# Folgen der Migration

- Demographische Folgen (für Zielland D)
  - Abbremsen des Bevölkerungsrückgangs
    - + 500 Tsd. pro Jahr, dann gäbe es keinen Rückgang
  - „Verjüngung“ der Altersstruktur
- Wirtschaftliche Folgen: hängt vom Bedarf ab
  - Zuwanderung bei Arbeitskräftemangel fördert das Wachstum
  - Zuwanderung bei schlechter Konjunktur führt zu „Migration in die Sozialhilfe“
- Sozialstrukturelle Folgen: hängen von der Qualifikation ab
  - Zuwanderung Geringqualifizierter
    - „Fahrstuhleffekt“ für Einheimische
    - Migranten in niedrigeren sozialen Positionen (ethnische Ungleichheit)
  - Zuwanderung Hochqualifizierter: Verdrängungswettbewerb
  - Evtl. Integrationsprobleme im Zielland

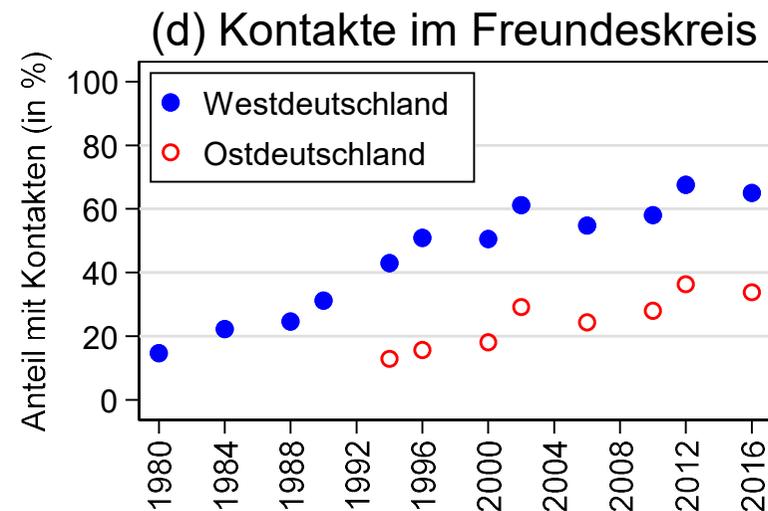
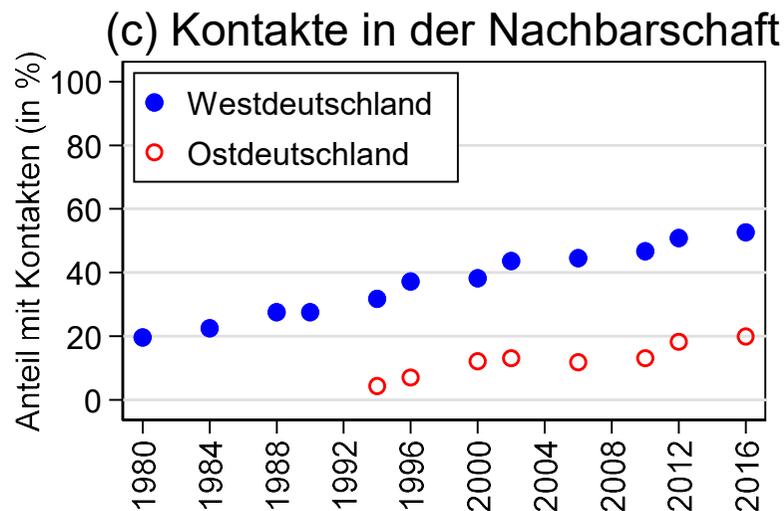
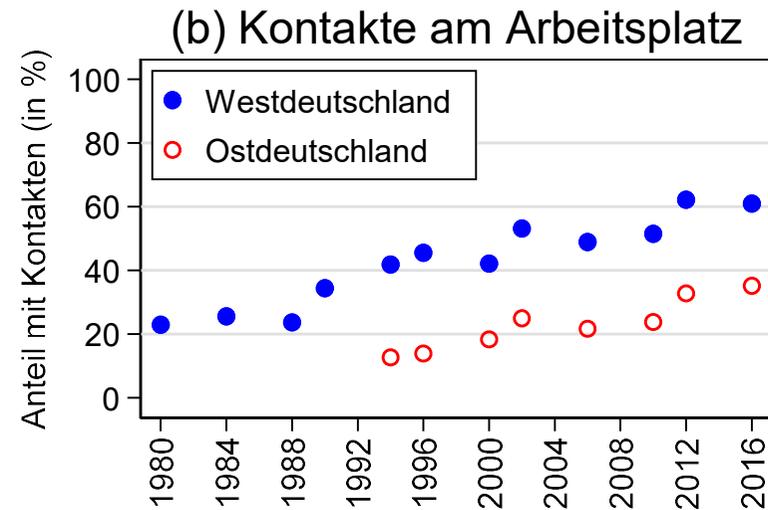
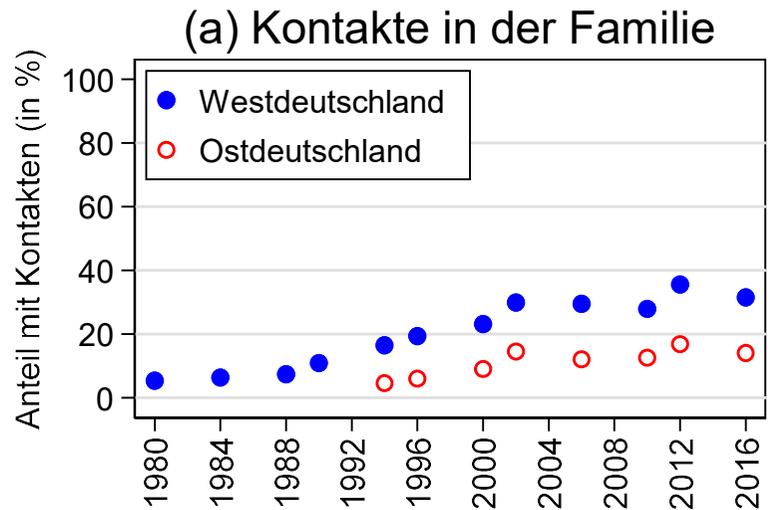
# Kontakte mit Ausländern

- Laut „Kontakthypothese“ baut sich Angst vor Fremden durch (positive) Kontakterlebnisse ab
- Im ALLBUS (<https://www.gesis.org/allbus/allbus/>) wird seit 1980 nach Kontakten mit Ausländern gefragt

**F012** (nur an Personen, die lt. F010 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen)

Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern, und zwar -	Ja	Nein	KA
<i>⇒ Vorgaben bitte vorlesen!</i>			
In Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
An Ihrem Arbeitsplatz?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In Ihrer Nachbarschaft?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

# Kontakte mit Ausländern



Quelle: ALLBUS 1980-2016;  
eigene Berechnungen

# KAPITEL 3: Private Lebensformen

## 3.1 Verteilung und Wandel der Lebensformen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Lebensformen

- (Privater) Haushalt
  - Personen, die zusammenleben und gemeinsam wirtschaften
- Haushaltsgröße
  - Ein- bzw. Mehr-Personen Haushalte
- Zahl der Generationen
  - Ein-, Zwei-, Drei-Generationen Haushalt
- Lebensform
  - Beziehungsmuster des alltäglichen Zusammenlebens
  - Unterscheidung nach „Verrechtlichung“ des Zusammenlebens
    - Living-Apart-Together (LAT)
    - Nichteheleiche Lebensgemeinschaft (NEL)
    - Ehe
  - und Vorhandensein von Kindern
    - Alle Lebensformen mit mindestens einem Erwachsenen und mindestens einem Kind nennt man „Familie“

# Wandel der Lebensformen

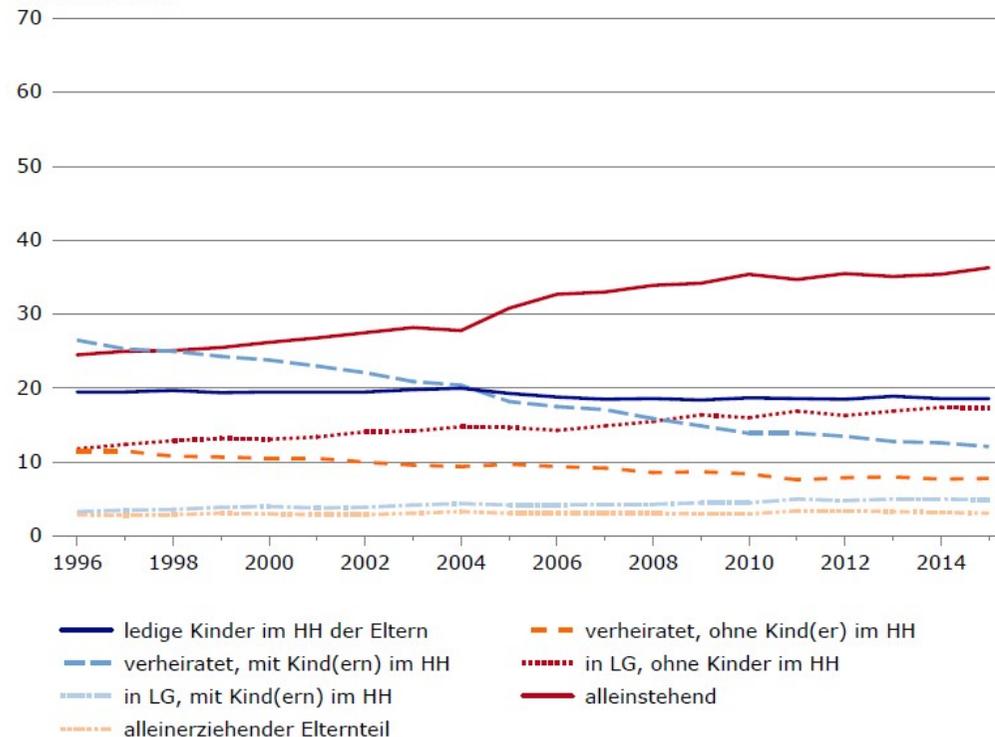
- Erster Demographischer Übergang
  - Rückgang der Fertilität, Schrumpfung der Familien (Kernfamilie)
- „Golden Age of Marriage“ (1950er)
  - Höhepunkt der Institutionalisierung der Kernfamilie
    - 95% heirateten, 90% bekamen Kinder, nur 10% Scheidungen, 90% der Kinder unter 6 wachsen mit beiden Eltern auf, nur 5% unehelich
- Zweiter Demographischer Übergang
  - Rapider weiterer demographischen Wandel seit den 1970ern
    - Weiterer Geburtenrückgang
    - Statt Ehe, häufiger NEL bzw. Alleinerziehend
    - Zunahme der Einpersonenhaushalte (2011: 40% der Haushalte)
  - Deinstitutionalisierung der Kernfamilie

# Wandel der Lebensformen

- Lebensformkonzept Statistisches Bundesamt
  - 7 Lebensformen: Alleinstehend, Alleinstehend bei Eltern, Alleinerziehend, NEL mit/ohne Kinder, Ehepaar mit/ohne Kinder

**Lebensformen von Personen in der Altersgruppe 25 bis 29 Jahre in Deutschland\*, 1996 bis 2015**

Anteil in Prozent



\* Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz

Datenquelle: Statistisches Bundesamt Mikrozensus (Lebensformenkonzept),  
Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Pluralisierung der Lebensformen?

- Was ist Pluralisierung?
  - Zunahme der Vielfalt der Lebensformen. Zwei Varianten:
    - Strukturelle Vielfalt
      - Damit meint man das Auftauchen historisch neuer Lebensformen
    - Distributive Vielfalt
      - Bei konstanter Zahl der Lebensformen zunehmende Heterogenität der Lebensformen
      - Distributive Vielfalt misst man mit einem Maß der qualitativen Varianz, z.B. dem Entropiemaß (E):
        - Minimale Vielfalt, falls alle in einer Lebensform leben (E=0)
        - Maximale Vielfalt bei Gleichverteilung auf Lebensformen (E=1)

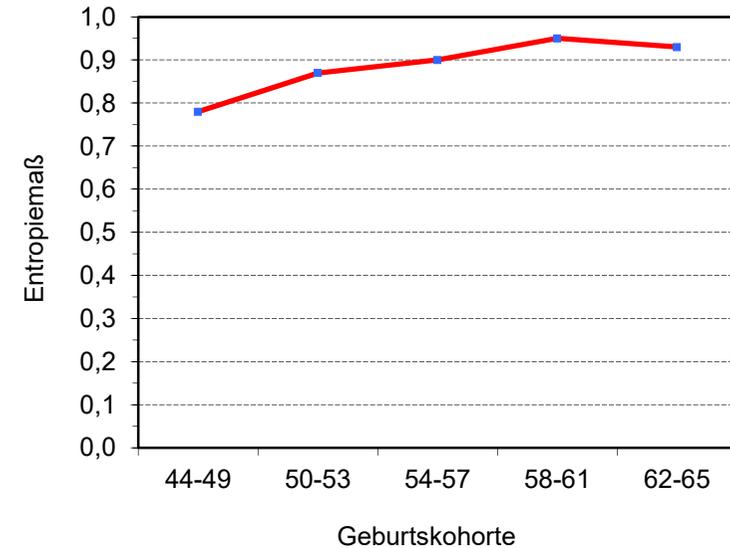
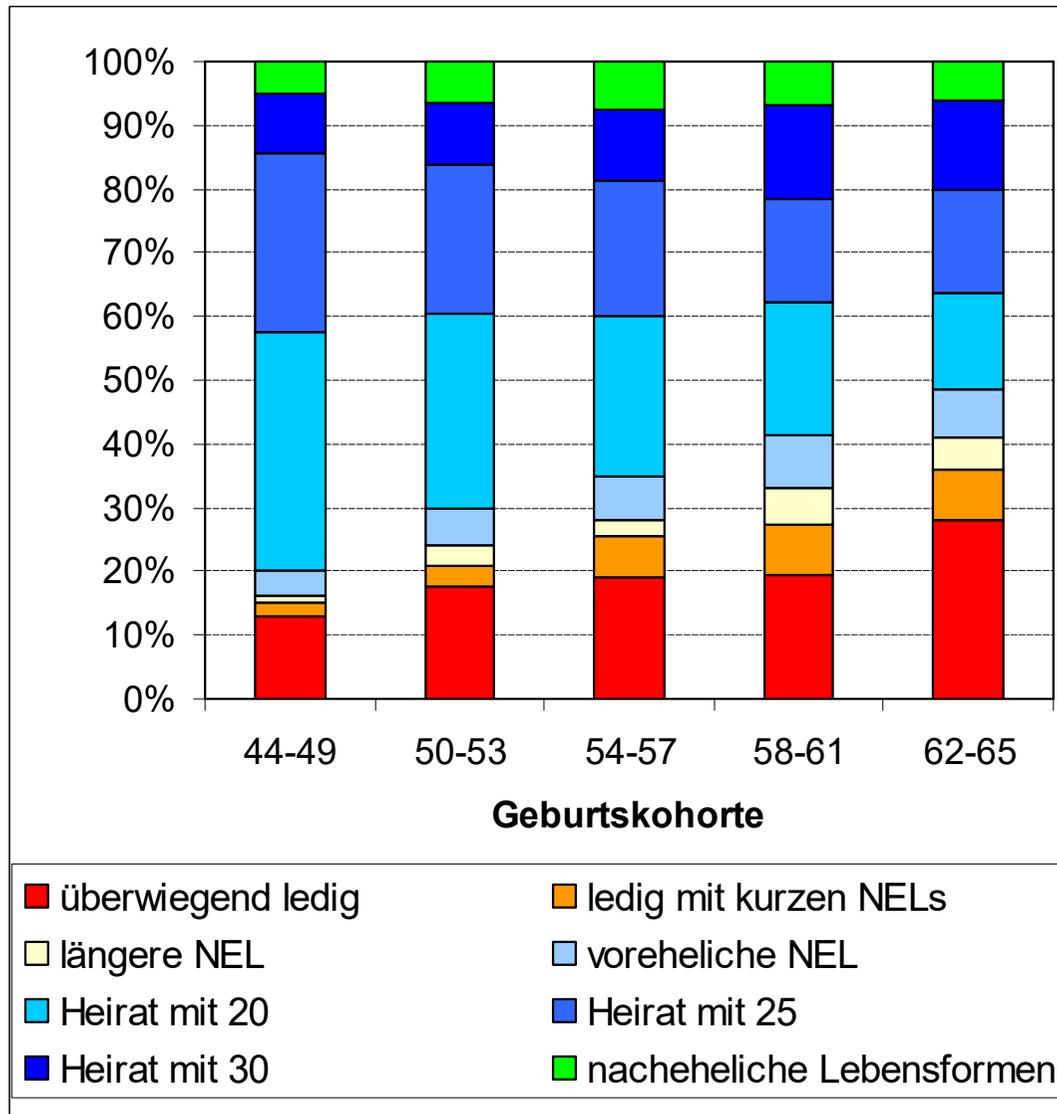
# Strukturelle Pluralisierung: neue Lebensformen?

- Zwei-Karriere Partnerschaften
  - Ohne Kinder, „Double Income no Kids“ (DINKS)
    - Oft als LAT (bei großen Distanzen: „Commuter-Partnerschaften“)
- Scheidungsfamilie
  - Familie über zwei Haushalte verteilt
- Entkoppelung von biologischer und sozialer Elternschaft
  - Adoptivfamilien (auch früher häufig)
  - Stieffamilien (auch früher häufig)
  - Komplexe Stieffamilien (Patchwork-Familie)
  - Inseminationsfamilien
- Gleichgeschlechtliche Paare
  - Auch mit Kindern (Regenbogenfamilien)
- Datenlage schlecht, deshalb quantitatives Ausmaß unklar

# Distributive Pluralisierung: steigende Heterogenität?

- Nimmt die Heterogenität zu?
  - Viele Studien untersuchen nur die querschnittliche Verteilung der Lebensformen (z.B. Wagner 2008)
  - Aber nimmt auch die „Buntheit“ der Lebensverläufe zu?
- Brüderl (2004) untersucht Lebensverläufe
  - Familiensurvey 2000
    - Vergleich der typischen Lebensläufe (bis 35) von Geburtskohorten
  - Ergebnis: die distributive Vielfalt (Entropie) ist angestiegen
    - Aber kein monotoner Trend!
    - Durch die zunehmende Dominanz der „Ledigen“ Abnahme am Ende
  - Probleme
    - Eingeschränkte Zahl an Lebensformen (keine LAT, keine Kinder)
    - Lebensverläufe nur bis zum Alter 35

# Verteilung der Lebenslauftypen über die Kohorten



Quelle: Brüderl (2004) Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte B 19: 3-10.*

# Erklärungen des Wandels der Lebensformen I

- Funktionalismus: Theorie funktionaler Differenzierung
  - Es herrscht die Lebensform vor, die am besten die Bestandserhaltung des Systems Gesellschaft sichert
  - Familie ist ein Teilsystem der Gesellschaft
    - Funktionen: Integration (Sozialisation) und Reproduktion
  - Agrargesellschaft
    - Produktion und Reproduktion vereint
    - Das „Ganze Haus“ war am besten für die agrarische Produktionsweise
  - Industriegesellschaft
    - Durkheims Kontraktionsgesetz: es kommt zu funktionaler Differenzierung (Trennung von Produktion und Reproduktion), weshalb sich die „Großfamilie“ reduziert auf die Kernfamilie
  - Dienstleistungsgesellschaft
    - Weiter steigende Flexibilitäts- und Mobilitätszumutungen erfordern eine weitere Differenzierung/Reduktion der Familie: NEL, DINK, LAT, Single
- Kritik an der funktionalistischen Theorie
  - Erklärung immer nur „ex-post“, funktionale Äquivalente aus dem Blick
  - Makroansatz: Menschen als „Marionetten“ des Systems

# Erklärungen des Wandels der Lebensformen II

- Wertewandel Argument
  - Informationsgehalt gering: Die Leute wollen nicht mehr heiraten
  - Unvollständig: Warum haben sich die Werte geändert?
  - Kaum überprüfbar: Was sind das genau für Werte?
- Individualisierungstheorie (Ulrich Beck, 1983)
  - Durch zunehmende Individualisierung kommt es zu Pluralisierung
    - Weniger soziale und normative Einbindung des Einzelnen
    - Sozialstruktureller Wandel: wachsende Optionsvielfalt
  - Die „Theorie“ ist aber unpräzise, muss expliziert werden
    - Prinzipiell ein Makro-Mikro-Makro Argument
    - Aber die Handlungstheorie, die hier verwendet wird, ist nicht explizit

# Erklärungen des Wandels der Lebensformen III

- Ökonomische Handlungstheorien der lebensformbildenden Entscheidungen
  - Steigende Opportunitätskosten reduzieren Fertilität (s.o.)
  - Deshalb nimmt der Ehegewinn ab (s.u.) und die Heiratsneigung geht zurück
- Eingebettet in ein Makro-Mikro-Makro Schema, liefert dies eine Erklärung des Wandels der Lebensformen
  - Die sozialstrukturellen Veränderungen führen zu geringerem Kinderwunsch und geringerer Heiratsneigung
  - Dies führt im Aggregat weg von der bürgerlichen Kernfamilie und erhöht die Vielfalt der Lebensformen



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 3: Private Lebensformen

## 3.2 Partnerwahl, Heirat, Scheidung

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse

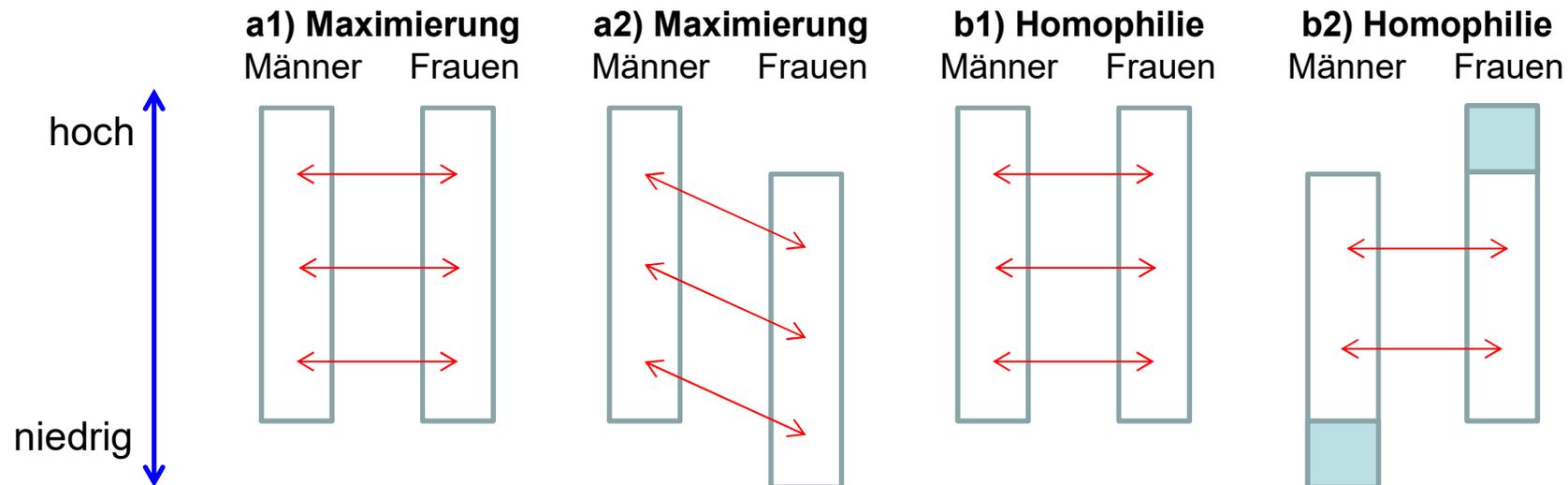


# Partnerwahl: Wer mit wem?

- Liebe ist zwar unberechenbar, dennoch gibt es Regelmäßigkeiten
  - „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ (Homophilie) oder „Gegensätze ziehen sich an“ (Heterophilie)
- Homogamie/Heterogamie bezeichnet das Ergebnis
- Bei einigen Merkmalen findet die Forschung Heterogamie
  - Altersabstand: Männer im Schnitt 3 Jahre älter
  - Körpergröße: Frauen kleiner als ihre Partner
- Meist aber Homogamie: Attraktivität, Persönlichkeit, etc.
- Bei einigen sozialen Merkmalen deutlicher Wandel
  - Konfession: früher homogam (90%), heute weniger (eher bei 50%)
  - Bildung: Früher oft heterogam (Aufwärtsheirat der Frauen), heute eher homogam (ca. 80 % der Paare bildungshomogam)
  - Nationalität: Binationale Ehen zunehmend (heute ca. 10%)
    - Männer: Polinnen, Asiatinnen, Frauen: (Ex-)Jugoslawen, Türken

# Erklärungen der Homogamie

- Familienökonomische Erklärung
  - Wähle den besten verfügbaren (!) Partner
  - Vollkommener Partnermarkt (Wettbewerb bei voller Information)
- Verhaltensmaxime abhängig von Art des Merkmals
  - „The more the better“: Maximierungsprinzip (Bsp. Einkommen)
    - Verteilung M und F gleich: perfekte Homogamie **(a1)**
    - Verteilung M und F unterschiedlich: Heterogamie (aber: perfekte Korr.) **(a2)**
  - Gleich und Gleich am Besten: Homophilieprinzip (Bsp. Bildung)
    - Verteilung M und F gleich: perfekte Homogamie **(b1)**
    - Verteilung M und F unterschiedlich: Partnermarktungleichgewicht **(b2)**



# Erklärungen der Homogamie

- Meeting-and-Mating These
  - „Who does not meet, does not mate“
    - Menschen, die sich treffen, bilden eher ein Paar
    - Treffpunkte (Foki): Arbeitsplätze, Schulen, Vereine, Wohngebiete, etc.
    - Foki sind sozial strukturiert (nach Bildung, Herkunft, etc.)
  - Nicht Präferenzen, sondern Gelegenheitsstrukturen erzeugen Homogamie
- Die Literatur zeigt, dass Präferenzen bedeutsamer sind (s. Studie auf der nächsten Folie)
- Bedeutung von Dating-Websites (Kontaktbörsen)
  - Man erstellt das eigene Profil und das Wunschprofil des Partners
    - Ein Matching-Algorithmus sucht „optimale“ Paare
  - Wunschprofile bzw. die Matching-Algorithmen sind häufig sozial strukturiert. Zusätzlich ist der Partnermarkt transparenter.
    - Online mehr Homogamie als Offline?

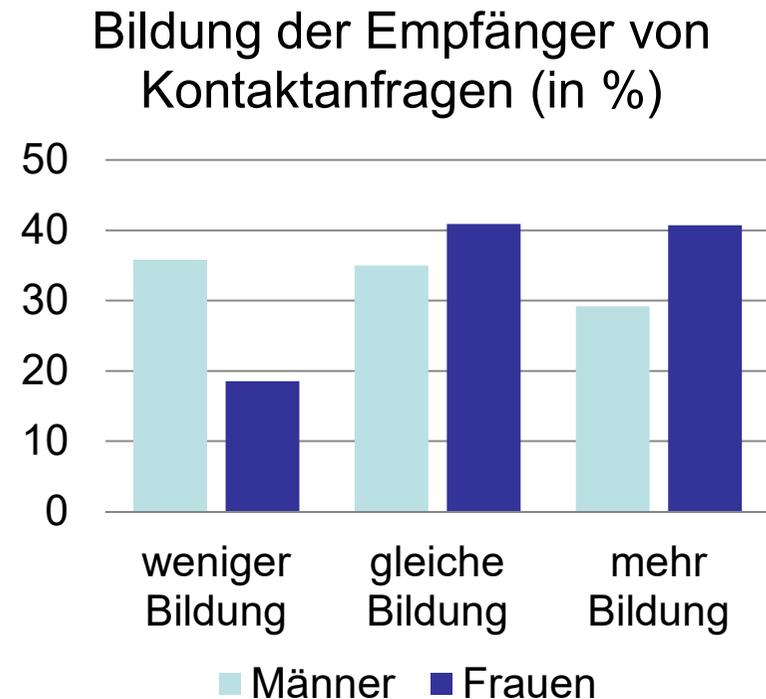
# Internetkontaktbörsen

- Skopek/Schulz/Blossfeld (2009) Partnersuche im Internet
  - Alle Aktivitäten auf einer Internetkontaktbörse Januar bis Juni 2007
  - Aktivitäten: Profil anderer Nutzer browsen, Kontaktanfrage abschicken, Antwort auf Kontaktanfrage geben

Anzahl Aktivitäten: Durchschnitt pro Nutzer

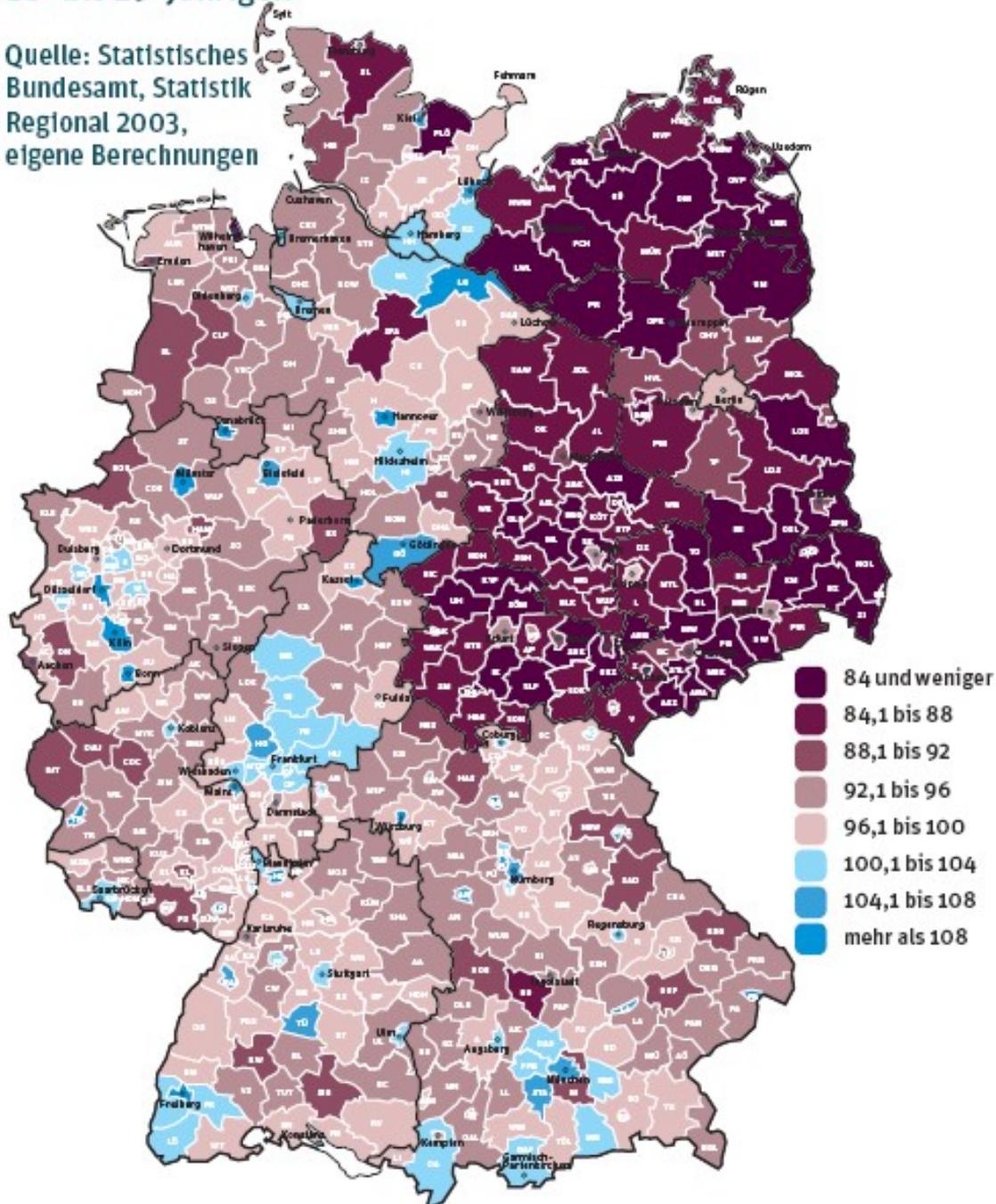
	Männer	Frauen
Profile browsen	138	73
Kontaktanfragen	12	6
Antworten geben	4	4
Zahl der Nutzer	7.430	5.178

- Anteil aller Kontaktanfragen von Hochschulabsolventen an andere Hochschulabsolventen
  - Männer: 33%
  - Frauen: 61%



## Anzahl Frauen je 100 Männer in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen



Die Sex-Ratio ist eine bedeutsame Randbedingung des Partnermarktes

- Im Osten deutlicher Männerüberschuss
- Im Großraum München deutlicher Frauenüberschuss

Quelle: Kröhnert, van Olst und Klingholz (2005: 13)

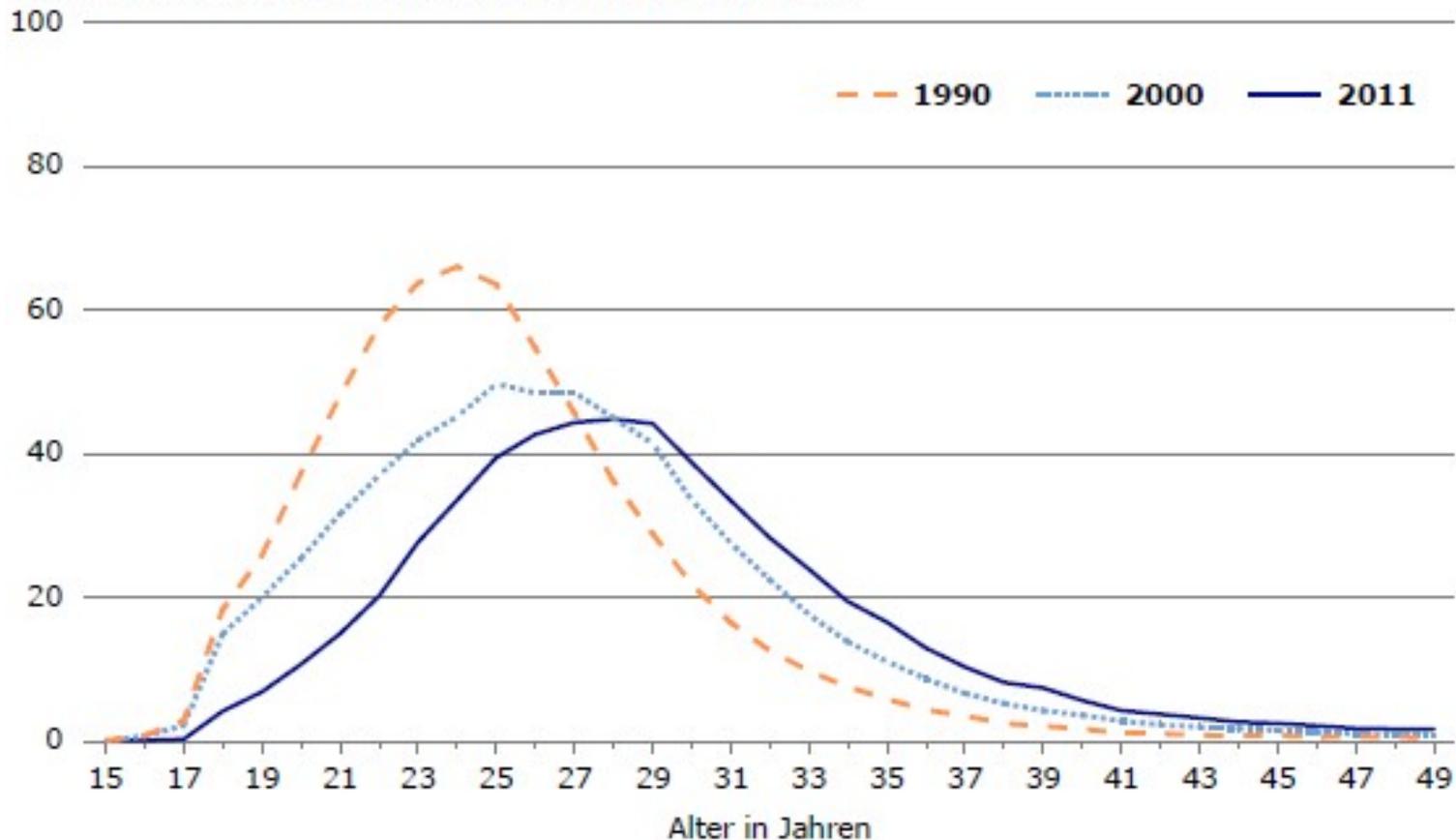
# Veränderungen beim Heiratsverhalten

- Vorverlagerung und häufigeres Heiraten bis in die 1960er
  - „Golden Age of Marriage“
  - Rückgang des mittleren Erstheiratsalters
    - Ende 1960er: Frauen 23, Männer 26
  - Dauerhafte Ledigenquote sank auf Rekordniveau
    - Frauen 5%, Männer 10%
- Rückgang der Heiratsneigung seit ca. 1970
  - Anstieg des mittleren Erstheiratsalters
    - Heute: Frauen 29, Männer 32
  - Dauerhafte Ledigenquote steigt
    - Prognosen für Geburtskohorte 1970: Frauen 25%, Männer 33%
- Rapider Wandel in Ostdeutschland
  - Frühes und häufiges Heiraten in DDR (Wohnungen!)
    - Mittleres Erstheiratsalter: Frauen 21, Männer 23
  - Seit der Wende rapide Angleichung an das Westverhalten

# Altersspezifische Erstheiratsraten

Erstheiratsziffer der Frauen in Westdeutschland\* nach dem Alter, 1990, 2000 und 2011\*\*

Eheschließende Ledige je 1.000 Personen im jeweiligen Alter



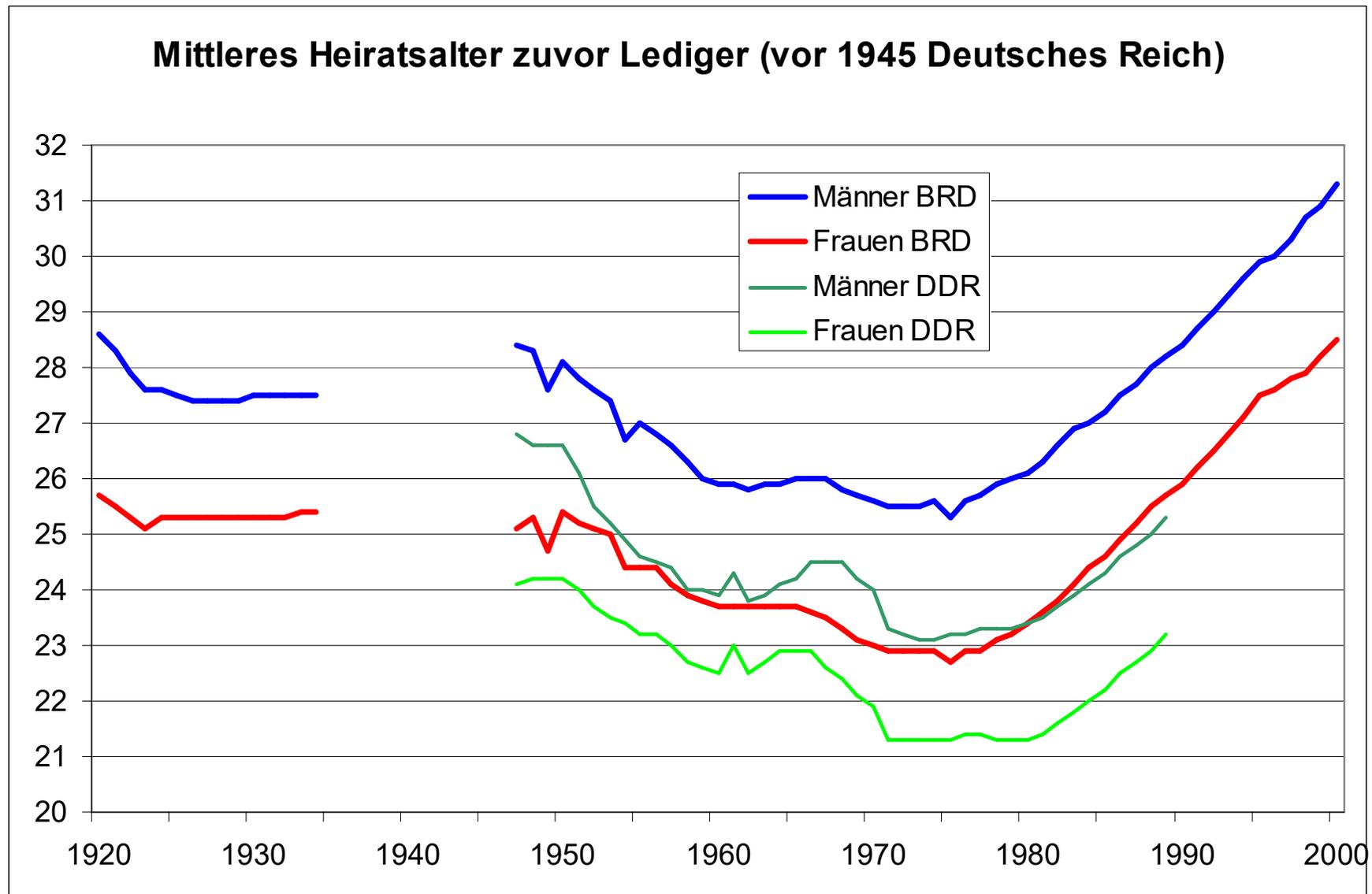
\* ohne Berlin

\*\* Die Berechnungen für 2011 beruhen noch auf den alten Bevölkerungszahlen aus der Fortschreibung früherer Volkszählungen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2013

# Erstheiratsalter in Deutschland



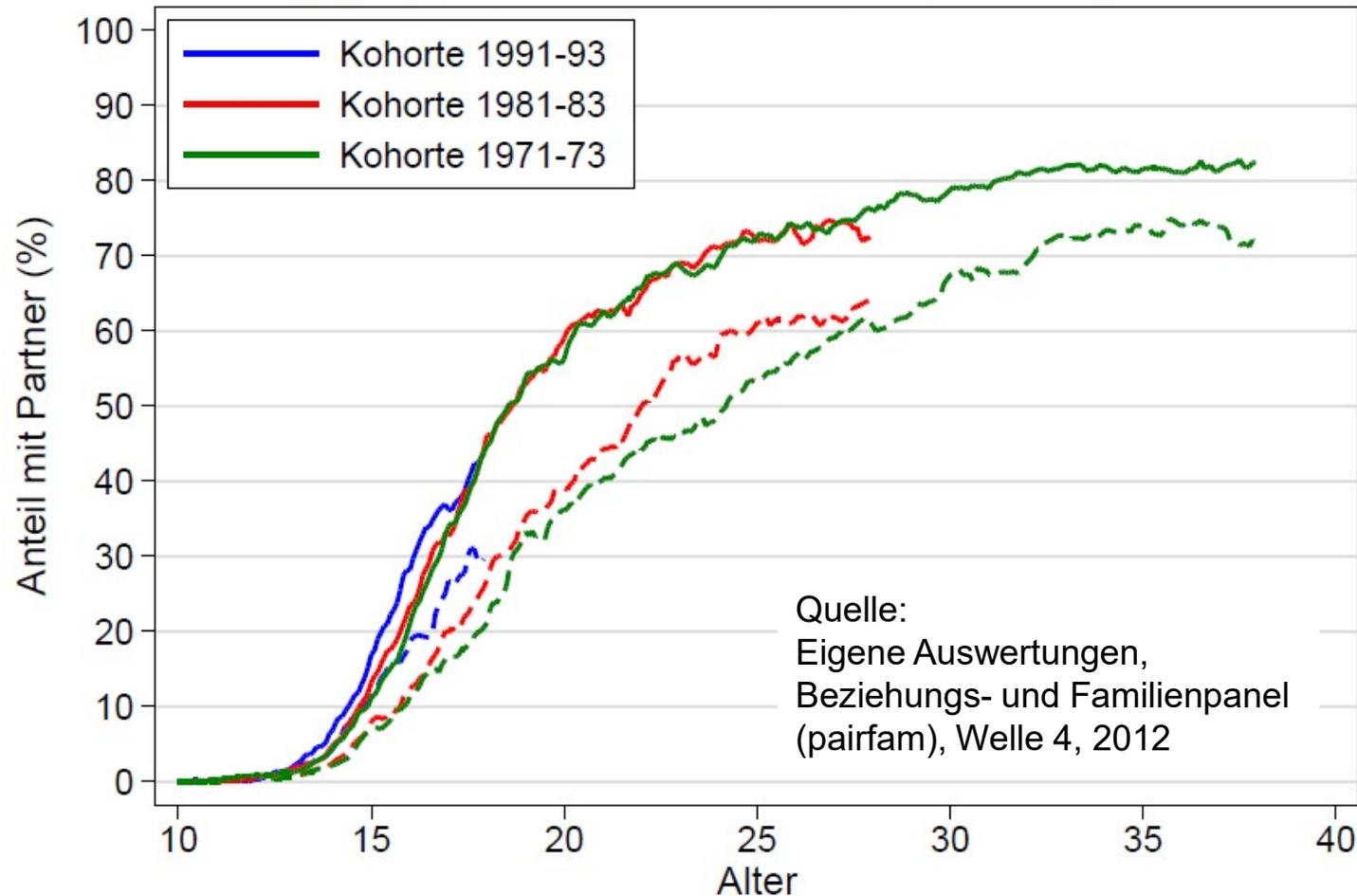
Eigene Darstellung Quelle: Rothenbacher, The European Population, 2004

# Erklärung des Rückgangs der Heiratsneigung

- Handlungstheorie der Lebensformwahl: Familienökonomie
  - Paarbildung
    - Anthropologische Naturkonstante (kein Rückgang, s. nächste Folie)
  - Haushaltsbildung: LAT oder NEL?
    - Kostenersparnis aus Produktionsgemeinschaft
    - Nutzen aus Interaktionsverdichtung
    - Man spart Kosten der Organisation der Zweisamkeit
    - Aber: Verlust an Flexibilität
  - Heiraten: warum Ehe?
    - Arbeitsteilung realisierbar (Spezialisierungsgewinne), da die Hausfrau (-mann) über Unterhaltsregelungen abgesichert ist
    - Aber: hohe Trennungskosten
- Warum Trend weg von der Ehe, hin zur NEL?
  - Rechtliche Absicherung wird unnötig, weil
    - Zunahme Müttererwerbsquote
    - Rückgang der Fertilität
  - Anstieg der Scheidungsraten: Trennungskosten wahrscheinlicher

# Zunehmende Partnerlosigkeit?

## Bindungsquoten westdeutscher Männer und Frauen



- Bisher sahen wir mehrfach Evidenz, dass die Partnerlosigkeit steigt (Singularisierungstrend)
- Problem war aber, dass die LATs nicht berücksichtigt wurden
- Pairfam enthält alle Partnerschaften incl. LAT
- Ergebnis: keine zunehmende Singularisierung erkennbar (bei Männern steigt die B.quote)!

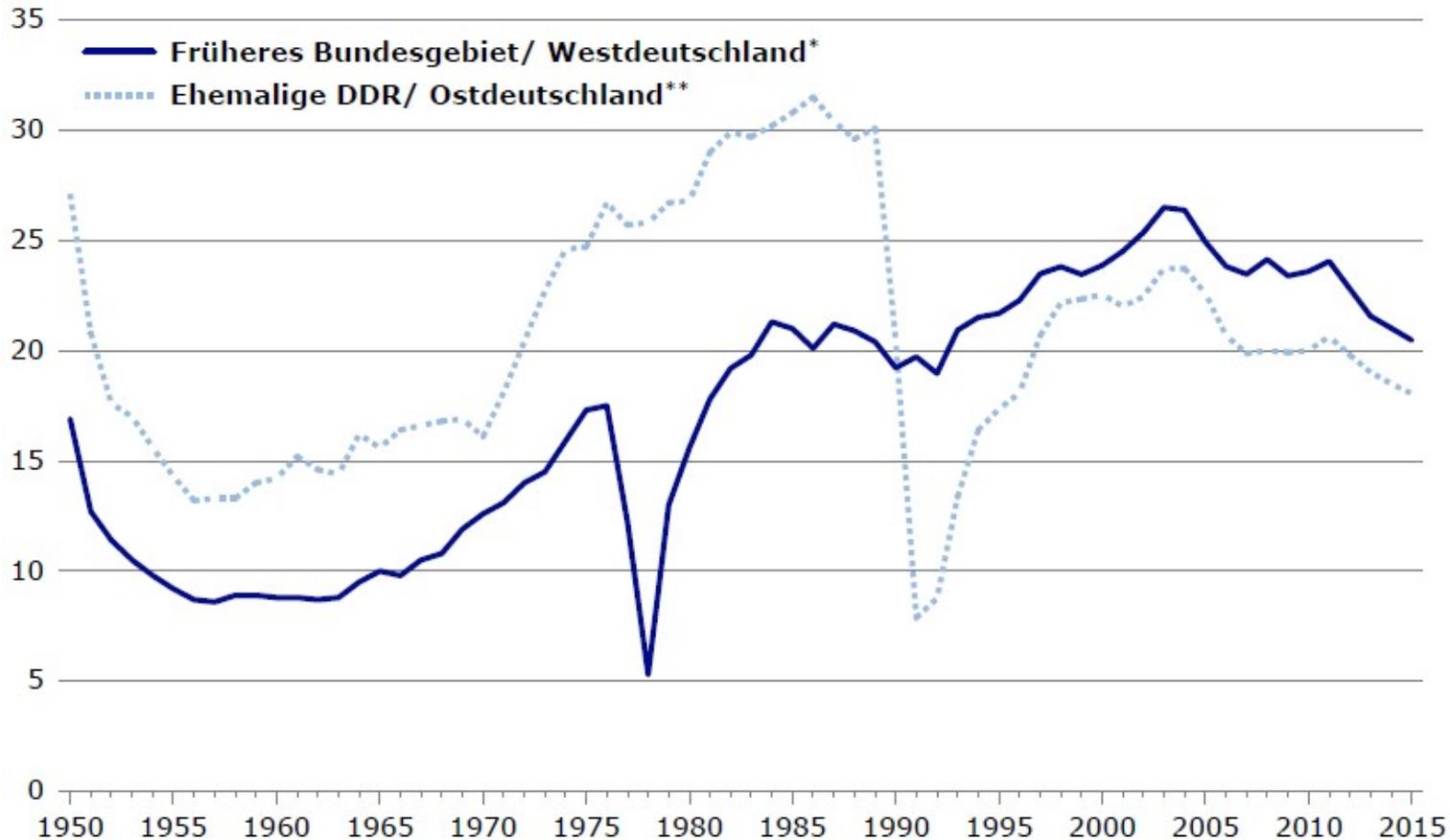
# Trends in der Beziehungsstabilität

- Seit 100 Jahren steigt die Scheidungsrate
  - Bis ins 19. Jhd. kaum Scheidungen (waren auch nicht legal)
  - Seit ca. 1900 monotoner Anstieg
  - Unterbrochen von Periodeneffekten
    - 1. und 2. WW mit anschließendem Nachholeffekt (Kriegsheimkehrer)
    - 1977: Umstellung vom „Verursacherprinzip“ auf das „Zerrüttungsprinzip“ in der BRD (Trennungsjahr)
    - 1990: Umstellung im Osten auf das Westrecht, danach Anpassung an Westverhalten
  - Seit 2002 Abnahme der rohen Ehescheidungsrate
    - Kompositionseffekt: weniger Ehen in der Bevölkerung
    - Aber: auch der Anstieg der Scheidungsrate kam zum Stillstand
  - Prognose: ca. 40% der Ehen werden geschieden
- In der DDR höhere Scheidungsraten
- Ähnlicher Trend (auf höherem Niveau) bei NEL

# Der langfristige Trend bei den Scheidungen

## Rohe Ehescheidungsnummer für West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2015

Scheidungen je 10.000 Einwohner



\* ab 1990 ohne Berlin

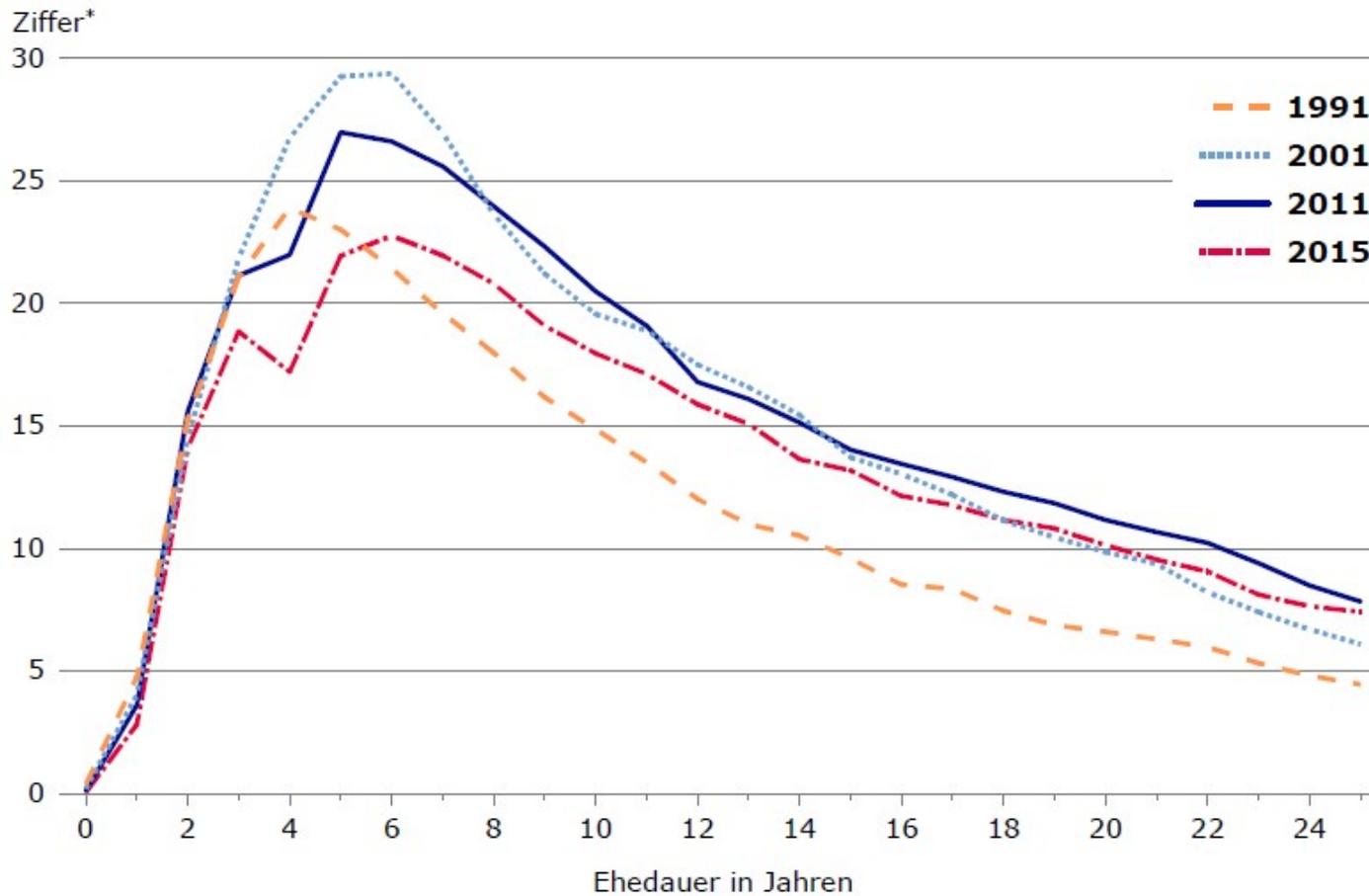
\*\* ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Scheidungsrate

**Ehedauerspezifische Scheidungsziffern in Westdeutschland (ohne Berlin), 1991, 2001, 2011 und 2015**



\* Geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1.000 geschlossene Ehen desselben Heiratsjahrgangs.

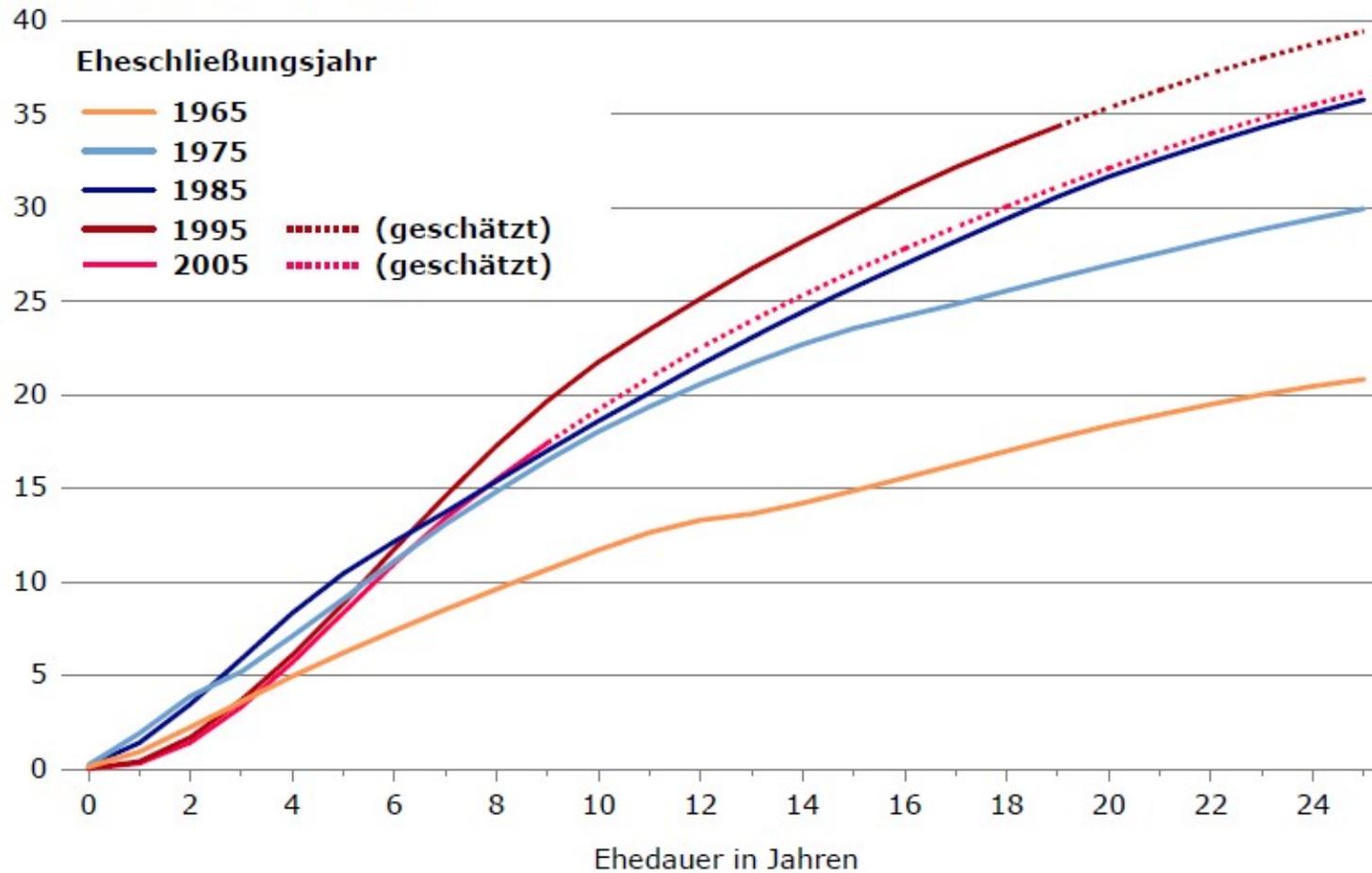
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Anteil der geschiedenen Ehen

**Anteile der geschiedenen Ehen der Eheschließungsjahrgänge 1965, 1975, 1985, 1995 und 2005 nach der Ehedauer in Deutschland (Stand: 2015)**

kumulierte Anteile in Prozent



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

# Erklärung des Anstiegs der Scheidungsraten

- Einige verbreitete Erklärungen
  - Ehen dauern länger wegen Anstieg der Lebenserwartung
    - Fehlinterpretation der Lebenserwartung (s.o.)
  - Zunehmende Emotionalisierung von Partnerschaften
    - Die Gefühle waren früher auch nicht stabiler
- Familienökonomische Handlungstheorie
  - Scheidung, wenn Alternativen besser (Single, neuer Partner)
    - Die Alternative „Single“ hatte früher hohe Kosten
    - Alternative „neuer Partner“ war sozial geächtet
    - Beides ist heute mit weniger Kosten verbunden
  - Selbstverstärkende Prozesse führen zu einem Anstieg der Scheidungsrate (Scheidungsspirale)
    - Hohe Scheidungszahlen vergrößern den Partnermarkt für Ältere
    - Hohe Scheidungszahlen verringern die Stigmatisierung
    - Hohe Scheidungszahlen verringern „Investitionen“



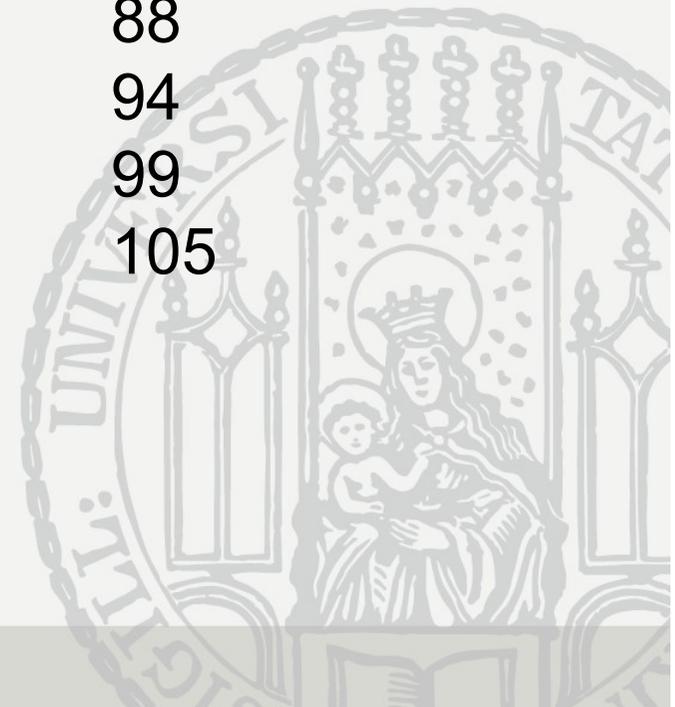
# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.1 Grundlegendes

4.1.1. Definition/Fragestellung	88
4.1.2. Gerechtigkeitsdimensionen	94
4.1.3. Gerechtigkeitsdiskurse	99
4.1.4. Messung von Benachteiligung	105

Josef Brüderl

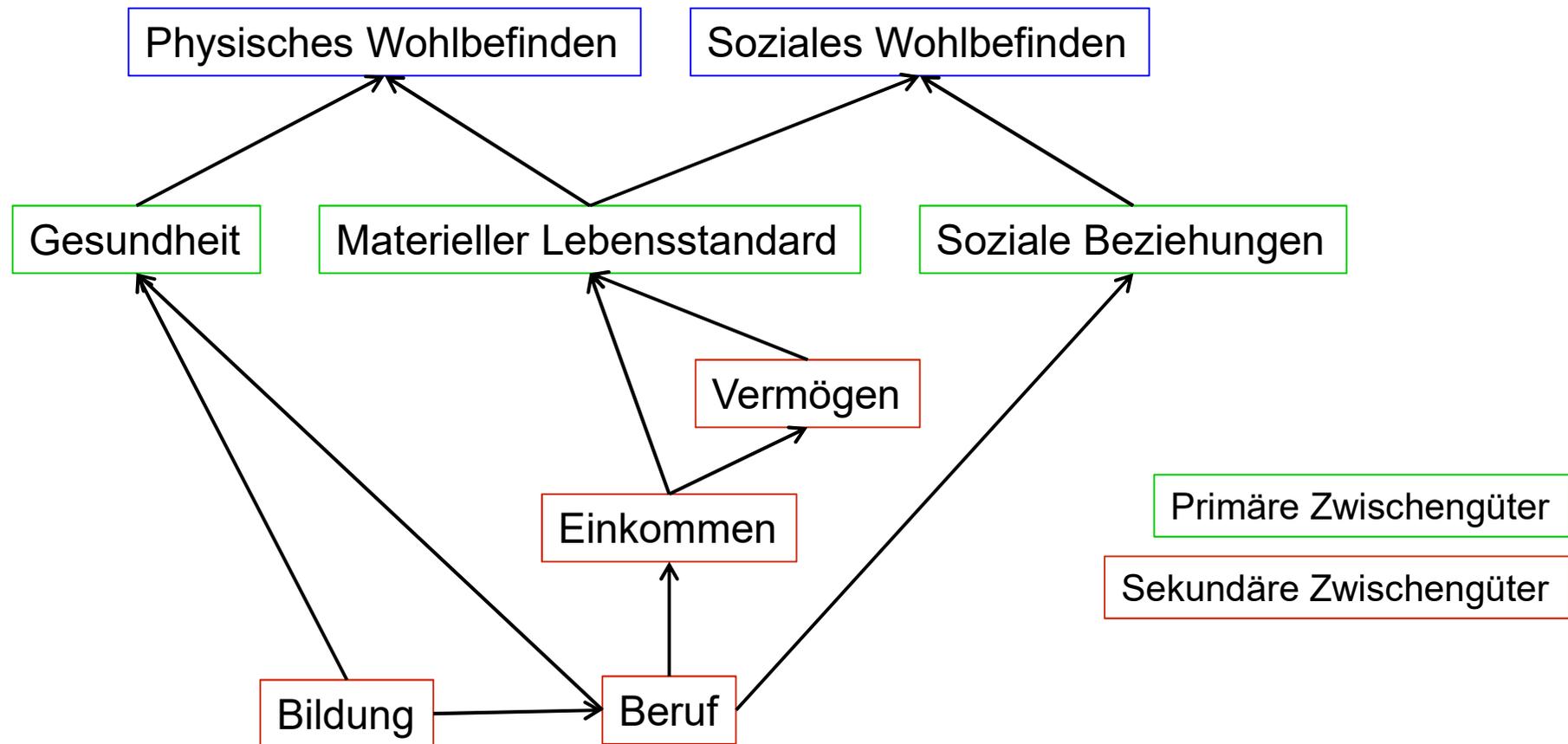
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Soziale Produktionsfunktionen

- Theorie sozialer Produktionsfunktionen (Adam Smith 1776, Hartmut Esser 1993)
  - Allgemeine Theorie menschlicher Bedürfnisse
  - Grundannahme: Alle Menschen streben nach „Wohlbefinden“
  - Zwei Arten von Wohlbefinden
    - Physisches Wohlbefinden
    - Soziales Wohlbefinden (soziale Anerkennung)
- Wohlbefinden wird erzeugt durch „Zwischengüter“
  - Primäre Zwischengüter
    - Sind universelle Mittel zur Erzeugung von Wohlbefinden
  - Sekundäre Zwischengüter
    - Sind historisch und gesellschaftlich bedingte Mittel zur Erzeugung von Wohlbefinden
    - Wirken nur indirekt über die primären Zwischengüter auf das Wohlbefinden

# Die „Produktion“ von Wohlbefinden



- Die Pfeile stehen für „erhöht/verbessert“

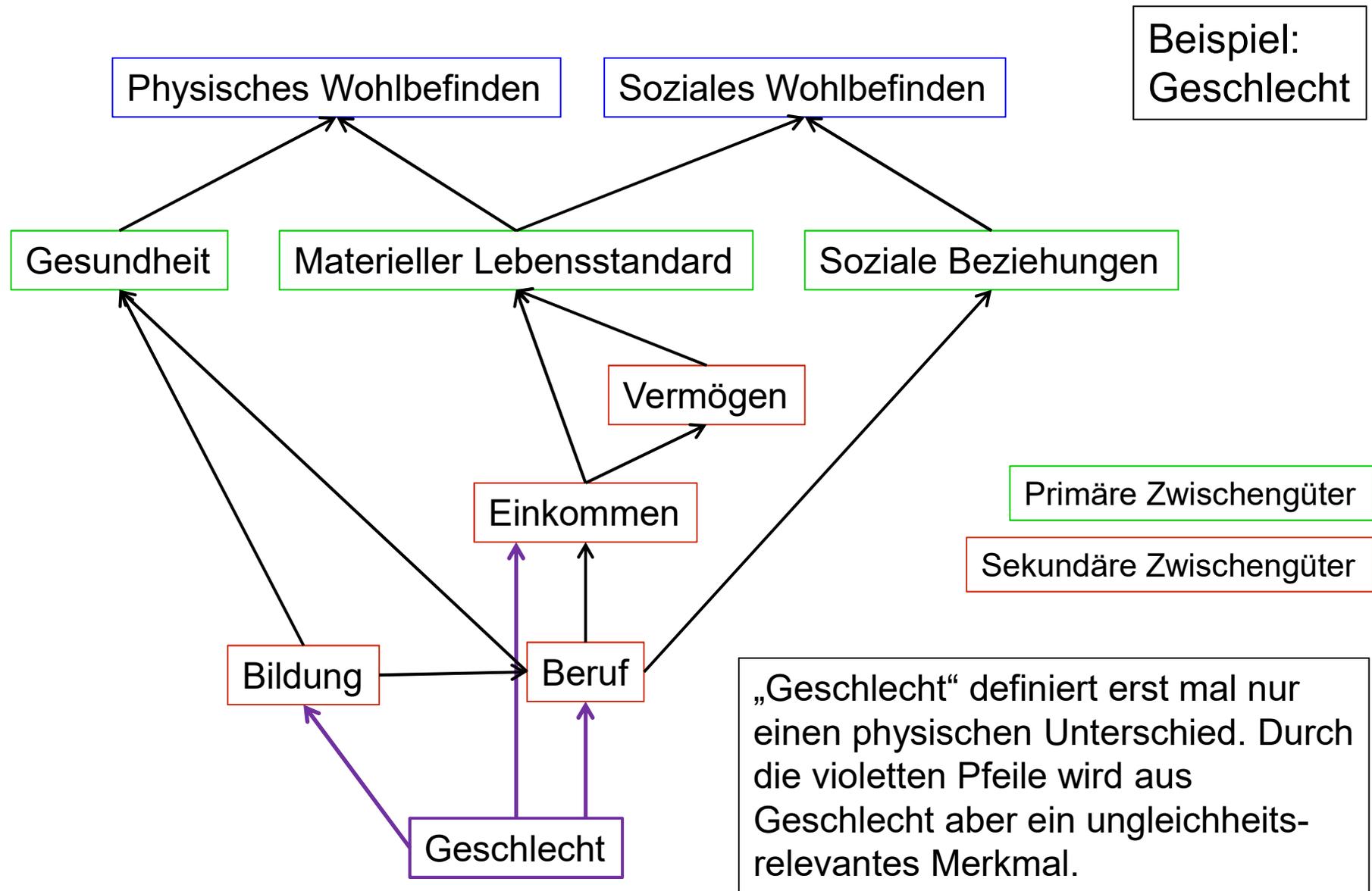
# Soziale Ungleichheit

- **Definition I:** Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen unterschiedliches Wohlbefinden haben
  - Wird in der Ungleichheitsforschung eher selten verwendet, da
    - a) Ungleichheit dann sehr „subjektiv“ wäre und
    - b) „Wohlbefinden“ schwer messbar ist
- **Definition II:** Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen über ein unterschiedliches Ausmaß an primären/sekundären Zwischengütern verfügen
  - Zwischengüter sind die „**Dimensionen sozialer Ungleichheit**“
- Anmerkungen
  - Annahme: Mehr/bessere Zwischengüter erhöhen das Wohlbefinden
  - Ungleichheit ist „sozial“, insofern sie durch soziale Prozesse entsteht
  - Der Begriff ist wertfrei gemeint! Ob Ungleichheit „gerecht“ oder „ungerecht“ ist, ist eine andere Frage (s.u.)

# Korrelate sozialer Ungleichheit

- Menschen unterscheiden sich auf vielen Merkmalen
  - Erworbene Merkmale: Beruf, Bildung, Einkommen, Vermögen, etc.
  - Zugeschriebene (askriptive) Merkmale: Herkunft, Geschlecht, Ethnizität, Blutgruppe, Haarfarbe, Alter, etc.
- Annahme: askriptive Merkmale beeinflussen das Wohlbefinden nicht direkt, sondern allenfalls indirekt über Zwischengüter
- Korrelate sozialer Ungleichheit: askriptive Merkmale, die mit einem Mehr oder Weniger an Zwischengütern verbunden sind
  - Herkunft (sozial/regional)
  - Physische Unterschiede (Alter, Geschlecht, Ethnizität)
- Andere askriptive Merkmale beeinflussen die Zwischengüter nicht, erzeugen also keine soziale Ungleichheit

# Korrelate sozialer Ungleichheit



# Die drei zentralen Fragen

- Das **Ausmaß der sozialen Ungleichheit?**
  1. Wie groß ist die Ungleichheit?
    - **Dimensionen sozialer Ungleichheit**
    - In dieser Vorlesung: Bildung, Beschäftigung / Beruf, Einkommen / Vermögen, Gesundheit
- Die **Ursachen der sozialen Ungleichheit?**
  2. Welche Zusammenhänge gibt es zwischen askriptiven Merkmalen und sozialer Ungleichheit?
    - **Korrelate sozialer Ungleichheit**
  3. Wie entsteht soziale Ungleichheit?
    - **Ungleichheitsgenerierende Mechanismen**



## Eine 4. Frage: Ist soziale Ungleichheit gerecht?

- Ist es legitim/gerecht, wenn Menschen ungleiche Mengen an Zwischengütern haben, oder nicht?
  - Gerecht: entspricht normativen Gerechtigkeitsvorstellungen
  - Legitim: akzeptabel, weil vorteilhaft für die Gesellschaft
  - Man kann z.B. Einkommensungleichheit als ungerecht bewerten (weil alle Menschen gleich sein sollten), sie aber gleichzeitig als legitim akzeptieren (weil sie die Wohlfahrt aller fördert)
- Dies ist offensichtlich eine normative Frage
  - Antworten darauf sind letztlich wissenschaftlich nicht begründbar
  - Aber Wissenschaft kann die Gerechtigkeitsargumente systematisieren und die im Begründungsdiskurs verwendeten empirischen Sätze analysieren

# Drei Gerechtigkeitsdimensionen

- Startbedingungen
  - Voraussetzungen zum Erwerb von Zwischengütern
  - Die Natur/Herkunft erzeugen unterschiedliche Startbedingungen
  - Sind Unterschiede in den Startbedingungen gerecht/legitim?
- Zuweisungsprinzip
  - Es gibt unterschiedliche Prinzipien, nach denen Zwischengüter zugewiesen/erworben werden können
  - Welches Zuweisungsprinzip ist gerecht/legitim?
- Das Ergebnis
  - Startbedingungen und Zuweisungsprinzip erzeugen ein bestimmtes Ausmaß an Ungleichheit
  - Welches Ausmaß an Ungleichheit ist gerecht/legitim?

# Startbedingungen

- Die Startbedingungen von Menschen sind unterschiedlich
  - Sie unterscheiden sich in ihrer genetischen Ausstattung (kognitive und nicht-kognitive Fähigkeiten, Talent, Gesundheit)
  - Sie werden unterschiedlich erzogen (Sozialisation)
  - Sie erhalten unterschiedliches Startkapital (Erbe)
- Alle diese Unterschiede sind familial bedingt
  - Die Familie ist die erste zentrale „Ungleichheitsmaschine“
- Normative Positionen bzgl. Startbedingungen
  - Ungleiche Startbedingungen sind unvermeidbar und deshalb legitim (**natürliche Ungleichheit**)
  - Ungleiche Startbedingungen sind unverdient, weshalb man versuchen sollte, die Startbedingungen anzugleichen (**Startchancengleichheit**)

# Zuweisungsprinzipien

- Gleichheitsprinzip
  - „Jedem das Gleiche“
- Statusprinzip
  - „Jedem nach seinem (angeborenen) Status“
- Bedarfsprinzip
  - „Jedem nach seinen Bedürfnissen“
- Leistungsprinzip
  - „Jedem nach seiner Leistung/Produktivität“
- In modernen Gesellschaften werden je nach Feld durchaus unterschiedliche Zuweisungsmechanismen als legitim angesehen
  - Markt/Bildung: Leistungsprinzip
  - Familie: alle Prinzipien kommen in unterschiedlichen Situationen vor
  - Staat: Gleichheitsprinzip (aber auch andere Prinzipien)

# Ergebnisungleichheit

- Bzgl. des Ergebnisses ist in modernen Gesellschaften im Prinzip Gleichheit die „Benchmark“
  - „Alle Menschen sind gleich“
- Es gibt allerdings Begründungen dafür, dass Ungleichheit in manchen Situationen doch legitim ist
  - Bedürfnisargument
    - Manche brauchen mehr, um auf das gleiche Wohlbefinden zu kommen
  - Fairnessargument
    - Es ist fair, dass Leute die mehr leisten, mehr Zwischengüter haben
    - Moralische Begründung des Leistungsprinzips
  - Wohlfahrtsargument
    - Aufgrund des Leistungsprinzips strengen sich die Menschen an und dadurch steigt der Wohlstand aller
    - „Rationale“ Begründung des Leistungsprinzips

# Was ist „soziale Gerechtigkeit“?

- Darauf gibt es durchaus unterschiedliche Antworten. Im Prinzip versteht man unter „sozialer Gerechtigkeit“ ein Bündel normativer Forderungen bzgl. der drei Gerechtigkeitsdimensionen
  - Liberale Position: Leistungsgerechtigkeit
    - Natürliche Ungleichheit ist akzeptabel
    - Man sollte für Zuweisung nach dem Leistungsprinzip sorgen
    - Die dann resultierende Ungleichheit ist leistungsgerecht
  - Sozialdemokratische Position: „korrigierte“ Leistungsgerechtigkeit
    - Man sollte Startchancengleichheit herstellen (so gut es halt geht)
    - Man sollte für Zuweisung nach dem Leistungsprinzip sorgen
    - Die trotzdem resultierende Ungleichheit sollte durch Umverteilung in Richtung Ergebnisgerechtigkeit verkleinert werden

# Soziale Marktwirtschaft

- Moderne Sozialstaaten (der Wohlfahrtsstaat) setzen im Prinzip die sozialdemokratische Position um
  - Startchancengleichheit
    - Abbau familialer Unterschiede (Vorschule, Erbschaftssteuer)
  - Leistungsprinzip
    - Im Prinzip zählt die Leistung im freien Markt
    - Der Staat sorgt dafür, dass das Leistungsprinzip nicht eingeschränkt wird (Antidiskriminierungsgesetze)
    - Nachteile in den Startbedingungen können durch „positive“ Diskriminierung ausgeglichen werden (Nachteilsausgleich)
  - Umverteilung
    - Sind die Ergebnisse zu ungleich, greift der Staat umverteilend ein (progressive Besteuerung, Sozialhilfe, Quotenregelungen, Mindestlohn)
- Der zentrale Dissens der Sozialpolitik: Wohlfahrtsargument
  - Wo liegt das optimale Ausmaß der Ungleichheit?
  - Ab wann fördert die Ungleichheit nicht mehr die Wohlfahrt aller?

# Chancengleichheit

- Normative Position in Bezug auf intragenerationale Mobilität
- Chancengleichheit I: Zuweisung nach dem Leistungsprinzip
  - Die Belohnung soll proportional zur Leistung sein
    - „Jeder sollte die Chance haben, seine Talente zur Entfaltung zu bringen“
- Chancengleichheit II: erweitert um Startchancengleichheit
  - Jeder sollte gleiche Startbedingungen haben
    - „Jeder sollte eine Chance haben, wenn er sich nur anstrengt“
- Das Gegenteil ist „Benachteiligung“
  - Benachteiligung I:  $\text{Ergebnis} = f(\text{Leistung}) + X$ 
    - X (Diskriminierung) verletzt die Chancengleichheit
  - Benachteiligung II:  $\text{Ergebnis} = f(\text{Anstrengung} \times \text{Fähigkeit}) + X$ 
    - Zusätzlich verletzen (angeborene, anerzogene) Fähigkeitsunterschiede die Chancengleichheit
- Chancengleichheit ist nicht Ergebnisgleichheit: wer sich weniger anstrengt, der bekommt weniger

# Was ist „Diskriminierung“?

- Diskriminierung ist die Verletzung des legitimen Zuweisungsprinzips
  - Meist implizit: „negative“ Diskriminierung (Benachteiligung)
    - Es gibt aber auch „positive“ Diskriminierung (Bevorzugung)
  - In Bereichen, in denen das Gleichheitsprinzip herrscht (z.B. Justiz, Wahlen)
    - Jede Ungleichbehandlung wird als Diskriminierung angesehen
    - Z.B.: härtere Strafen für Ausländer, kein Wahlrecht für Frauen, Benachteiligung von Behinderten bei der Wohnungsvergabe
  - In Bereichen, in denen das Leistungsprinzip herrscht (Bildungssystem, Arbeitsmarkt)
    - Ungleichbehandlung bei Leistungsunterschieden ist legitimiert
    - Werden aber Personen bei gleicher Leistung ungleich behandelt, so ist das auch in diesen Bereichen Diskriminierung
    - Z.B.: systematisch schlechtere Noten für Jungs und Arbeiterkinder, geringerer Lohn für Frauen bei gleicher Arbeit und Leistung

# Antidiskriminierungsgesetz

- **Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz**
  - „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“
- **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz von 2006 (AGG)**
  - § 1: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“
  - § 2 Anwendungsbereich:
    - Einstellung, Lohn, beruflicher Aufstieg, Entlassung, Berufsbildung
    - Bildung
    - Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum
  - § 5 Positive Maßnahmen: „Eine unterschiedliche Behandlung ist zulässig, wenn durch geeignete und angemessene Maßnahmen bestehende Nachteile wegen eines in § 1 genannten Grundes ausgeglichen werden sollen.“
- **Das GG verpflichtet den Staat, das AGG die Privatwirtschaft**

# Diskussionen über Diskriminierung

- Ist Benachteiligung in Familie/privatem Bereich legitim?
  - Wohnungsvergabe
    - Ein Makler/Vermieter darf bei der Wohnungsvergabe nicht benachteiligen (§ 19 AGG)
    - Aber bei der Vergabe eines Zimmers zur Untervermietung/in einer Wohngemeinschaft darf man das? (Ja, nach § 19 Abs. 5 AGG)
  - Ist es Diskriminierung, wenn man seinen Partner in Abhängigkeit von Merkmalen auswählt (z.B. nach Herkunft, politischer Anschauung, etc.)?
- Ist positive Diskriminierung (Nachteilsausgleich) zur Herstellung von Chancengleichheit legitim?
  - Nein: Art. 3 Abs.3 GG, Ja: § 5 AGG
  - Affirmative Action in den USA: geringere Zulassungshürden an Unis für afroamerikanische Bewerber
  - In D diskutiert: Frauenquoten, Migrantquoten, Zulassungsquoten für Kinder ärmerer Eltern

# Die Messung von Benachteiligung

- Vergleich des Bildungsaufstiegs zweier Gruppen A und B

N (Fallzahl)	A	B	P (Whs.) x 100	A	B
Hauptschule	100	70	Hauptschule	50	35
Gymnasium	100	130	Gymnasium	50	65
	200	200			

- Am einfachsten: Verhältnis der Aufstiegswahrscheinlichkeiten

$$\frac{P(\text{Gym}|B)}{P(\text{Gym}|A)} = \frac{65}{50} = 1,3$$

- Stattdessen werden häufig die Aufstiegschancen (odds) betrachtet

$$O_A = \frac{N(\text{Gym}|A)}{N(\text{Haupt}|A)} = \frac{100}{100} = 1, \quad O_B = \frac{N(\text{Gym}|B)}{N(\text{Haupt}|B)} = \frac{130}{70} = 1,86$$

- und das Aufstiegschancenverhältnis berechnet (Odds-Ratio, OR)

$$\text{OR} = \frac{O_B}{O_A} = 1,86 / 1 = 1,86$$

# Die Messung von Benachteiligung

- Interpretation von ORs
  - $OR < 1$  B hat kleinere Chancen (B benachteiligt)
  - $OR = 1$  A und B haben gleiche Chancen (keine Benacht.)
  - $OR > 1$  B hat größere Chancen (A benachteiligt)
- Beispiel:  $OR = 1,86$ 
  - Die „Chance“ auf das Gymnasium zu gehen, ist in Gruppe B fast doppelt so hoch wie in Gruppe A
  - Gruppe A ist benachteiligt
- **Achtung: Odds-Ratios werden häufig falsch interpretiert!**
  - $OR = 1,86$  bedeutet nicht, dass die Aufstiegswahrscheinlichkeit in Gruppe B 1,86-mal so hoch ist wie in Gruppe A
  - Tatsächlich ist die Aufstiegswahrscheinlichkeit in Gruppe B nur 1,3-mal so hoch!

# Die Messung von Benachteiligung

- Die vorhin berechnete OR berücksichtigt keine Leistungsunterschiede (Brutto-OR)
  - Deswegen könnten die beobachteten Unterschiede auch auf unterschiedliche Leistung der Gruppen A und B zurückzuführen sein
    - Aus der Brutto-OR auf Benachteiligung zu schließen ist voreilig!  
(zumindest im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt)
- Man muss für Leistung kontrollieren (Netto-OR)

N (Fallzahl)	Gruppe A		Gruppe B	
	Note 1-2	Note 3-4	Note 1-2	Note 3-4
Hauptschule	20	80	30	40
Gymnasium	80	20	120	10
	100	100	150	50

$$OR_{1-2} = \frac{120}{30} / \frac{80}{20} = 1 \qquad OR_{3-4} = \frac{10}{40} / \frac{20}{80} = 1$$

- Es liegt also tatsächlich **keine** Benachteiligung vor  
(im Sinne des Konzepts I von Chancengleichheit)

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

### 4.2.1 Bildung

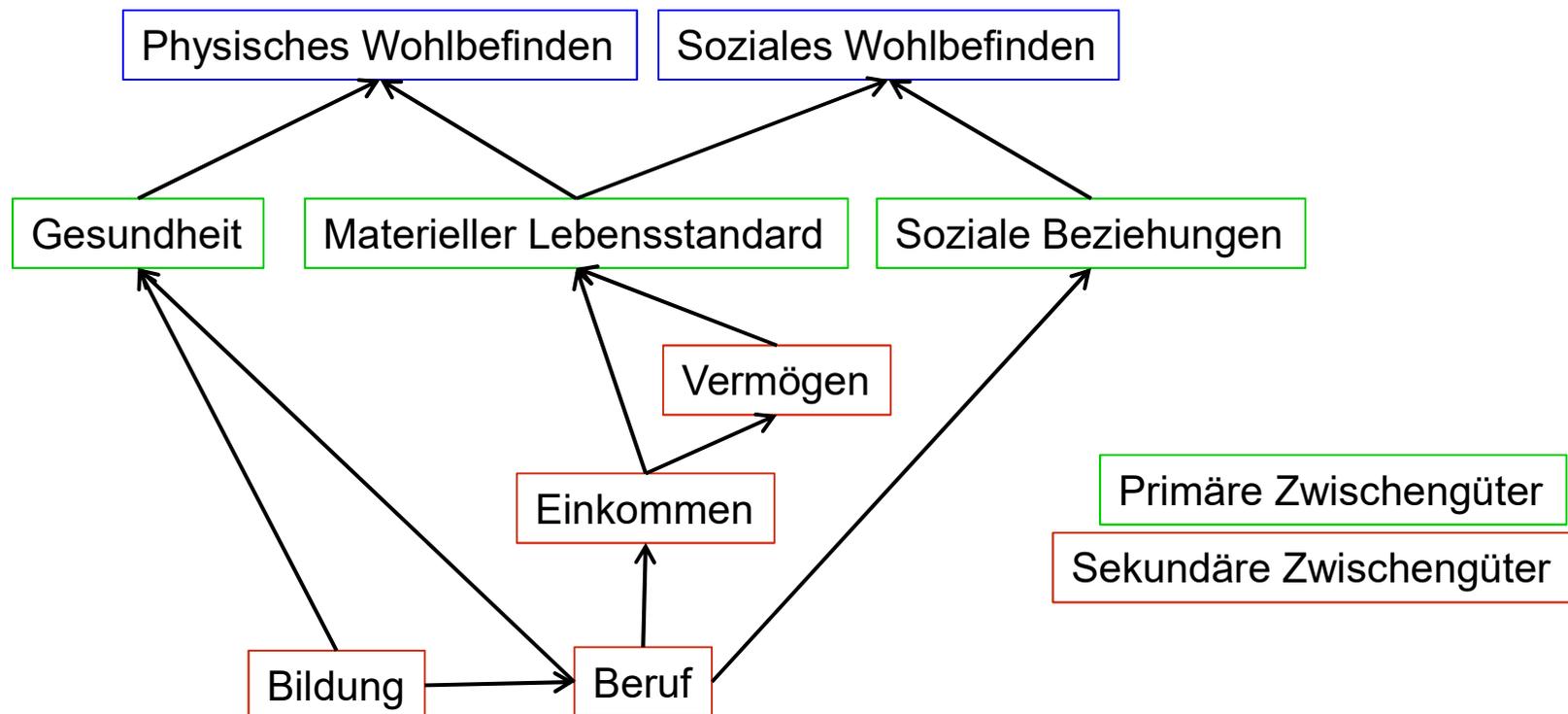
Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Meritokratie

- Die soziale Position beruht in modernen Gesellschaften auf eigenen Leistungen in Bildung und Beruf (Leistungsgesellschaft)
  - In meritokratischen Gesellschaften hat die Bildung eine Schlüsselfunktion im Prozess der Stuserreichung
  - Das Bildungssystem ist in meritokratischen Gesellschaften die zweite zentrale „Ungleichheitsmaschine“ (neben der Familie)



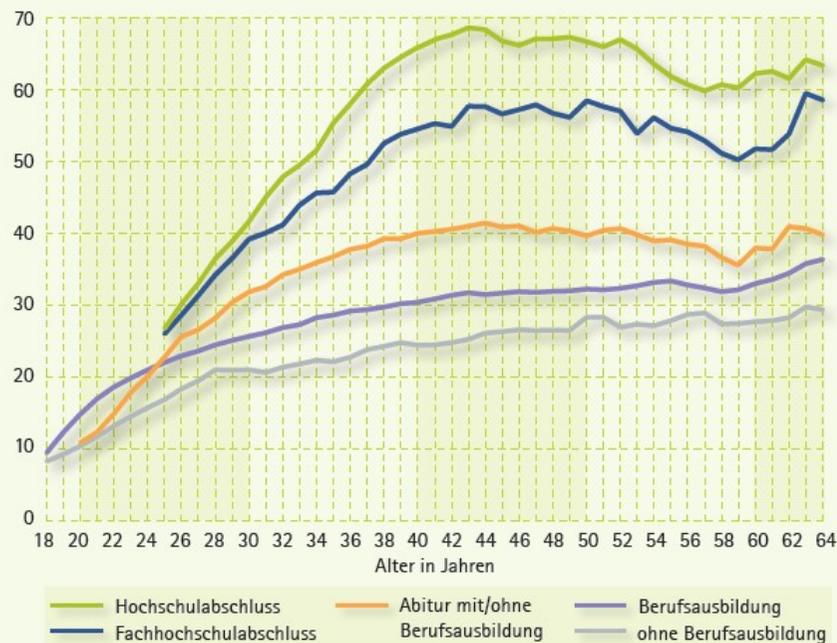
# Bildung lohnt sich

- Bildung ist ein Produktionsfaktor („Humankapital“, Gary S. Becker 1964)
  - Bildung liefert Wissen (Kompetenz)
  - Wissen steigert die Leistungsfähigkeit / Produktivität
  - Produktivere bekommen einen besseren Job / höhere Löhne (Bildungsrendite)

Abbildung 2

Durchschnittliche Brutto-Jahresentgelte  
nach Lebensalter und höchstem Bildungsabschluss

in 1.000 Euro



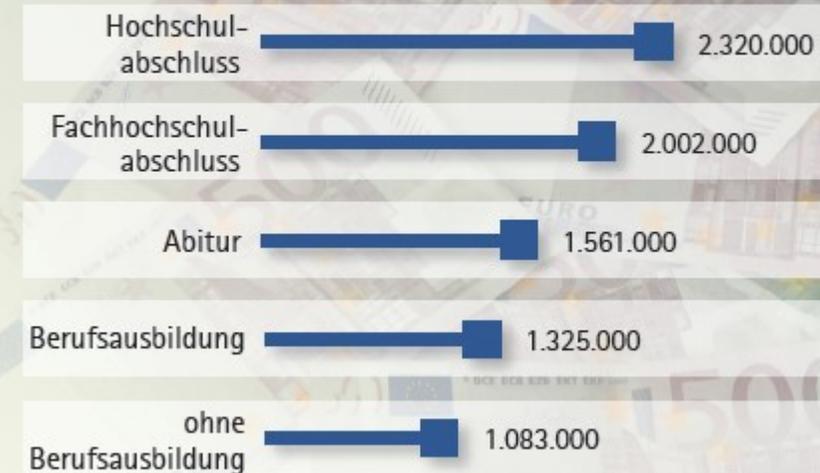
Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB).

© IAB

Abbildung 1

Durchschnittliche Lebensverdienste  
nach höchstem Bildungsabschluss

in Euro

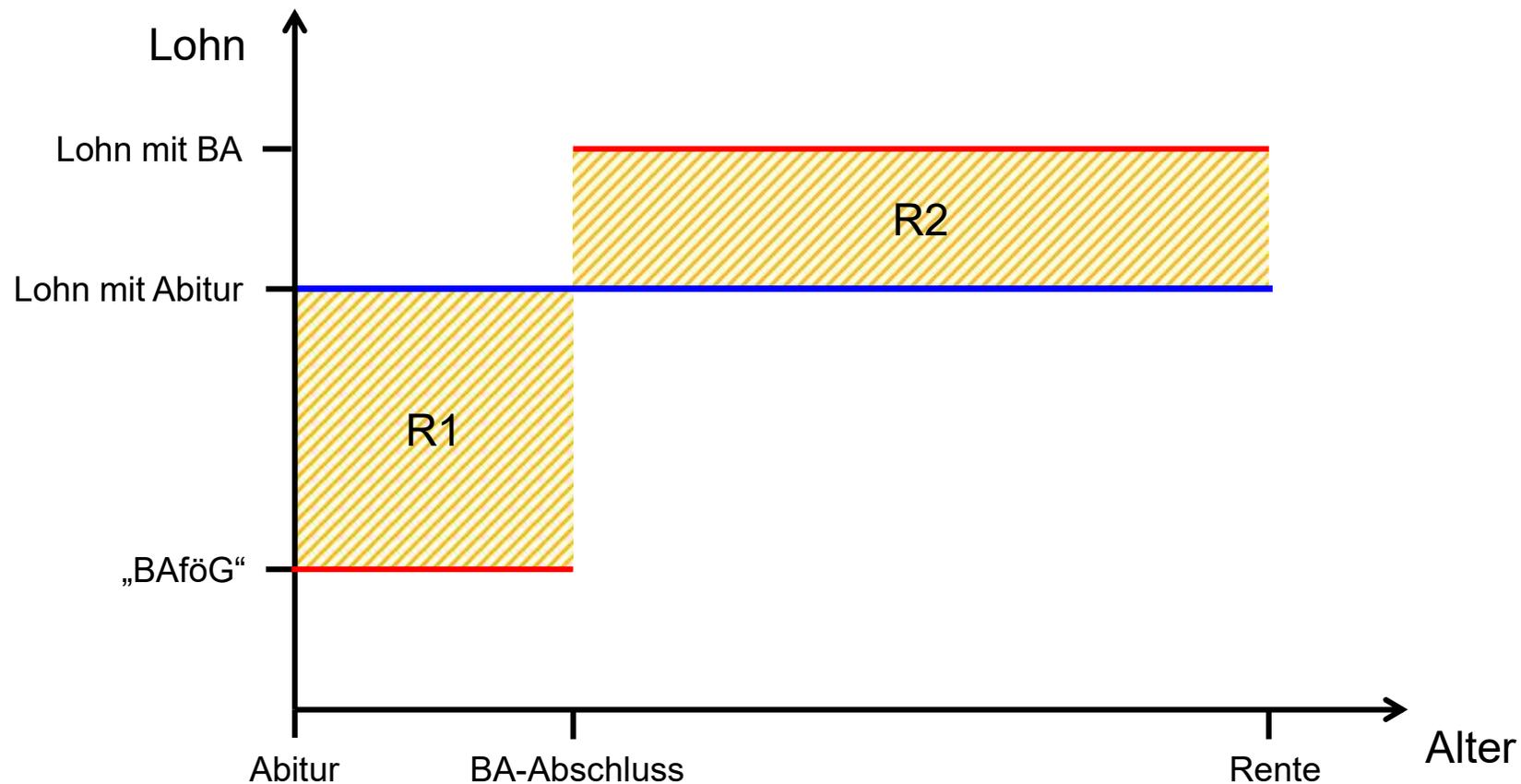


Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB).

© IAB

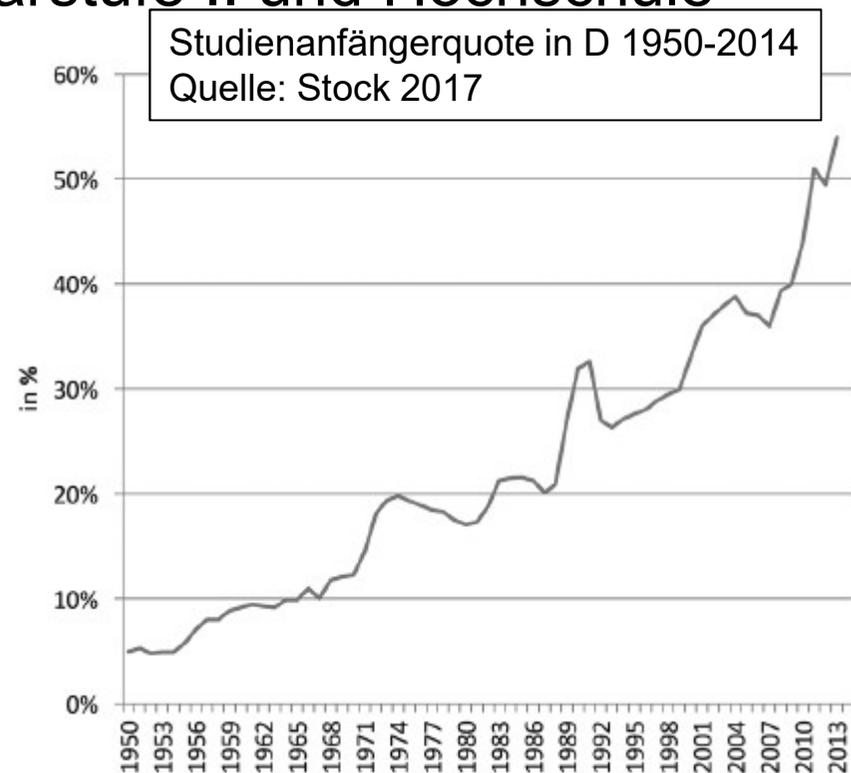
# Humankapitaltheorie

- Heute anfallende Kosten (finanzieller Aufwand, physische Anstrengungen und Opportunitätskosten)
- Zukünftig zu erwartender Nutzen: höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen
- Gegeben seine Fähigkeiten und Restriktionen optimiert jeder Mensch den Umfang seiner Investitionen in Humankapital



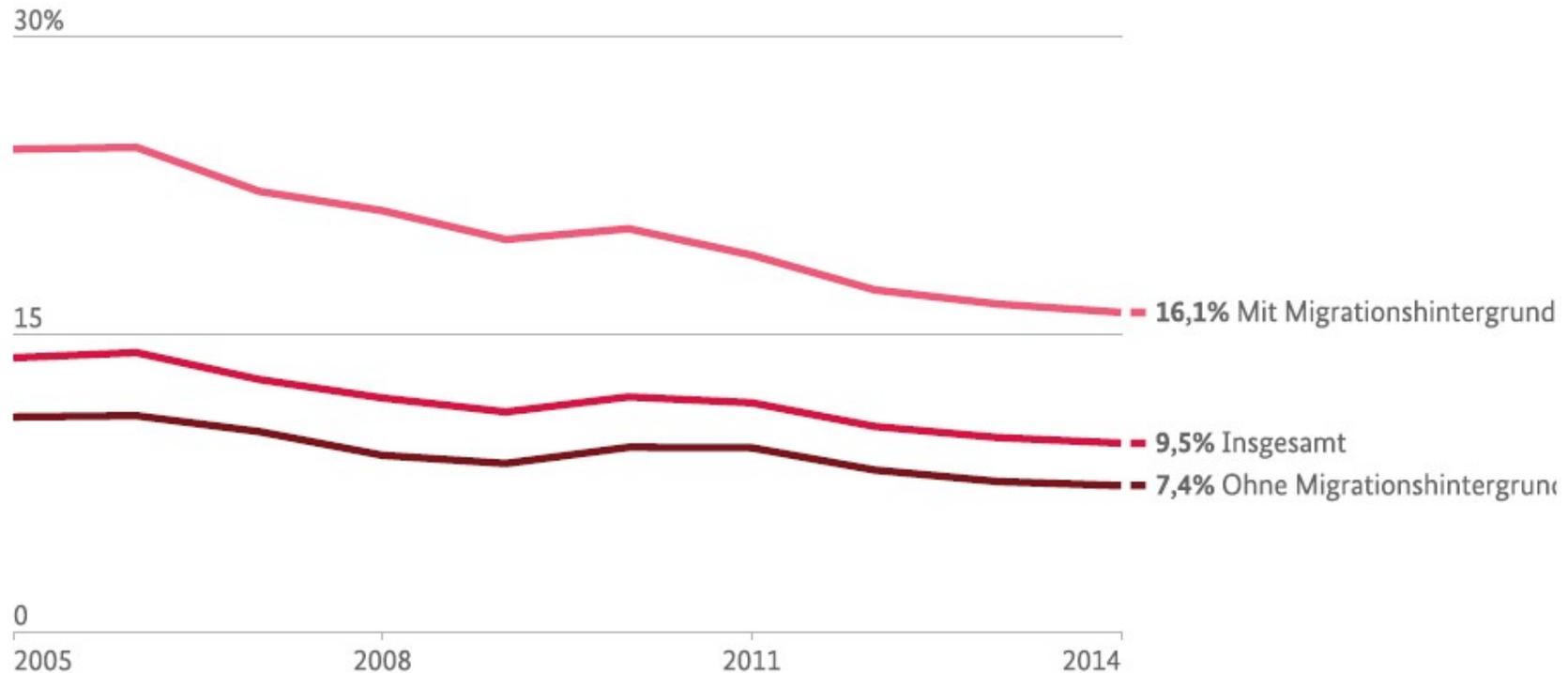
# Die Bildungsexpansion

- 1950 war höhere Bildung die Ausnahme
  - 80% eines Jahrgangs hatten Volksschulabschluss
- Ab 1950: Expansion der beruflichen Ausbildung
  - Vor allem bei den Frauen
- Ab 1970: Expansion Sekundarstufe II und Hochschule
  - Anteil nur mit Hauptschule sank auf unter 30%
  - Werte für 2008
    - 45% des Altersjahrgangs mit (Fach-)Abitur
    - 40% begannen ein Studium (Studienanfängerquote)
    - 26% mit Hochschulabschluss (Absolventenquote)



# Bildungsarmut

Abbildung 31: Entwicklung des Anteils der frühen Schulabgänger an allen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Quelle: Bundesregierung (2016)

- Früher Schulabgang: Max. Sekundarstufe I (Haupt-, Realschule, keine Berufsausbildung)
- Schulabbrecher: keinen Hauptschulabschluss (2014 bei 6%)

# Erklärung der Bildungsexpansion

- Geringe Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich
  - Georg Picht (1964) „Die deutsche Bildungskatastrophe“
- Humankapitalerklärung
  - Wandel der Berufsstruktur hin zu wissensintensiven Tätigkeiten
- Bildung ist Signal
  - Wettbewerb um die höchsten Abschlüsse („rat race“)
- Bildungskatastrophe II: der „Akademisierungswahn“?
  - Die Mehrheit eines Jahrgangs beginnt inzwischen ein Studium
    - An den Unis aber nach wie vor wissenschaftliche Ausbildung. Folge: hohe Abbruchquoten
  - Viele ehemalige Ausbildungsberufe werden akademisiert
  - Der dualen Berufsausbildung (ein deutsches Erfolgsmodell) gehen die Auszubildenden aus

# Bildungsungleichheit: Geschlecht

- Früher (1950) hatten die Frauen weniger Bildung
  - 2/3 Frauen ohne berufliche Ausbildung, nur 1/3 der Männer
  - Nur ein Viertel der Abiturienten waren Frauen
- Inzwischen haben die Frauen die Männer überholt
  - Abiturientenquote 2008: Männer 41%, Frauen 49%
  - Absolventenquote 2008: Männer 25%, Frauen 28%
- Nach wie vor: „horizontale Ungleichheit“
  - Z.B. Fächerwahl an der Hochschule ist noch ungleich
    - 50% der Männer studieren Natur-/Ingenieurwiss., 20% der Frauen
    - Bei den Frauen dominieren die Geisteswissenschaften

# Mechanismen der Bildungsungleichheit

- Was sind die Mechanismen hinter Bildungsungleichheiten?  
Mit Raymond Boudon (1974) unterscheidet man heute
  - Primäre Effekte: Leistungsunterschiede
    - Leistung im Bildungssystem hängt stark von den kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten ab (z.B. Intelligenz und Fleiß)
    - Zwischen Gruppen können sich die Fähigkeiten unterscheiden
  - Sekundäre Effekte: Benachteiligung bei gleicher Leistung
    - Leistungsbewertungen können „gebiast“ sein (Lehrer), Bildungsentscheidungen hängen von der Bildungsaspiration ab (Eltern)
- Ist Bildungsungleichheit ungerecht?
  - Unterschiede, die auf primäre Effekte zurückgehen, sind legitim, da im Bildungssystem das Leistungsprinzip gilt
    - Erweiterte Auffassung von Chancengleichheit: auch primäre Effekte sind ungerecht, wenn sie auf Startchancenungleichheit beruhen
  - Unterschiede, die auf sekundäre Effekte zurückgehen, sind ungerecht, da sie „leistungsfremd“ sind

# Mechanismen geschlechtsspezifischer Bildungsungleichheit

- Primäre Effekte
  - Unterschiede in den kognitiven Fähigkeiten: Jungs sind in Mathe besser (14 Punkte, PISA 2012), Mädchen beim Lesen (44 Punkte)
    - Da Lesekompetenz Grundlage vieler schulischer Leistungen ist, haben Mädchen einen Leistungsvorsprung in vielen Fächern
  - Geringerer Fleiß mancher Jungs
    - „The problem with boys“: Maskulinität wird durch Anti-Schulhaltung konstruiert
- Sekundäre Effekte
  - Früher gab es explizite Barrieren für Frauen
    - Bis vor hundert Jahren durften Frauen nicht auf die Uni
    - Frauen waren Bäuerin bzw. Hausfrau und Bildung „lohnte“ nicht
  - Heute sind diese Barrieren für Frauen verschwunden
  - Aber umgekehrt: den „Problem-Boys“ (s.o.) wird es heute im Bildungssystem schwer gemacht („Die Jungen-Katastrophe“)

# Bildungsungleichheit: soziale Herkunft

- Kinder höherer/bildungsnaher Herkunft haben mehr Bildung
  - Häufigerer Übergang ins Gymnasium
  - Häufigeres Studium

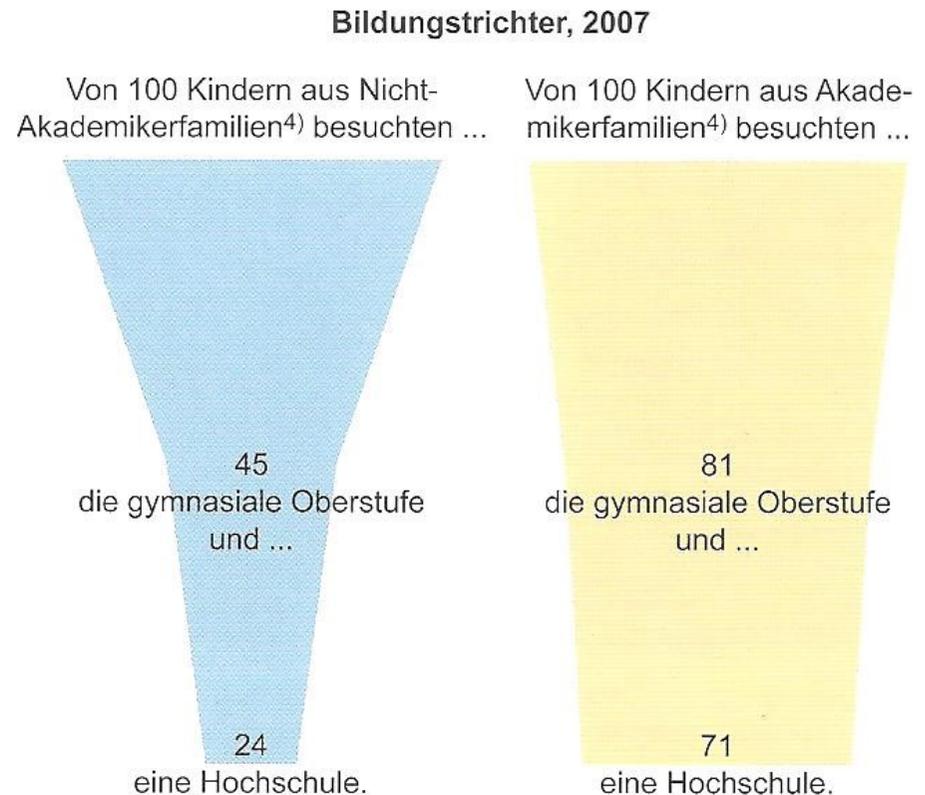
- **Besuch Gymnasium**

- Gemessen durch das Chancenverhältnis (OR)

$$\begin{aligned} \text{OR} &= \frac{P(\text{Gym}|\text{Akademikerkind})}{P(\neg\text{Gym}|\text{Akademikerkind})} \\ &= \frac{P(\text{Gym}|\neg\text{Akademikerkind})}{P(\neg\text{Gym}|\neg\text{Akademikerkind})} \\ &= \frac{81}{19} / \frac{45}{55} = 5,21 \end{aligned}$$

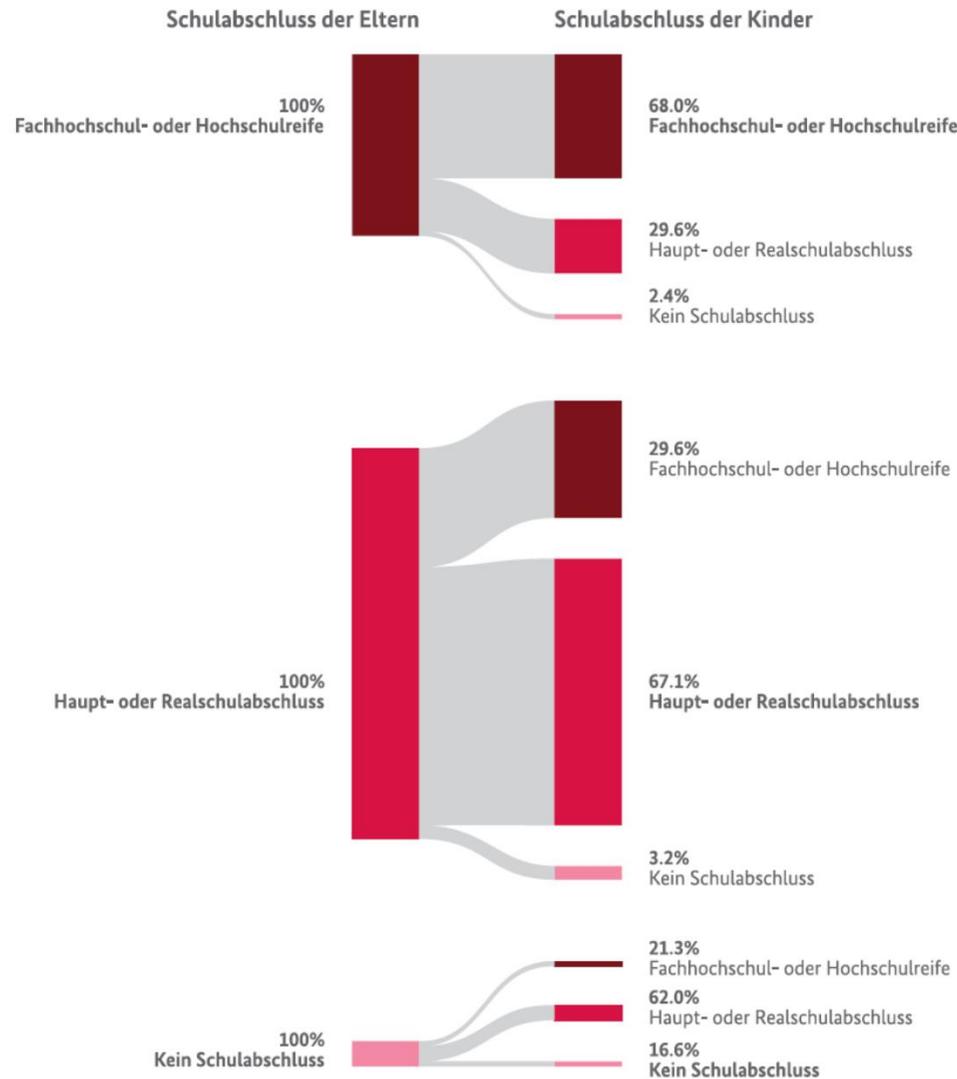
- **Besuch Hochschule**

- $\text{OR} = \frac{71}{29} / \frac{24}{76} = 7,75$



Quelle: Rostocker Zentrum (2011)  
„Deutschland im Demografischen Wandel“

# Bildungstrichter 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Sonderauswertung.

- Hier betrachtet man nicht den Besuch einer Bildungsinstitution, sondern den Abschluss
- Nachteil ist aber, dass die berufliche Bildung ignoriert wird
- OR Abitur vs. kein Abi

$$OR = \frac{32}{68} \cdot \frac{30}{70} = 4,96$$

Quelle: Bundesregierung (2016)

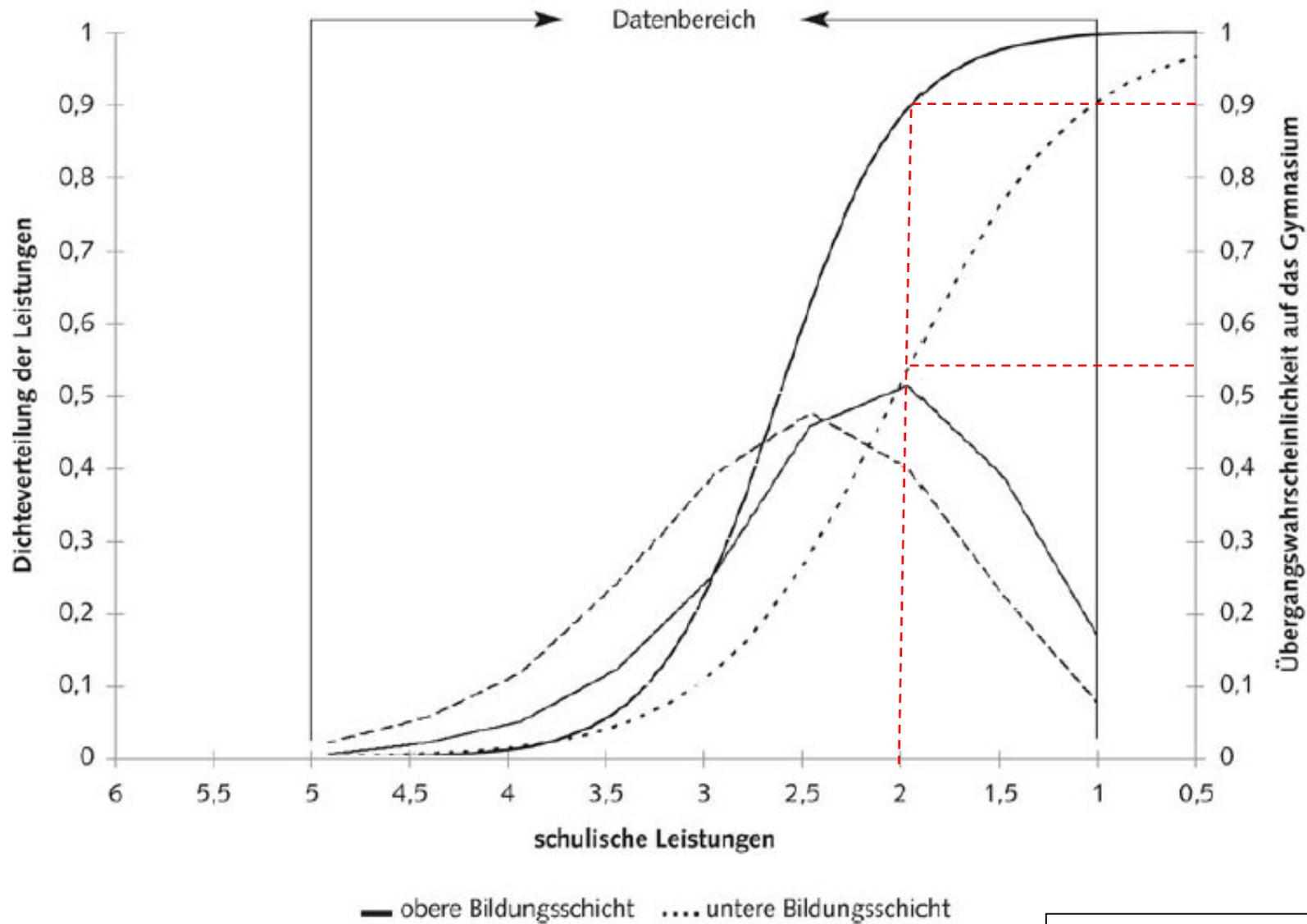
# Mechanismen herkunftsspezifischer Bildungsungleichheit

- Häufig wird vermutet, der Mechanismus sei „Geld“
  - Kinder aus besserem Haus haben eher Privatschule, Nachhilfe, etc.
  - Aber das ist nicht der entscheidende Mechanismus
- Die empirische Bildungsforschung zeigt:
  - Primärer Effekt: Kinder höherer Schichten zeigen bessere Leistungen
    - Vererbung kognitiver/nicht-kognitiver Dispositionen von Eltern auf Kinder
    - Die Möglichkeiten des frühkindlichen Kompetenzerwerbs sind in Elternhäusern höherer Schichten besser (Sozialisation)
  - Sekundärer Effekt: Eltern/Kinder aus höheren Schichten entscheiden sich bei gleicher Leistung eher für den Besuch einer höheren Schule
    - Lehrer geben Kindern höherer Schichten eher Übertrittsempfehlung
      - Weil sie fehlende Unterstützung durch das Elternhaus antizipieren
    - Eltern aus höheren Schichten betreiben eher einen Übertritt
      - Stuserhaltungsmotiv: Kindern soll es mindestens gleich gut gehen
      - Humankapitalkalkül: Erträge/Erfolgswahrscheinlichkeit der Bildung werden höher eingeschätzt, Kosten der Bildung leichter zu tragen

# Studie: Übertritt aufs Gymnasium

- Studie von Martin Neugebauer (2010) Zeitschrift für Soziologie
- Daten: DJI-Kinderpanel 2002-2005 (N=538)
  - Übertritt auf das Gymnasium nach der 4. Klasse ja/nein
  - Schulische Leistung gemessen in Schulnoten (Durchschnitt Deutsch- und Mathenote 4. Klasse, Halbjahreszeugnis)
  - Soziale Herkunft dichotomisiert
    - Obere Bildungsschicht: mindestens ein Elternteil verfügt über die (Fach-) Hochschulreife
    - Untere Bildungsschicht: kein Elternteil hat (Fach-) Hochschulreife
- Ergebnisse (s. nächste Folie)
  - Primärer Effekt: Kinder der oberen Schicht haben bessere Noten
  - Sekundärer Effekt: insbesondere in der Mitte der Notenverteilung haben die Kinder der oberen Schicht höhere Übergangsraten
    - Z.B. Note 2: ca. 90% versus ca. 54%
  - Anteil der beiden Mechanismen an den Schichtunterschieden: Primärer Effekt 41%, Sekundärer Effekt 59%

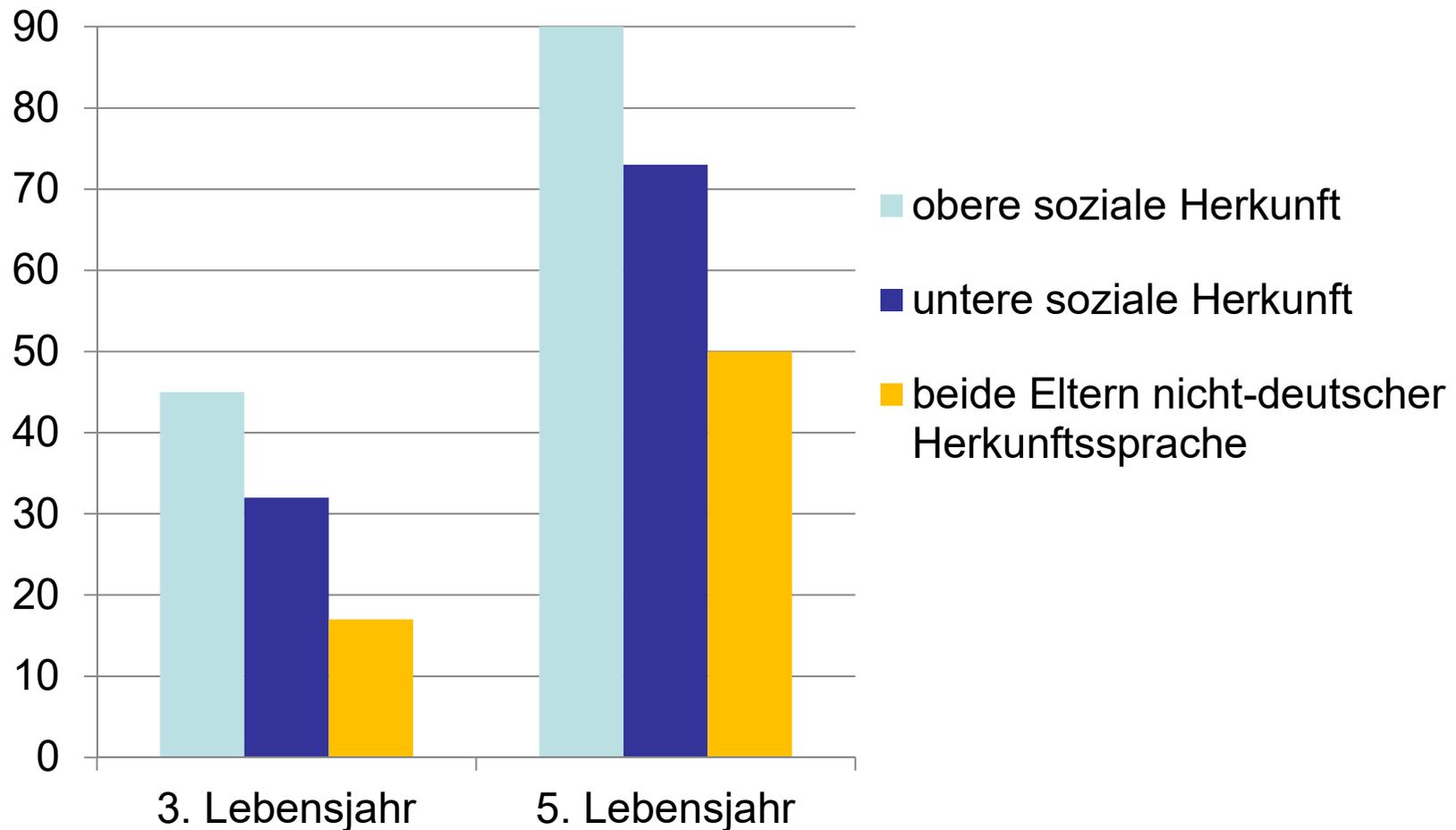
# Studie: Übertritt aufs Gymnasium



Quelle: Neugebauer (2010) ZfS

# Studie: Primäre Effekte im Kindergarten

Mittlere Anzahl gewusster Wörter im Wortschatztest  
Quelle: BIKS 3-13 Projekt, Uni Bamberg



# Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem

- Oft als Gerechtigkeitsmaßstab verwendet: Brutto-OR = 1
  - Beispiel oben: Brutto-OR beim Übertritt ins Gymnasium = 5,21
    - Daraus wird oft gefolgert, dass das Bildungssystem ungerecht ist
  - Aber: die Brutto-OR vermischt primäre und sekundäre Effekte
    - Normalerweise bewertet man Leistungsunterschiede nicht als ungerecht
    - Deshalb ist es zu kurz gegriffen, für die Beurteilung der Gerechtigkeit des Bildungssystems nur auf die Brutto-OR zu schauen
- Man muss für die Leistungsunterschiede in den Gruppen kontrollieren (Netto-OR)
  - Die Netto-OR erfasst nur sekundäre Effekte
  - Die werden normalerweise als ungerecht bewertet
- Aus der Perspektive „Chancengleichheit II“ sind allerdings auch primäre Effekte (solange sie auf unterschiedliche Startchancen zurückzuführen sind) ungerecht

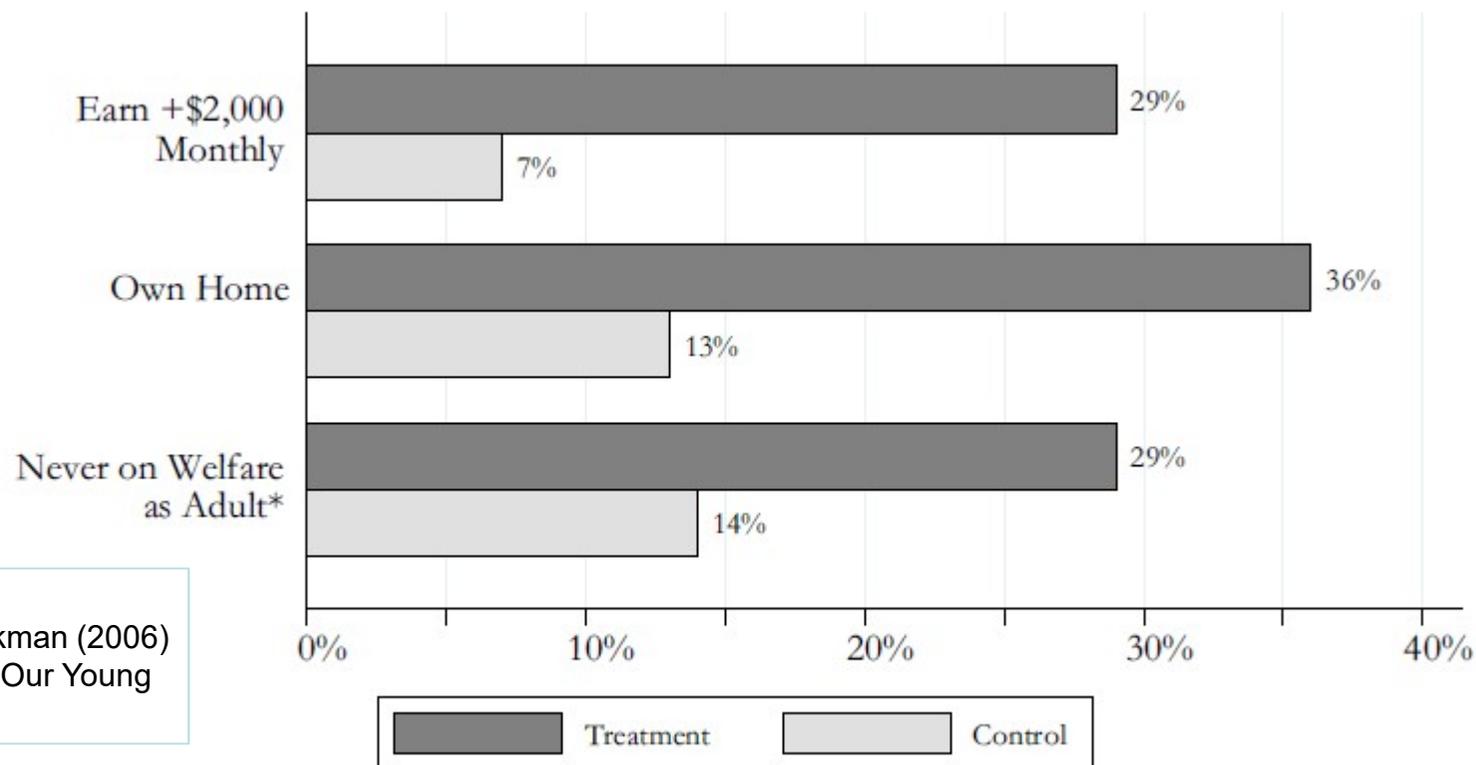
# Reduktion von Bildungsungleichheit

- Reduktion sekundärer Effekte
  - Lehrern keine Information über sozialen Status der Eltern geben
  - Übertrittsempfehlungen der Schulen bindend machen
  - Übertritt in höherem Alter (z.B. nach 9. Klasse)
  - Eltern über den Wert von Bildung aufklären
- Reduktion primärer Effekte durch frühe Beschulung
  - Indem man die frühkindliche Sozialisation aus der Familie in Kita/Kindergarten verlagert, werden Herkunftseffekte abgebaut
  - Problem: Kita-Besuch eher von Kindern aus bildungsnahen Familien (differentielle Inanspruchnahme)
  - Forschung diesbezüglich noch am Anfang
    - Effekte frühkindlicher Bildung aufgrund der differentiellen Inanspruchnahme schwer festzustellen

# Investing in Our Young People

- Perry Preschool Experiment
  - Treatment im Alter 3-5: Unterschicht-Kinder, Vormittags Preschool, Nachmittags Besuch von Erziehern
  - Outcome: Schulleistungen, Kriminalität, Erfolg

Perry Preschool Program: Economic Effects at Age 27, by Treatment Group



Quelle:  
Cunha/Heckman (2006)  
Investing in Our Young  
People.

Source: Barnett (2004). \*Updated through Age 40 using recent Perry Preschool Program data, derived from self-report and all available state records.

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

### 4.2.2 Beschäftigung und Beruf

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Beruf

- Die Einbindung in den Arbeitsmarkt ist heute für die meisten Menschen ein wichtiges Ziel (Arbeitsgesellschaft)
  - Beruf ist heute die zentrale Dimension sozialer Ungleichheit
- Beruf hängt stark von Bildungszertifikaten (Humankapital) ab
  - In Deutschland durch die berufliche Ausbildung und das Laufbahnsystem im öffentlichen Dienst besonders enge Koppelung
  - Insbesondere daraus ergibt sich die Bedeutung von Bildungsungleichheit
- Der ausgeübte Beruf prägt die soziale Position
  - Physisches Wohlbefinden stark vom Beruf abhängig
    - Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit, Alterssicherung, Einkommen
  - Soziales Wohlbefinden stark vom Beruf abhängig
    - Berufsprestige, soziale Beziehungen

# Beruf und Wohlbefinden

## Einkommen

- Bruttojahresverdienst von abhängig Vollzeitbeschäftigten (2017)
  - Durchschnitt ist ca. 45.000 €
- Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturen 2014

Beruf	Einkommen
Vorstandsvorsitz. DAX	0,6-16 Mio.
Fußballprofi	0,5-10 Mio.
Kanzlerin	210.000
Maschinenbauingenieur	74.000
Geisteswissenschaftler	51.000
Hochschuldozent	51.000
Frisör	17.000
Mindestlohn (2019)	19.000

Beruf	SIOPS
Arzt	78
Richter	76
Soziologe	67
Parlamentarier	64
Sekretär	53
Bauarbeiter	36
Müllmann	13

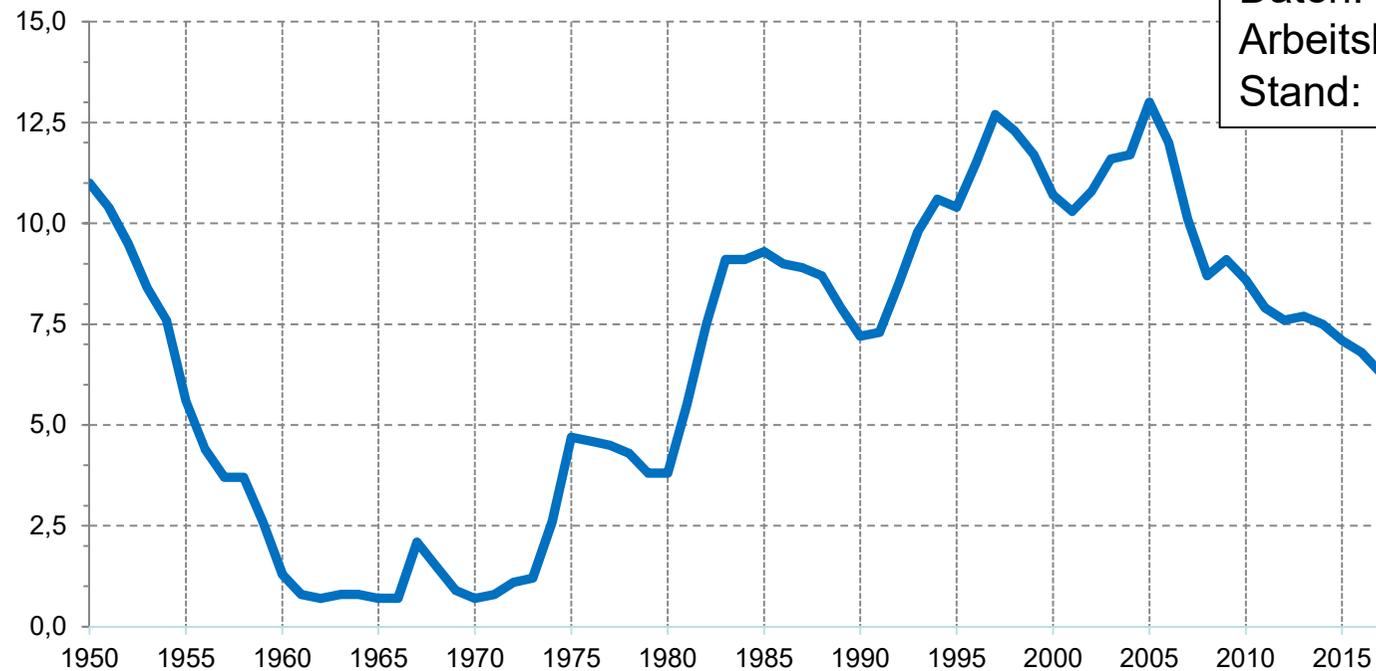
## Berufsprestige

- SIOPS: Standard International Occupational Prestige Scale
- Befragte in 55 Ländern sollten Berufe in eine Rangreihe bringen (Treiman 1977)

# Arbeitslosigkeit

- Definition der Bundesagentur für Arbeit (BA)
  - Alle Erwerbslosen, die bei der BA arbeitslos gemeldet sind
  - Geringfügige Beschäftigung ist erlaubt (<15 Std.)
  - Arbeitslosenquote
    - Im Graphen: bezogen auf abhängige Erwerbspersonen
    - In der Öffentlichkeit: bezogen auf **alle** Erwerbspersonen (2017: 5,7 %)

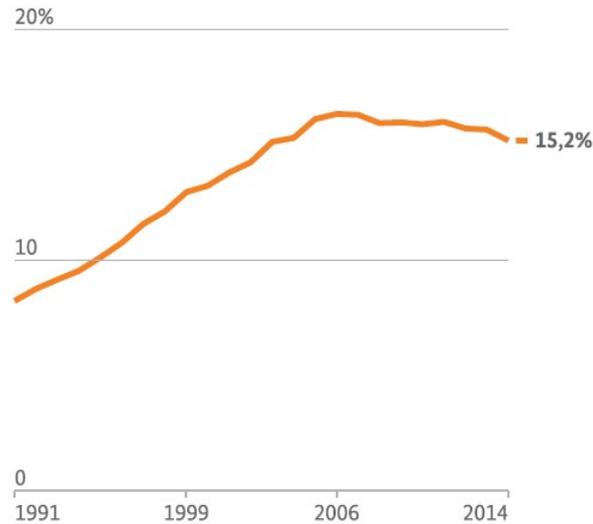
**Arbeitslosenquote in D 1950-2017**  
(bis 1990 nur Westdeutschland)



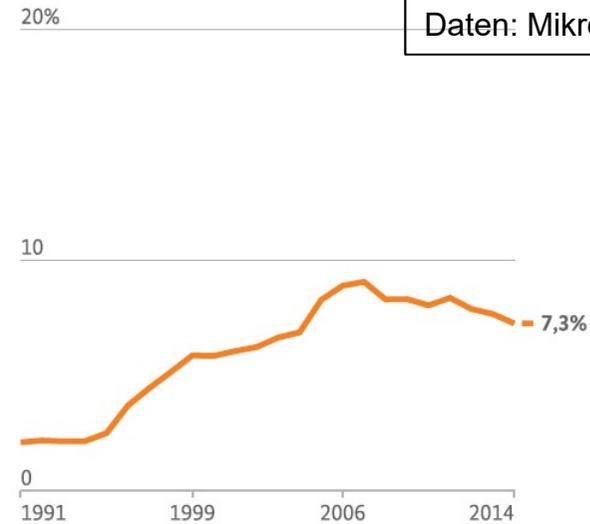
Eigene Darstellung.  
Daten: Statistik der BA,  
Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf  
Stand: November 2018

# Atypische Beschäftigung

Teilzeitbeschäftigte bis zu 20 Wochenstunden

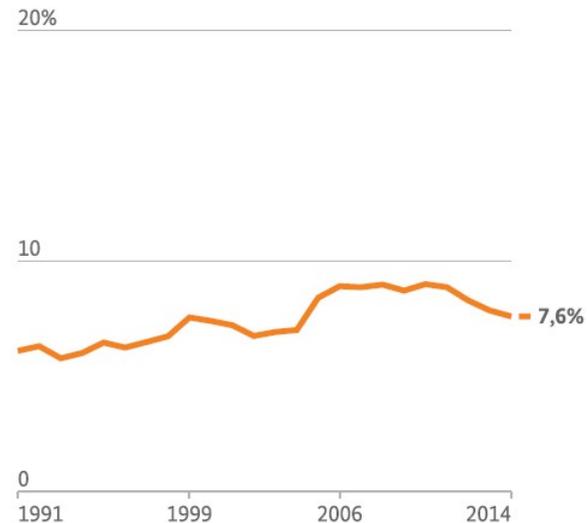


Geringfügig Beschäftigte

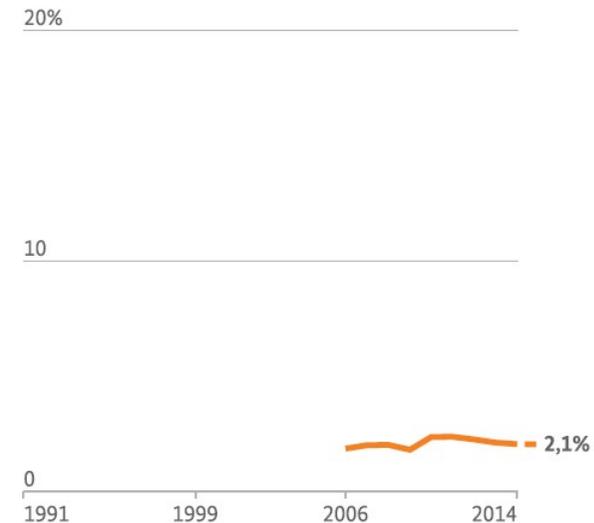


Quelle: Bundesregierung (2016)  
Daten: Mikrozensus

Befristet Beschäftigte



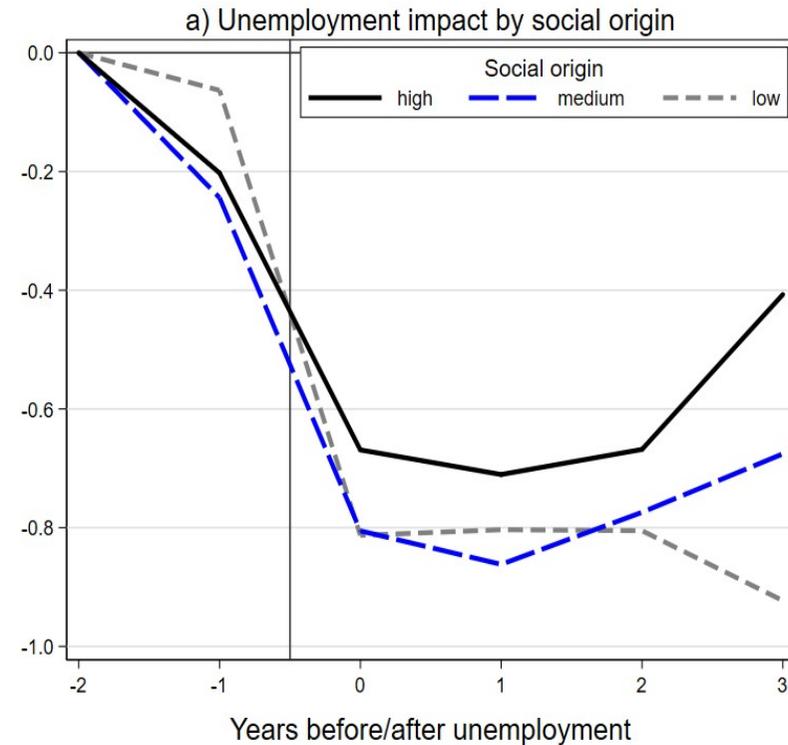
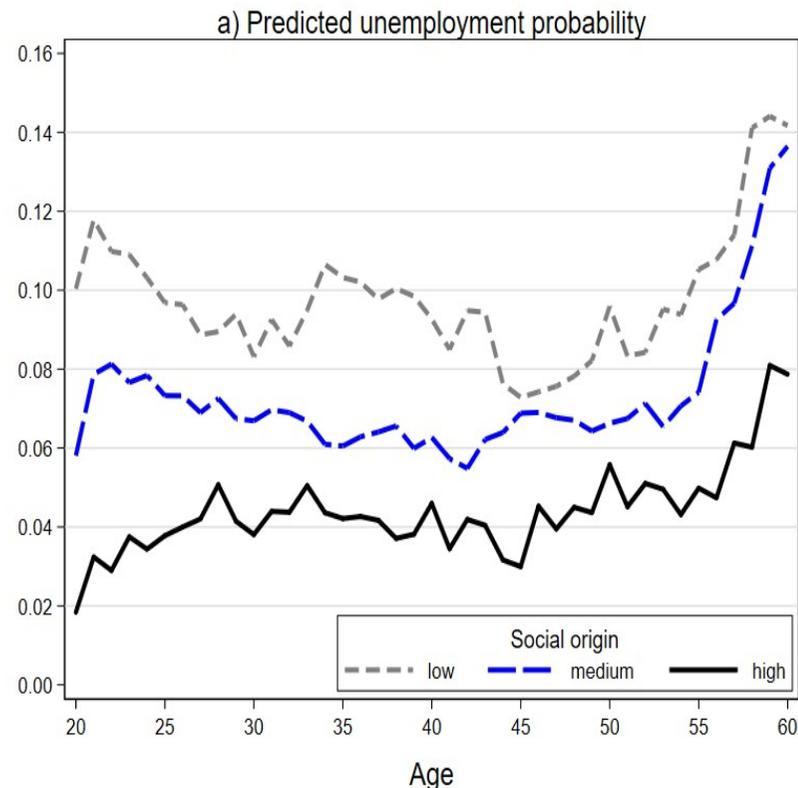
Zeitarbeitnehmer/-innen



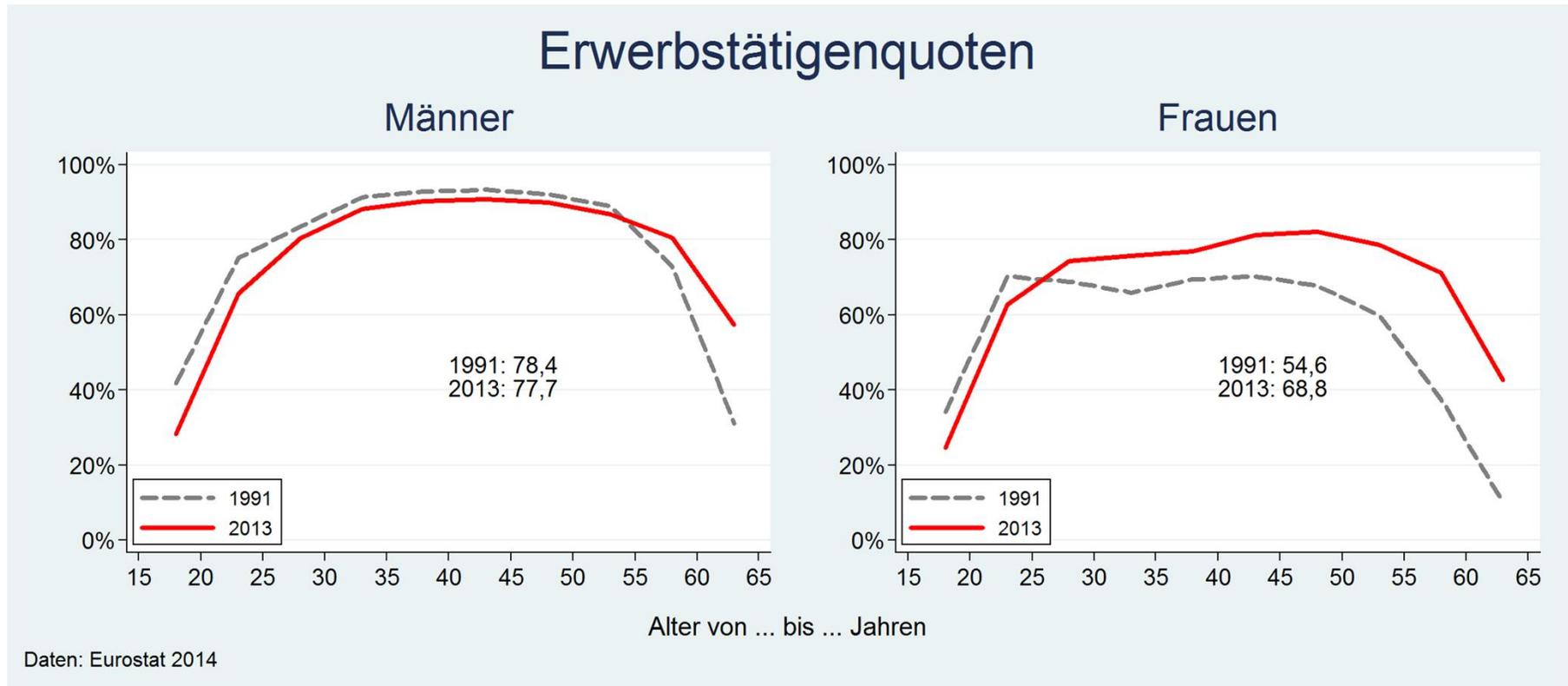
# Folgen von Arbeitslosigkeit

- Arbeitslosigkeit ist eins der großen „sozialen Probleme“
  - Reduziert physisches und soziales Wohlbefinden
    - Lohnersatzquote < Einkommen
    - Arbeitslose haben weniger soziale Kontakte
    - Rückgang der Lebenszufriedenheit

Quelle: Brüderl et al. 2018  
Daten: SOEP V31



# Erwerbs“revolution“ bei den Frauen

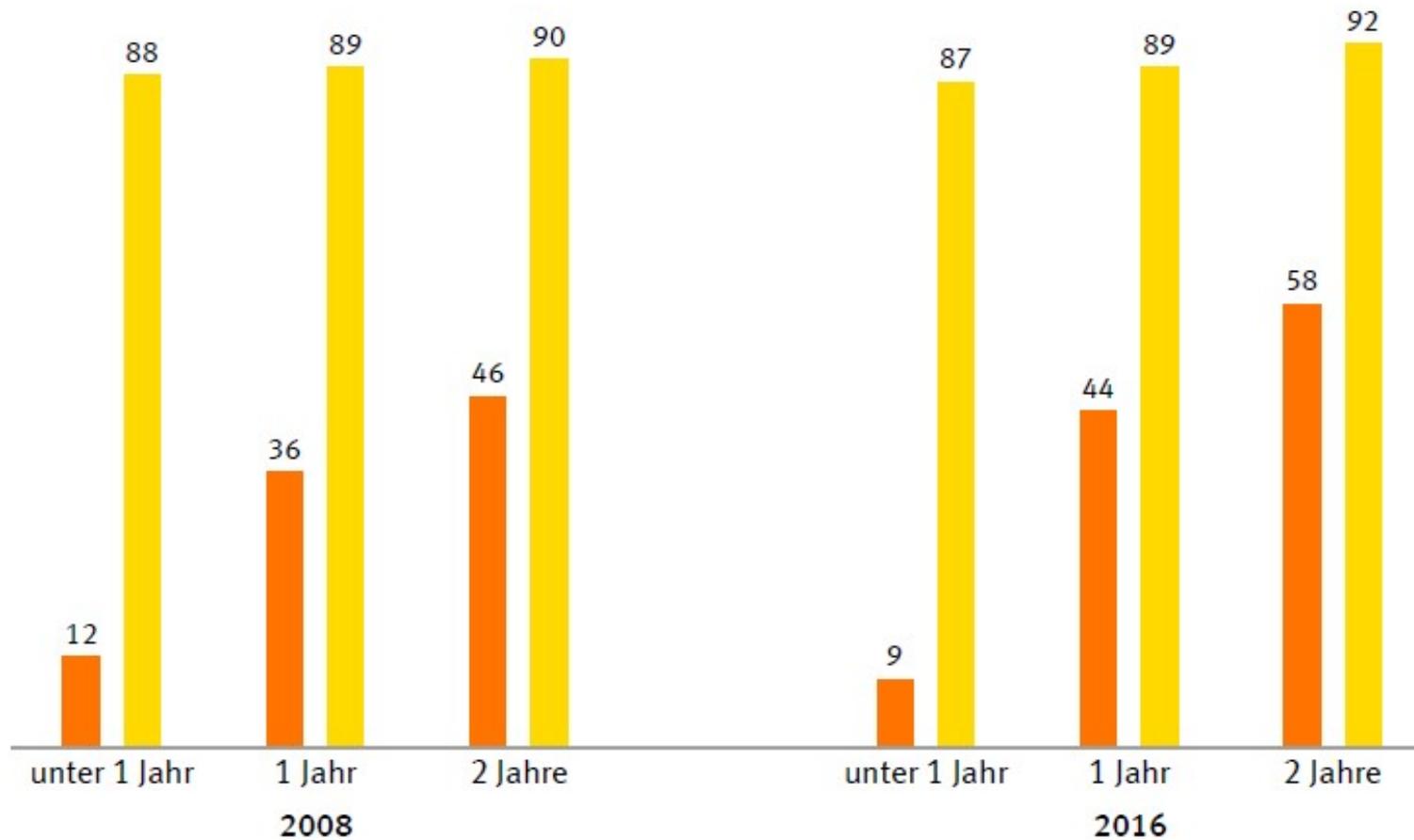


- Männer: Rückgang im frühen Erwerbsleben, Zunahme im Alter
  - 15-30: längere Ausbildung
  - 55-65: spätere Verrentung
- Frauen: deutlicher Anstieg ab den mittleren Alter
  - 15-25: längere Ausbildung
  - 25-65: Aufschiebung Familiengründung, erwerbstätige Mütter
    - Vom 3 Phasen-Modell zum 1 Phasen-Modell der Männer?

# Erwerbstätigkeit von Müttern/Vätern

Mütter und Väter nach Alter des jüngsten Kindes und realisierter Erwerbsbeteiligung in Deutschland  
Ergebnisse des Mikrozensus, in %

■ Mütter ■ Väter



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

### 4.2.3 Einkommen und Vermögen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Einkommen

- Einkommen ist die am meisten erforschte Ungleichheitsdimension
- Einkommensarten
  - Erwerbseinkommen
    - Aus nicht-selbständiger Arbeit
    - Aus Unternehmertätigkeit
  - Kapitaleinkommen (Immobilien, Geldvermögen, Betriebsvermögen)
    - Mieteinnahmen, Zinsen, Dividenden
  - Transfereinkommen
    - Öffentliche Quelle: Kindergeld, BAföG, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente, etc.
    - Nicht-öffentliche Quelle: Unterhaltszahlung, Betriebsrente

# Einkommenskonzepte

- Analyseeinheit ist der Haushalt: Haushaltseinkommen
  - Annahme: alle partizipieren nach Bedarf
- Ungleichheit vor staatlichem Eingriff
  - Markteinkommen = Erwerbseinkommen + Kapitaleinkommen
- Ungleichheit nach staatlichem Eingriff
  - Verfügbares Einkommen =  
Markteinkommen + Transfereinkommen  
- direkte Steuern - Sozialbeiträge
  - Nettoeinkommen =  
Erwerbseinkommen + Transfereinkommen  
- direkte Steuern - Sozialbeiträge
- Idealerweise basieren Ungleichheitsanalysen auf dem verfügbaren Einkommen, denn genau dieses kann für die Produktion von Wohlfahrt eingesetzt werden
  - In vielen Datensätzen ist aber nur das Nettoeinkommen verfügbar

# Äquivalenzeinkommen I

- Für Ungleichheitsanalysen kann man nicht einfach das Haushaltseinkommen benutzen
  - Man muss die unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigen
  - Das macht das sogenannte „Äquivalenzeinkommen“
- Berechnung des Äquivalenzeinkommens
  - Bedarfsgewichtung nach Haushaltsgröße und -zusammensetzung
    - Wegen ökonomischer Vorteile von größeren Haushalten („economies of scale“)
    - Wegen geringerem Bedarf von Kindern
  - Die Bedarfsgewichte werden in sogenannten „Äquivalenzskalen“ festgelegt
  - Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich dann:

$$\text{Nettoäquivalenzeinkommen} = \frac{\text{Haushaltsnettoeinkommen}}{\text{Summe der Bedarfsgewichte}}$$

# Äquivalenzeinkommen II

- Verschiedene solche „Äquivalenzskalen“ sind im Gebrauch
  - Naive Skala: jedes HHmitglied hat Bedarfsgewicht 1
  - Meistens: Bedarfsgewichte nach OECD-Skala

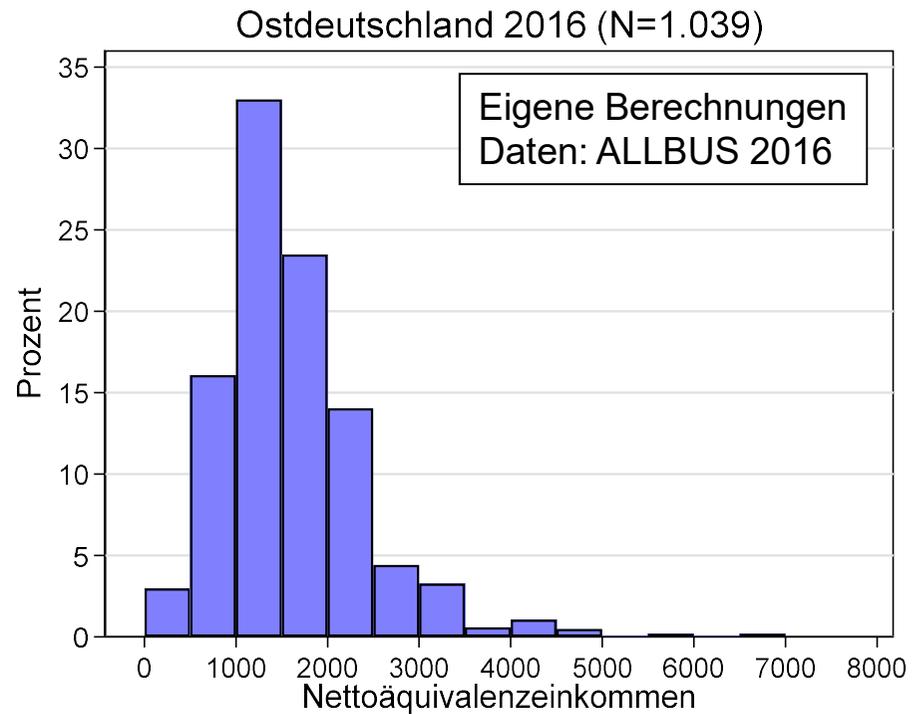
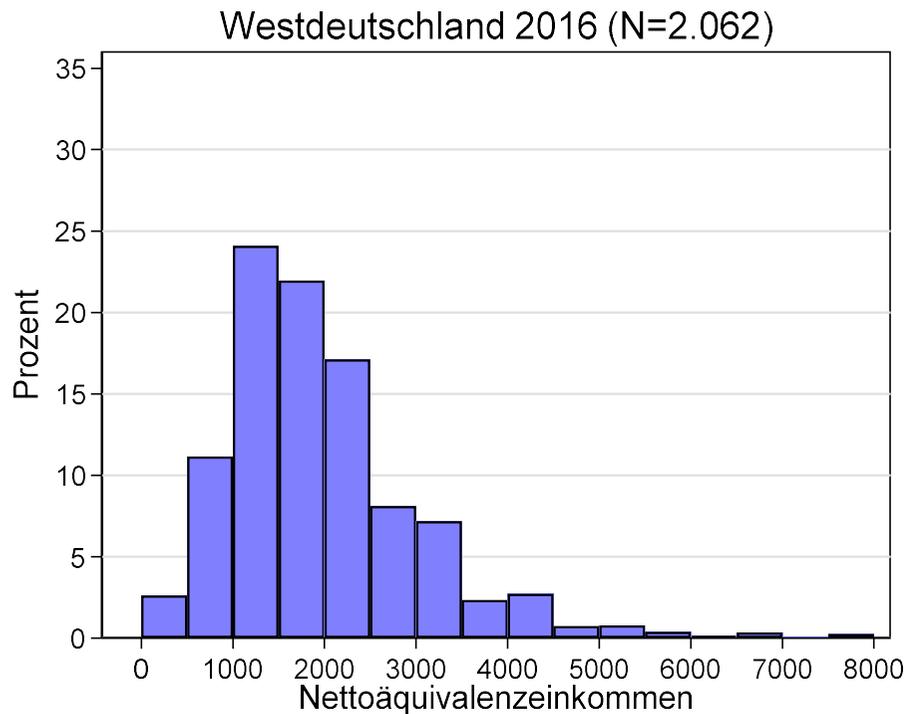
	Alte OECD-Skala	Modifizierte OECD-Skala
1. Erwachsener	1	1
Weitere Erwachsene	0,7	0,5
Kinder unter 16	0,5	0,3

- Beispiel: HH mit 3000 Euro, zwei Erwachsene, drei Kinder

	$\Sigma$ Bedarfsgewichte	Äquivalenzeinkommen
Naive Skala	5	600
Alte OECD-Skala	$1 + 0,7 + 3 \cdot 0,5 = 3,2$	938
Mod. OECD-Skala	$1 + 0,5 + 3 \cdot 0,3 = 2,4$	1.250

- Interpretation (mod. OECD-Skala): Jede Person in dem Fünf-Personen HH hat ein Wohlbefinden äquivalent zu 1.250 €
  - Oder: ein Ein-Personen-HH mit 1.250 € hat das gleiche Wohlbefinden

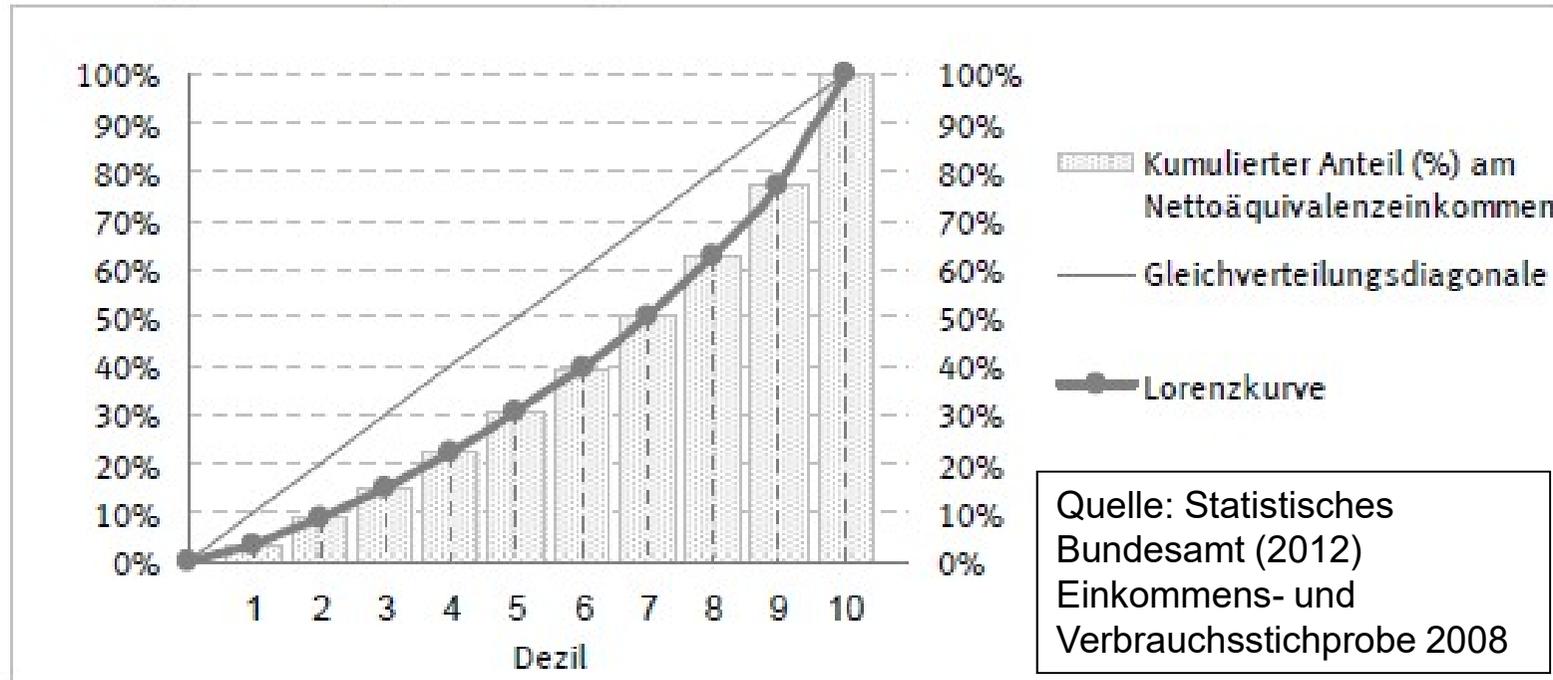
# Einkommensverteilung in Deutschland 2016



- West: Mittel = 1.943, Median = 1.733
- Ost: Mittel = 1.589, Median = 1.444
- Die Einkommensverteilung ist typischerweise „rechtsschief“
- „Mittelschichtsgesellschaft“ (bspw. im Westen)
  - Ca. 15% der Befragten liegen unter 1000 EUR
  - Ca. 70% der Befragten liegen im Bereich 1000 bis unter 3000 EUR
  - Ca. 10 % der Befragten liegen über 3000 EUR

# Einkommensungleichheit: die Lorenzkurve

Abbildung 6: Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommens 2008 (Lorenzkurve)



- X-Achse: kumulierter Anteil der nach ihrem Einkommen geordneten Personen (in Dezilen, jeweils 10 % der Bevölkerung)
- Y-Achse: kumulierter Anteil am Gesamtäquivalenzeinkommen
- Ablesebeispiel: die untere Hälfte hat nur etwa 30% des Einkommens
- Je weiter die Kurve von der Gleichverteilungsdiagonale abweicht, desto größer ist die Ungleichheit

# Maßzahl: Der Gini-Koeffizient

- Der Gini-Koeffizient ( $G$ ) ist definiert als
  - Fläche zwischen Gleichverteilungsdiagonale und Lorenzkurve dividiert durch Gesamtfläche unter der Gleichverteilungsdiagonale

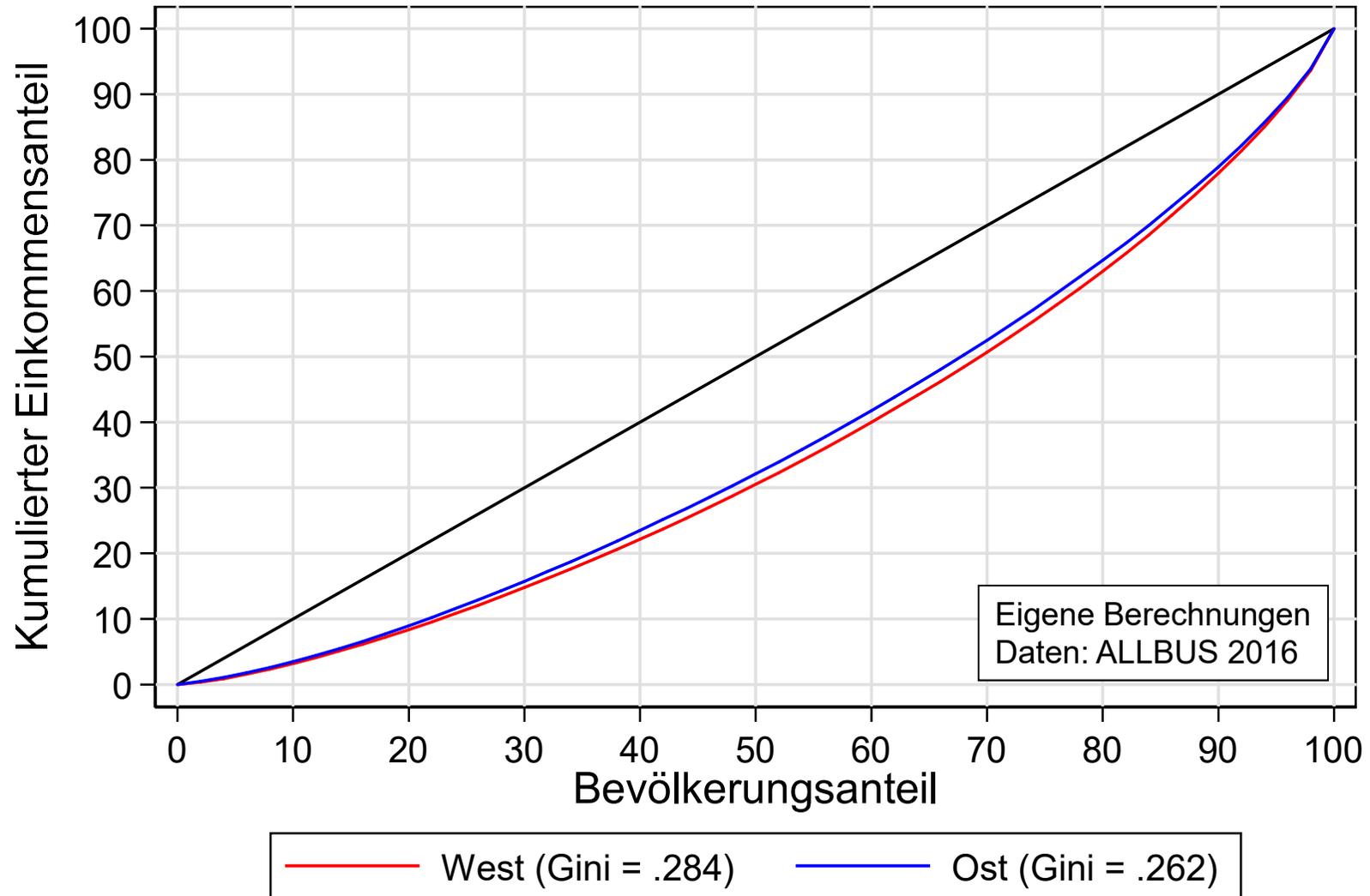
$$G = \frac{1/2 - \sum_{i=1}^{10} \left( \frac{(L_i + L_{i-1})}{2} \frac{1}{10} \right)}{1/2} = 1 - \frac{1}{10} \sum_{i=1}^{10} (L_i + L_{i-1})$$

-  $L_i$  Wert der Lorenzkurve am Ende eines Dezils,  $L_{i-1}$  am Anfang

- $G = 0$ : Gleichverteilung (jeder hat gleich viel)
- $G = 1$ : maximale Ungleichheit (einer hat alles)

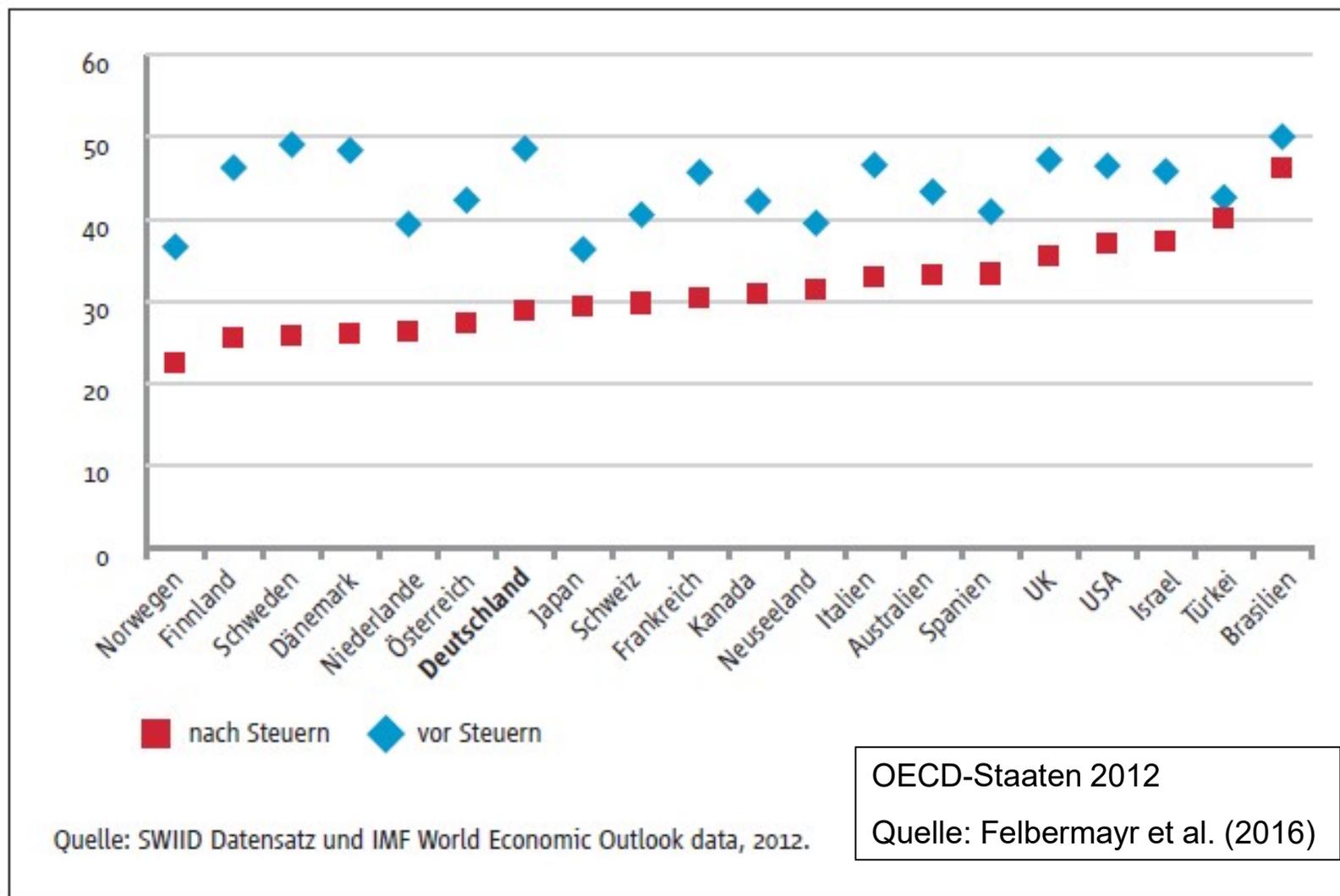
# Einkommensungleichheit in D 2016

## Lorenzkurven Deutschland 2016



# Einkommensungleichheit international

Abbildung 21: Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern, sortiert nach dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen



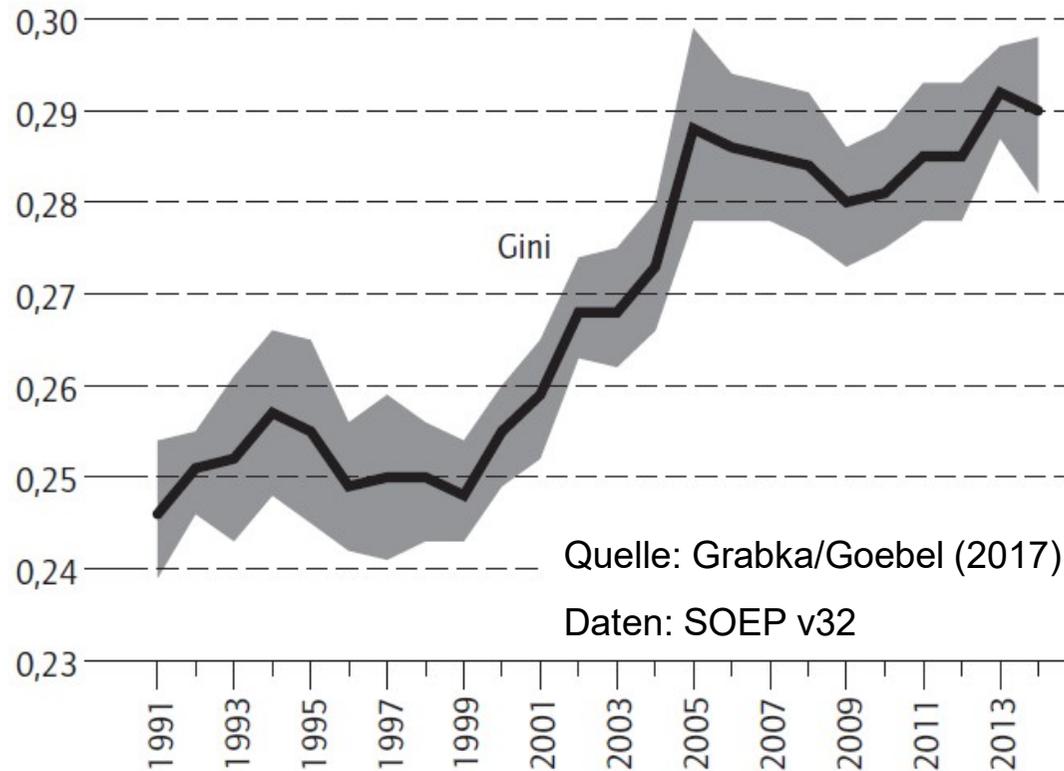
# Die Wirkung staatlicher Umverteilung

- In Deutschland wird relativ stark umverteilt: von  $G = 0,5$  der Markteinkommen, auf  $G = 0,3$  der verfügbaren Einkommen
  - Progressive Besteuerung
    - Grundfreibetrag 9.000 EUR, Eingangssteuersatz 14%
    - ab 55.000 EUR Spitzensteuersatz 42% (45% ab 260.000)
  - Transfers für Geringverdiener
- Umverteilung wirkt in Richtung von Ergebnisgerechtigkeit
- Über das optimale Ausmaß der Umverteilung gibt es aber durchaus unterschiedliche Ansichten (Wohlfahrtsargument)
  - Marktungleichheit (Brasilien, Türkei): 0,5
  - Liberale Wohlfahrtsstaaten (GB, USA): 0,4
  - Konservative Wohlfahrtsstaaten (D, CH, F): 0,3
  - Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten (N, S): 0,25
  - Sozialismus (DDR zur Wendezeit): 0,19

# Hat die Ungleichheit in D zugenommen?

## Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen

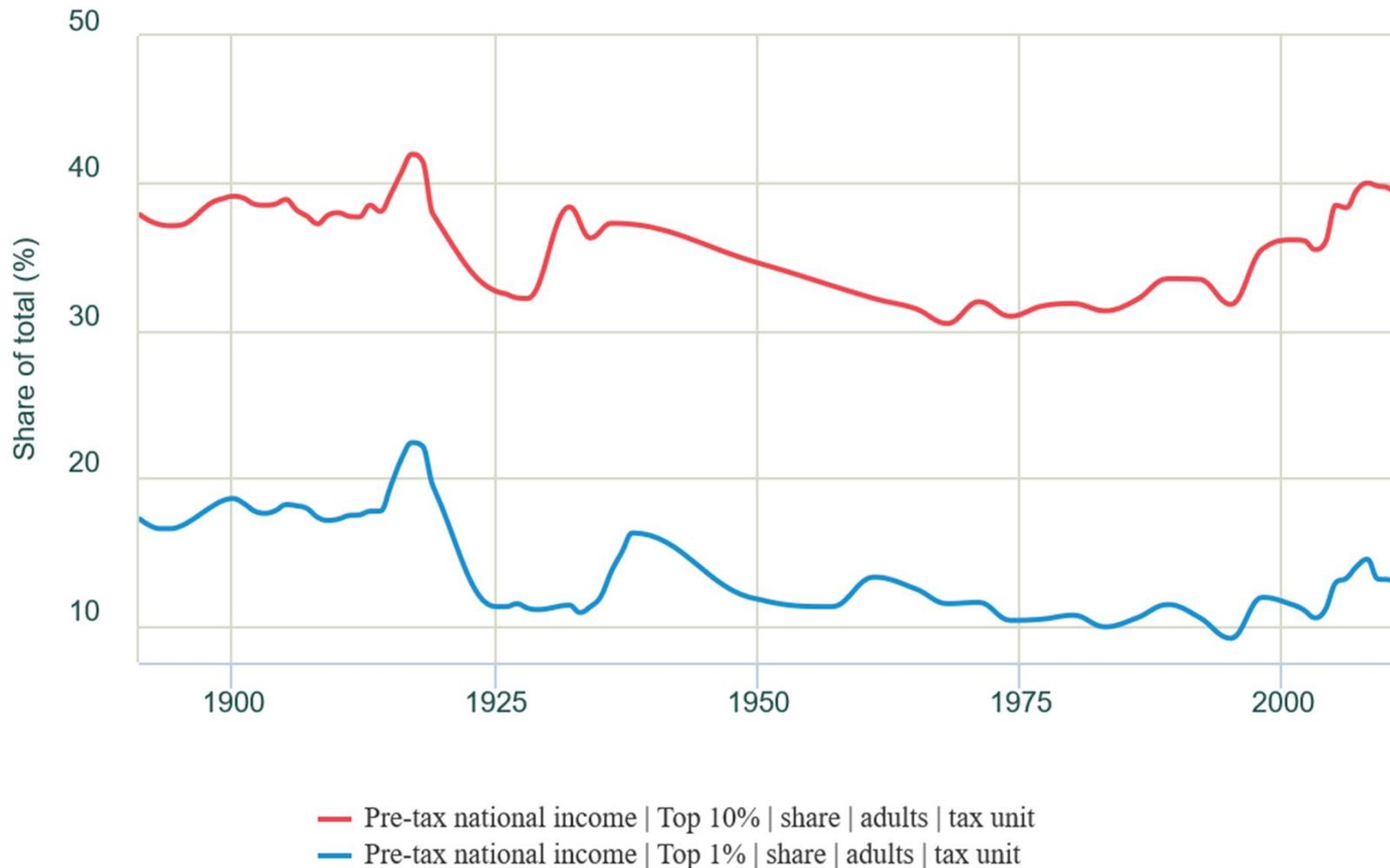
Gini-Koeffizient



- Anstieg von 2000 bis 2005 von 0,25 auf 0,29
- Entgegen dem Eindruck, der in den Medien erweckt wird: Die „Schere“ geht nicht ständig weiter auf!

# Lange Zeitreihen: World Income Database

## Income inequality, Germany, 1891-2011



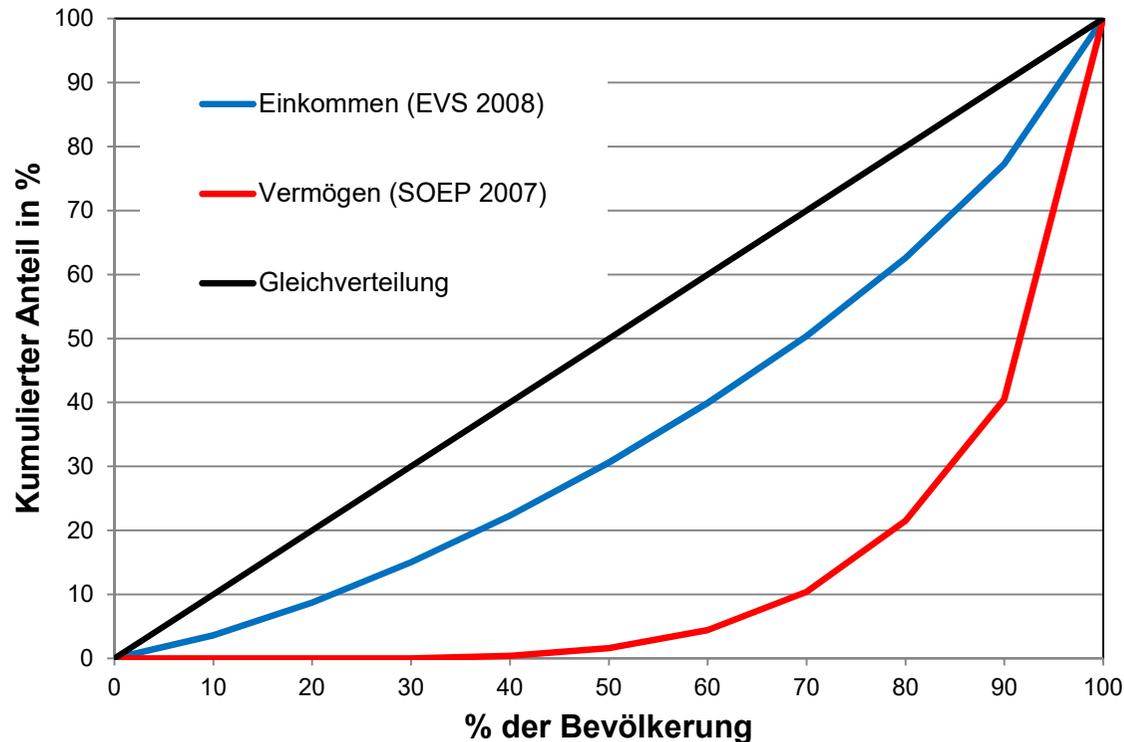
Graph provided by [www.wid.world](http://www.wid.world)

# Gründe für den Anstieg der Einkommensungleichheit

- Stärkere Spreizung der Markteinkommen
  - Globalisierung
    - Durch Arbeitsüberangebot am unteren Ende niedrigere Löhne
    - Durch mehr Arbeitsnachfrage am oberen Ende höhere Löhne  
Dadurch z.B. auch „Explosion“ der Managergehälter
  - Skill-Biased Technical Change
    - Höhere Löhne für wissensintensive Jobs (am oberen Ende)
    - Goldin/Katz (2008): The Race Between Education and Technology
- Mehr Transferabhängigkeit (weniger „Normalarbeitnehmer“)
  - Anstieg Rentner
  - Anstieg Arbeitslosigkeit (Anfang der 00er Jahre)
- Weniger Umverteilung
  - Abnahme der HH-Größe (HH ist „Umverteiler“)
  - Senkung des Spitzensteuersatzes: 1998 53%, seit 2005 42%

# Vermögensungleichheit

**Lorenzkurven der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland**



Daten Nettoäquivalenzeinkommen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008: Statistisches Bundesamt (2012)

Daten Nettovermögen aus dem Sozio-Ökonomischen Panel 2007: Frick/Grabka (2009)

Gini (Einkommen): 0,28

Gini (Vermögen): 0,79

26% haben Vermögen  $\leq 0$

Oberes Dezil hat 61% des Vermögens

- Nettovermögen = Bruttovermögen – Schulden
- Allerdings sind bei diesen Daten keine Rentenansprüche berücksichtigt
  - Würde man das tun, dann wäre die Vermögensungleichheit deutlich geringer

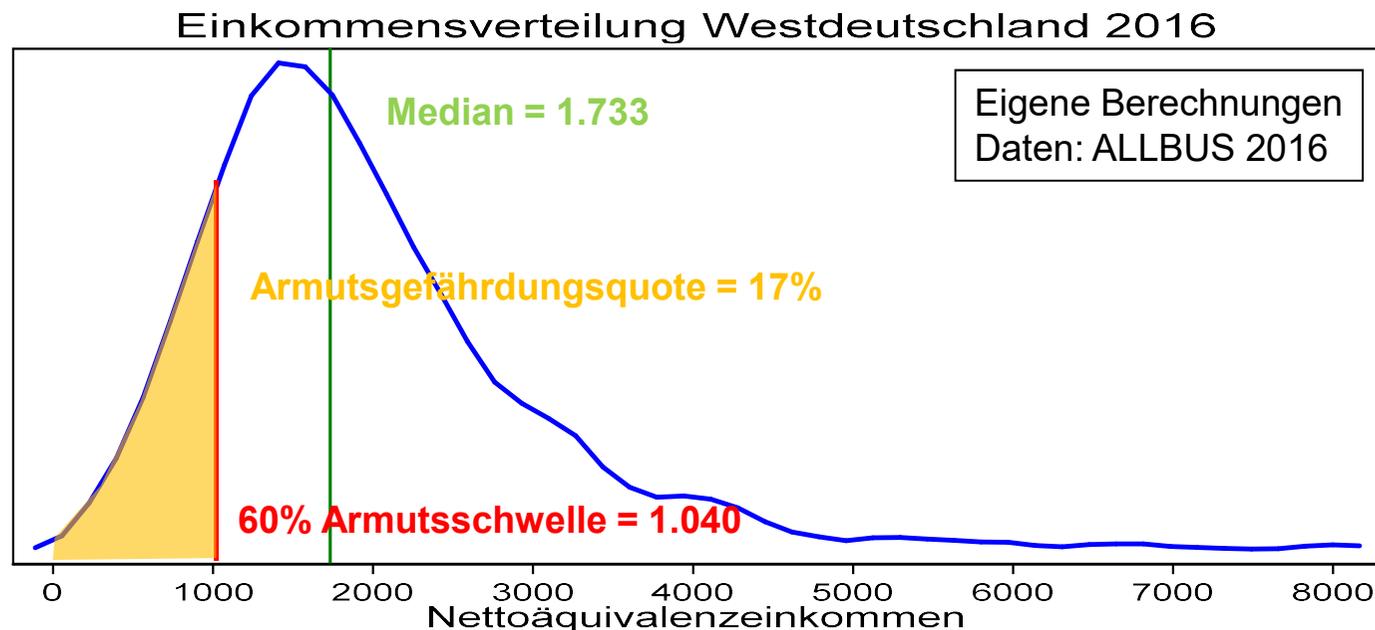
# Absolute Armut

- Im Folgenden: Einkommens-Armut
- Physisches Existenzminimum
  - Menschen, die nicht über genügend Mittel zum physischen Überleben verfügen, sind arm.
  - Armutsschwelle laut Weltbank: 1,90 US-\$ pro Tag
    - Armutsquote ist von 44 % (1981) auf ca. 10% (2015) gefallen
- Sozio-kulturelles Existenzminimum
  - Menschen sind arm, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, annehmbar ist (EU, 1984)
  - In D berechnet Destatis ein sozio-kulturelles Existenzminimum
    - Armutsschwelle 2008: 600 € im Monat
  - Alternativ: Hartz-IV-Schwelle (2018 ca. 750 € Monat)
    - Ca. 8 % beziehen Hartz-IV (2018)

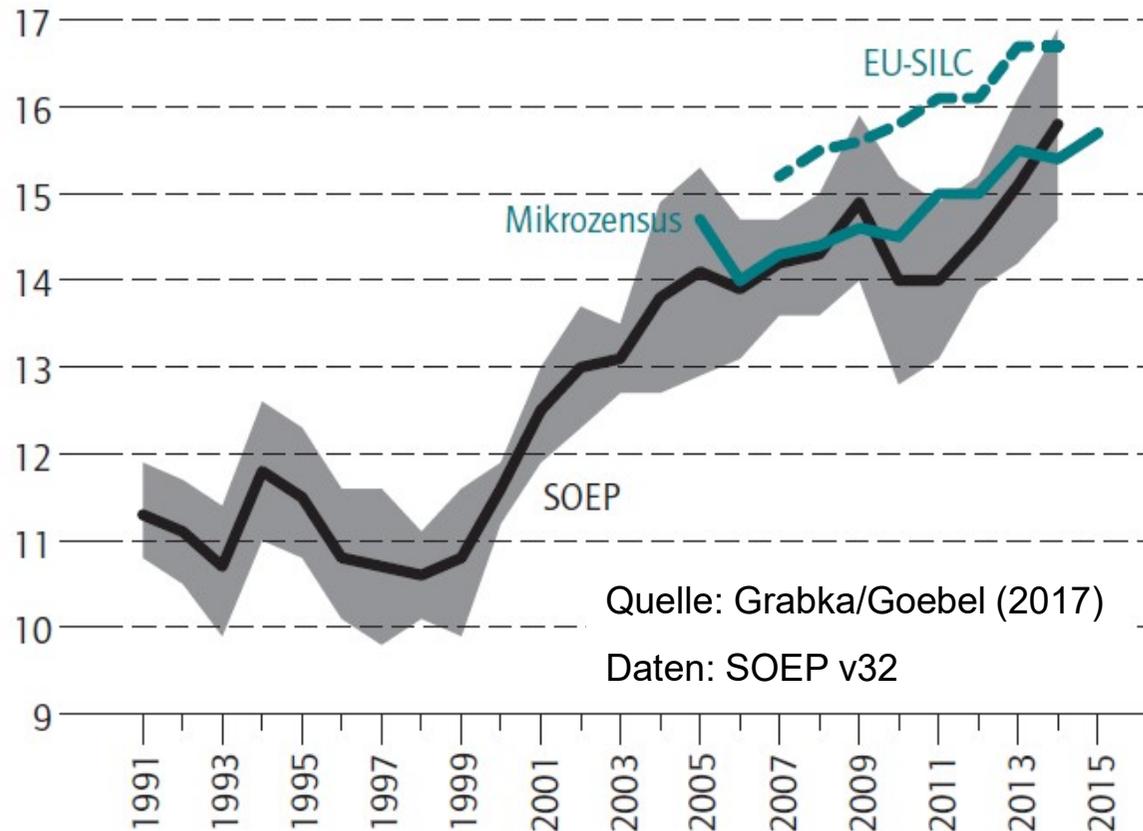
# Relative Armut

- Armut als relative Benachteiligung in Bezug auf das mittlere Wohlstandsniveau in einer Gesellschaft
  - Arm ist, wer weniger als einen bestimmten Anteil des Median-Äquivalenzeinkommens hat
    - Weniger als 60%: armutsgefährdet
    - Weniger als 50%: relativ arm
    - Weniger als 40%: arm
  - Meist wird die 60%-Quote berichtet

Armutsschwellen für 2016 (gerundet)	
Median	1.800 €
60%	1.080 €
50%	900 €
40%	720 €

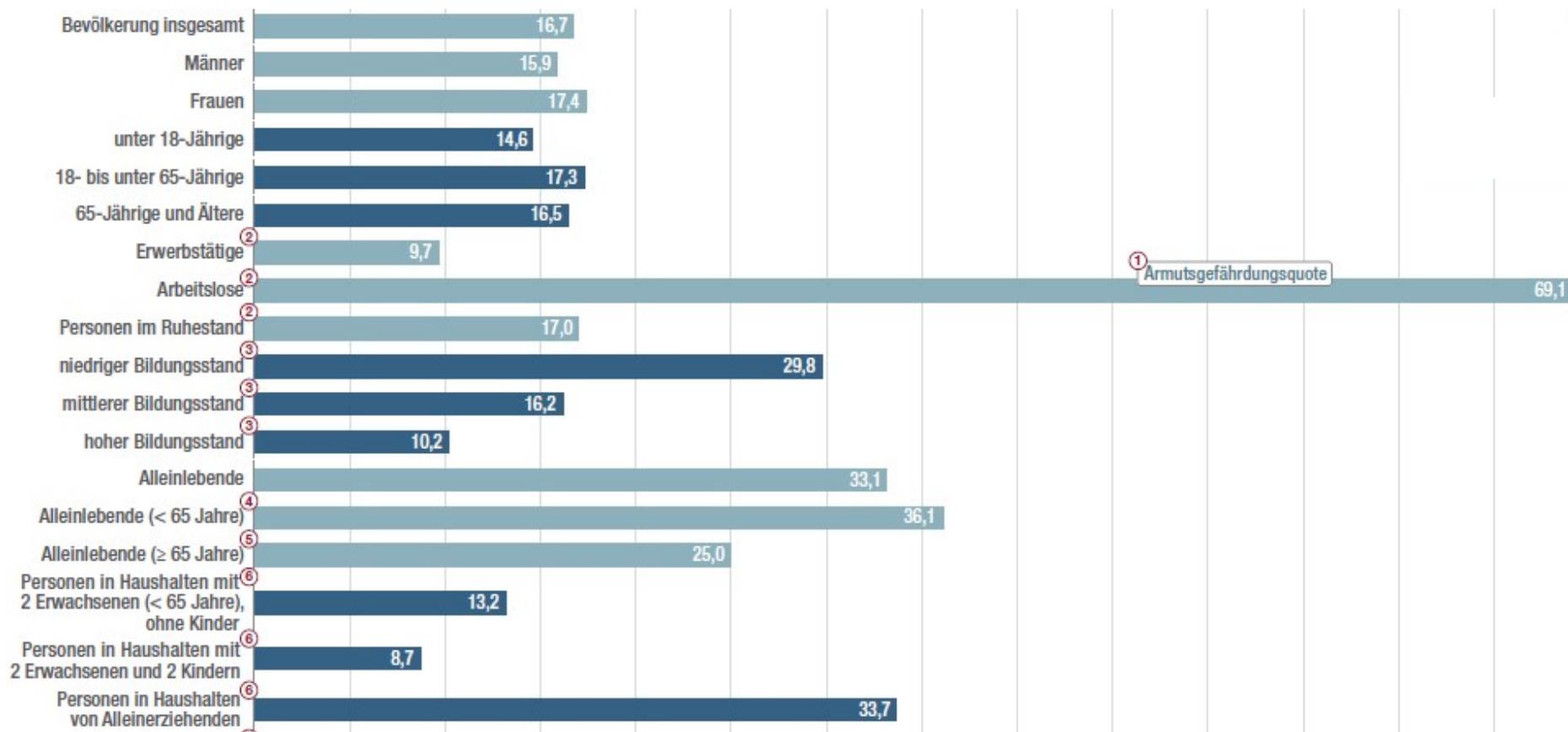


# Entwicklung der Armutsgefährdungsquote



- Quote lag lange bei etwa 11%
- Von 2000 bis 2005 abrupter Anstieg auf etwa 14%
- Ab 2011 dann weiterer Anstieg auf 16%
- Entwicklung weitgehend parallel zur Einkommensungleichheit

# Armutsgefährdungsquoten 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung 2016 | www.bpb.de

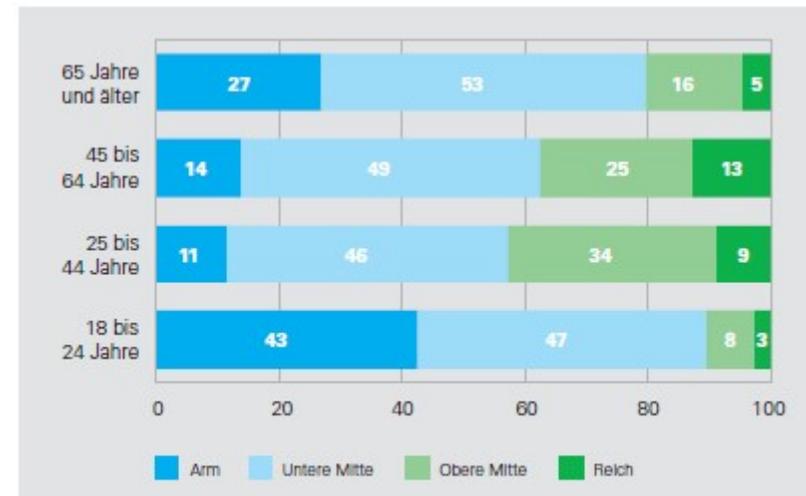
# Probleme der relativen Armutsmessung

- Relative Armutsquoten sind ein Ungleichheitsmaß
  - Steigen, wenn die Ungleichheit steigt und umgekehrt
- Dies führt zu einigen Paradoxien
  - Absolut ärmere Gesellschaften mit relativ gleicher Einkommensverteilung haben geringere relative Armut
    - Z.B. gibt es in Tschechien weniger Arme (2008: 9%), als in D (2008: 15%)
    - In Ostdeutschland ist die Armutsquote niedriger :15% (ALLBUS 2016)
  - Ein allgemeiner Wohlstandsanstieg (z.B. alle 10% mehr) verringert die absolute Armut, aber nicht die relative Armut
    - Aufschwung seit 2010 reduziert den Anteil der Hartz IV Empfänger, während die 60%-Quote sogar noch stieg
- Relative Armut kann nur durch Umverteilung bekämpft werden (weniger ungleiche Einkommensverteilung)
  - 2010 haben staatliche Transfers und Steuern die Armutsgefährdungsquote von 25% auf 15% gesenkt (Zahlen aus EU-SILC)
  - Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes würde Armut reduzieren

# Armut in München

Münchner Armutsberichte	2010	2016
Median	1.670 €	2.250 €
Armutsschwelle (60%)	1.000 €	1.350 €
Armutgefährdungsquote	14,7 %	17,5 %
Armutgefährdete Bewohner	205.000	270.000

- Mit der deutschlandweiten Armutsschwelle (1.080 €) gäbe es in München relativ wenige Arme (ca. 10%)
- Die Stadt München führt sie seit 2010 eigene Erhebungen durch, mit denen München-spezifische Armutsschwellen berechnet werden (Münchner Armutsberichte)
- Die Münchner Armutsschwelle ist deutlich höher (1.350 €). Die Quote damit dann in ähnlicher Höhe wie in D (17,5%)
  - Aufgrund der hohen Münchner Armutsschwelle sind 43% der jungen Münchner (Studierende, Auszubildende) arm
  - Ebenso 27% der alten Münchner (Rentner)



Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Referat für Gesundheit und Umwelt BesogLa 2016; Berechnung des Sozialreferates

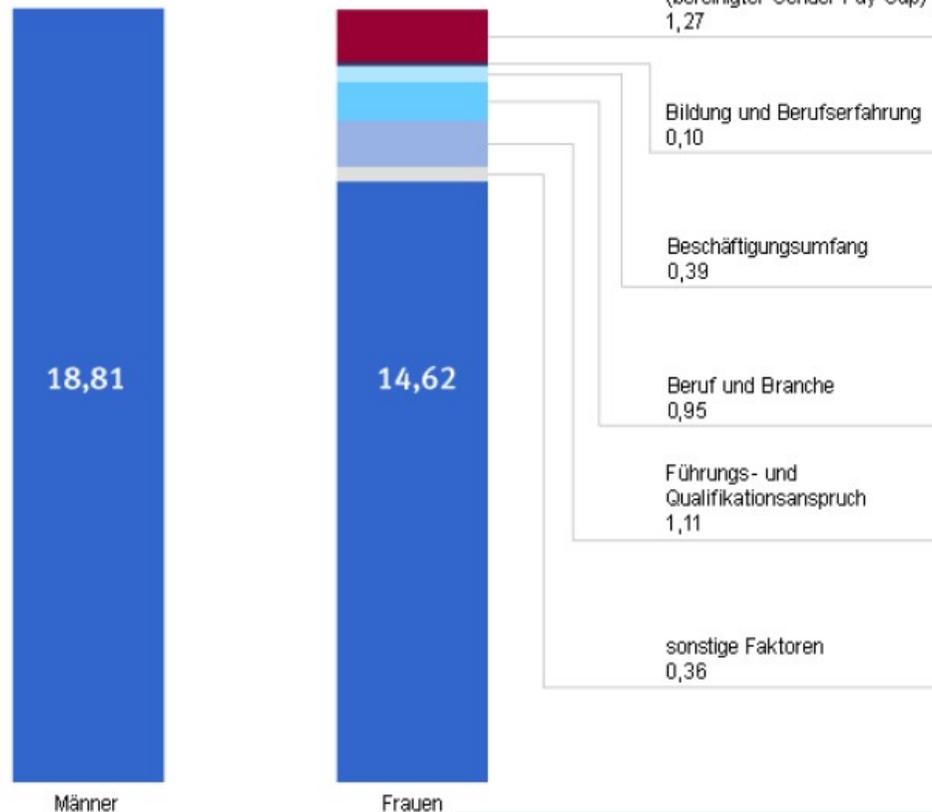
# Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

- Frauen verdienen in D ca. 78% des Männer-Einkommens
  - Die „unbereinigte Lohnlücke“ ist also 22% („Gender Pay Gap“)
  - Diese Lohnlücke wird häufig als Lohndiskriminierung interpretiert
    - Verletzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- Die unbereinigte Lohnlücke vergleicht aber „Äpfel mit Birnen“
  - Männer und Frauen unterscheiden sich stark in ihren Tätigkeiten
    - Frauentypische Berufe und Branchen, Frauen häufiger Ungelernte als Männer (13% vs. 8%), Frauen seltener in leitender Position (7% vs. 13%) [s. Joachimiak, 2013]
  - Diese unterschiedlichen Tätigkeiten muss man kontrollieren, um die Lohnlücke für „gleiche Arbeit“ zu bestimmen („bereinigte Lohnlücke“)
    - Regressionen mit Dekomposition des „Gender Pay Gap“

# Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen 2010

Bruttostundenverdienst in €



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Quelle: Joachimiak (2013)

Ähnliche Ergebnisse bei Gartner/Hinz (2009)

– Unbereinigter Gap 4,19 €

$$GAP_{\text{brutto}} = \frac{4,19}{18,81} \cdot 100 = 22,3\%$$

– Strukturelle Unterschiede und ihr Beitrag zum Gap

- Weniger Bildung, weniger Berufserfahrung, weniger Vollzeit 0,49 €
- Berufe/Branchen mit niedrigerem Lohn 0,95 €
- Weniger auf Führungspositionen 1,11 €
- Sonstiges (Betriebsmerk.) 0,36 €

– Bereinigter Gap 1,27 €

$$GAP_{\text{netto}} = \frac{1,27}{18,81} \cdot 100 = 6,8\%$$

# Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

- Was sind die ungleichheitsgenerierenden Mechanismen?  
Und der jeweilige Erklärungsanteil am Gap (in Klammern)
  - Frauen haben weniger Humankapital ( $^{0,49}/_{4,19} \cdot 100 = 12\%$ )
    - Bzgl. Bildung nicht mehr, aber immer noch weniger Berufserfahrung und häufiger Teilzeit
  - Frauen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Berufen/Branchen/Betrieben ( $^{1,31}/_{4,19} \cdot 100 = 31\%$ )
    - Frauentypische Berufe werden geringer bewertet (mittelbare (evaluative) Diskriminierung)
  - Frauen sind seltener auf Führungspositionen ( $^{1,11}/_{4,19} \cdot 100 = 26\%$ )
    - Könnte aufgrund von Beförderungsdiskriminierung sein (mittelbare (allokative) Diskriminierung)
    - Oder weil familienorientierte Frauen seltener Führungspositionen anstreben  
Ochsenfeld (2012) zeigt bei deutschen Absolventen/innen, dass kinderlose Frauen genauso häufig auf Führungspositionen gelangen wie Männer
  - Unerklärter Rest ( $^{1,27}/_{4,19} \cdot 100 = 30\%$ )
    - Könnte direkte Lohndiskriminierung sein (unmittelbare Diskriminierung)
    - Es könnten aber auch weitere unbeobachtete Geschlechterunterschiede dahinterstecken
      - Weniger ehrgeizige Lohnverhandlungen von Frauen

# Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

Will man den Gender Pay Gap reduzieren, so ergeben sich angesichts obiger Analyse folgende Möglichkeiten

- [Alle Zitate aus dem Koalitionsvertrag vom November 2013]
- Evaluative Diskriminierung: Änderung der Berufswahl/Verdienststrukturen
  - „geschlechtergerechte Berufswahl“
  - Ziel ist es, „gerade Berufe in der Pflege, der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung aufzuwerten und damit auch besser zu bezahlen.“
- Allokative Diskriminierung
  - Quoten für Führungspositionen: „Deshalb werden wir Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unternehmen gesetzlich einführen.“
- Schärfere Verfolgung von unmittelbarer Lohndiskriminierung
  - „Mehr Transparenz“: Unternehmen verpflichtet, „anonymisierte Entgeltberichte“ vorzulegen; Es besteht „individueller Auskunftsanspruch“
- Abbau der „motherhood wage penalty“
  - Bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten
  - Und/oder umgekehrt: Männer müssen sich mehr an Kindererziehung beteiligen, damit es auch eine „fatherhood wage penalty“ gibt

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

### 4.2.4 Gesundheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Gesundheitsungleichheit

- Auch Gesundheit ist ungleich verteilt
  - Schlechtere Gesundheit manifestiert sich in höherer Mortalität / kürzerer Lebenserwartung (Ungleichheit der „finalen“ Art)
  - Ursachen ungleicher Gesundheit
    - Es gibt biologische Unterschiede zwischen den Menschen
    - Aber auch zahlreiche soziale „Korrelate“
      - Insbesondere zeigt sich immer wieder, dass mit dem Einkommen die Lebenserwartung steigt

► Tab 1 Lebenserwartung bei Geburt nach Einkommen – Mittelwert

Einkommen	Männer	Frauen
	Jahre	
< 60 % des durchschnittlichen Einkommens	70,1	76,9
60 – < 80 % des durchschnittlichen Einkommens	73,4	81,9
80 – < 100 % des durchschnittlichen Einkommens	75,2	82,0
100 – < 150 % des durchschnittlichen Einkommens	77,2	84,4
≥ 150 % des durchschnittlichen Einkommens	80,9	85,3
Insgesamt	75,3	81,3

Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1995–2005.

Quelle: Lampert et al. (2013)

# Gesundheitsungleichheit: Mechanismen

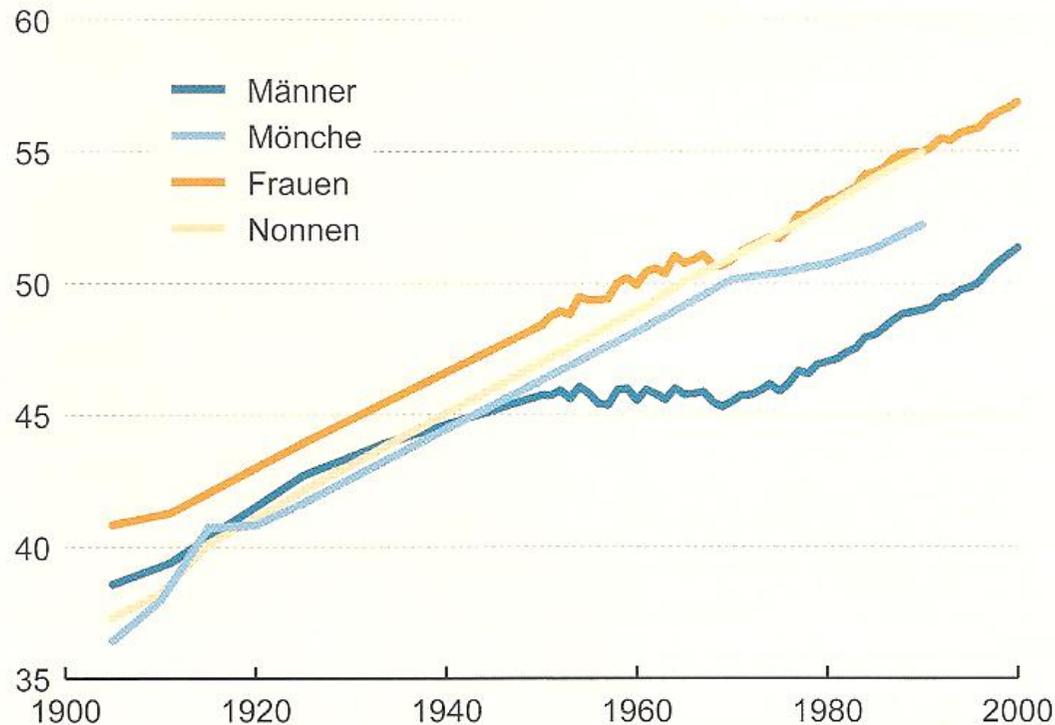
- Warum sind reichere Menschen gesünder/leben länger?
  - Ungleicher Zugang zu medizinischer Versorgung
    - Sollte in Deutschland eher nicht der Grund sein
    - Allerdings gibt es unterschiedliche Inanspruchnahme (hoch Gebildete gehen eher zum Arzt)
  - Ungleiche Belastungen („exposure“)
    - Wohnsituation: schlechte Wohnbedingungen (extrem: Obdachlosigkeit)
    - Arbeitsbedingungen: sind bei Niedriglohnberufen schlechter
    - Lebensstil: ärmere Menschen rauchen mehr, sind eher übergewichtig, und treiben weniger Sport (s. Lampert et al. 2013)
  - Selektion der Gesünderen in bessere soziale Positionen
    - Bzw. umgekehrt: „Barrieren“ für kränkliche Menschen
- Z.B. zeigt eine Studie von Conti/Heckman/Urzua (2010), dass Exposure und Selektion zu je etwa 50% beitragen
- Fazit: „Armut macht krank“, aber auch „Krankheit macht arm“

# Gesundheitsungleichheit: Maßnahmen

- Wenn man diese Ungleichheiten abbauen wollte
  - Exposure
    - Armutsbekämpfung: bessere Wohnbedingungen, bessere Arbeitsbedingungen für Arme
    - Gesundheitsaufklärung/-zwang: gesünderer Lebensstil
  - Der Selektionsmechanismus verweist aber darauf, dass dies Gesundheitsungleichheit nicht gänzlich beseitigen kann
    - Es bedarf weiterer Maßnahmen zum Abbau von Barrieren, z.B.
      - „Nachteilsausgleiche“ für kranke Menschen
      - Wiederholungsklausuren an der Uni
      - Verbeamtung auch von Übergewichtigen

# Frauen leben länger

Fernere Lebenserwartung im Alter von 25 Jahren



RZ-Grafik / Datenquelle: [www.klosterstudie.de](http://www.klosterstudie.de).

Quelle: Rostocker Zentrum (2011)  
„Deutschland im Demografischen Wandel“; Luy (2003)

- Männer leben ca. 5 Jahre kürzer
  - Männer sind das „final“ benachteiligte Geschlecht!
  - Es gibt biologische Ursachen (genetisch, hormonell)
  - Wichtiger jedoch sind „soziale“ Ursachen
    - Männer: mehr (Arbeits-) Unfälle, mehr Stress, mehr Selbstmord, schlechteres Gesundheitsverhalten
  - Beweis: Mönche leben fast so lange wie Nonnen
  - Jedoch der Überlebensvorteil der Frauen reduziert sich
    - Mehr Rauchen
    - Höhere Erwerbstätigkeit: mehr Arbeitsstress



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.3 Theorien sozialer Ungleichheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Theorien sozialer Ungleichheit

- Auch bisher schon öfter Theorie: „Mechanismen“
  - Es gibt aber auch „Großtheorien“, die einen allgemeineren Erklärungsanspruch haben
  - Viele Sozialforscher sind gegenüber „Großtheorien“ skeptisch. Deshalb favorisieren heute viele Sozialforscher Erklärungen mittels spezifischer Mechanismen (analytische Soziologie)
- Marxistische Theorie (Marx/Engels, ca. 1860)
  - Ungleichheit entsteht durch Besitz bzw. nicht-Besitz von Produktionsmitteln (Kapitalisten, Proletarier)
    - Die Proletarier werden von den Kapitalisten ausgebeutet
    - Alle Dimensionen der Ungleichheit dadurch geprägt
  - Kritik: völlig verkürzter Ansatz
    - Die 90% nicht-Besitzenden unterscheiden sich erheblich
    - Die 10% Besitzenden unterscheiden sich auch erheblich

# Funktionalistische Theorie

- Grundlegende Argumentation (Davis/Moore, 1945)
  - (Berufliche) Positionen unterscheiden sich nach ihrer Wichtigkeit für das System (die Gesellschaft)
  - Auf den wichtigsten Positionen sollen die talentiertesten/ bestausgebildeten Personen sein
  - Talent ist knapp und gute Ausbildung erfordert Anstrengungen
  - Um die Besten dazu zu motivieren, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen, müssen die Belohnungen (Lohn und soziale Anerkennung) auf den wichtigen Positionen hoch sein
  - Ungleichheit ist somit eine funktionale Notwendigkeit
- Kritik
  - Reiner Makroansatz: das „System“ handelt hier (keine Mikrofundierung)
  - Die Wichtigkeit kann nicht a-priori bestimmt werden, sondern nur ex-post durch die höhere Belohnung

# Markttheoretischer Ansatz

- Grundlegende Argumentation (zuerst: Adam Smith 1776)
  - Die Belohnung einer Position richtet sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt
  - Belohnung kann auch immateriell oder symbolisch sein
    - Gute Arbeitsbedingungen, Ansehen, Ruhm
- Soziale Ungleichheit resultiert aus
  1. Unterschiedlicher Produktivität
    - Unterschiedliche Begabung, Bildung, Arbeitsmotivation, etc.
    - Der Markt macht aus Unterschieden Ungleichheiten!
  2. Sozialer Schließung (ungleiche Löhne bei gleicher Produktivität)
    - Institutionelle Barrieren (z.B. Arbeitsgesetze, Berufstitel)
    - Diskriminierung

# Ein Mechanismus: das Matthäus-Prinzip

- Wie korrelieren die Dimensionen sozialer Ungleichheit?
  - Statusinkonsistenz: negative Korrelation
    - Bsp.: der reiche Sportstar mit nur Hauptschule
  - Statuskonsistenz: positive Korrelation
    - Bsp.: der reiche Unternehmer mit Doktor-Titel
- Meist positive Korrelation: Matthäus-Prinzip  
„Denn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat“
  - Bsp.: Hochgebildete erlangen einen besseren Beruf und höheres Einkommen und heiraten untereinander
  - Das führt zu einer Kumulation sozialer Ungleichheit
- Manchmal aber auch „Kompensationsprinzip“: Nachteile auf einer Dimension werden durch Vorteile auf einer anderen ausgeglichen
  - Bsp.: höhere Löhne für schlechte Arbeitsbedingungen (kompensierende Lohndifferentiale)



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.4 Strukturen sozialer Ungleichheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Die Schichtung der Gesellschaft

- Soziologie teilt die Bevölkerung gern in Gruppen ein, die von unten nach oben hierarchisch geordnet sind
  - Man spricht von „Schichten“ (oder: „Klassen“)
  - Innerhalb der Schichten ist die Lebenslage der Menschen ähnlich
    - Mitglieder einer Schicht haben auf allen Ungleichheitsdimensionen eine ähnliche Position
    - Ihre Lebenschancen sind durch die Schichtmitgliedschaft bestimmt
    - Die Schicht beeinflusst Denken und Interessen und somit das Verhalten
    - Es entwickelt sich ein Bewusstsein für die Sozillage (Klassenbewusstsein bei Marx, Klassen-Habitus bei Bourdieu)
  - Schichtmodelle müssen folgenden Bedingungen genügen
    - Homogenität: innerhalb der Schichten kaum Varianz der Lebenslage
    - Unterscheidbarkeit: zwischen den Schichten viel Varianz der Lebenslage
    - Hierarchie: die Schichten lassen sich eindeutig ordnen

# EGP-Klassen

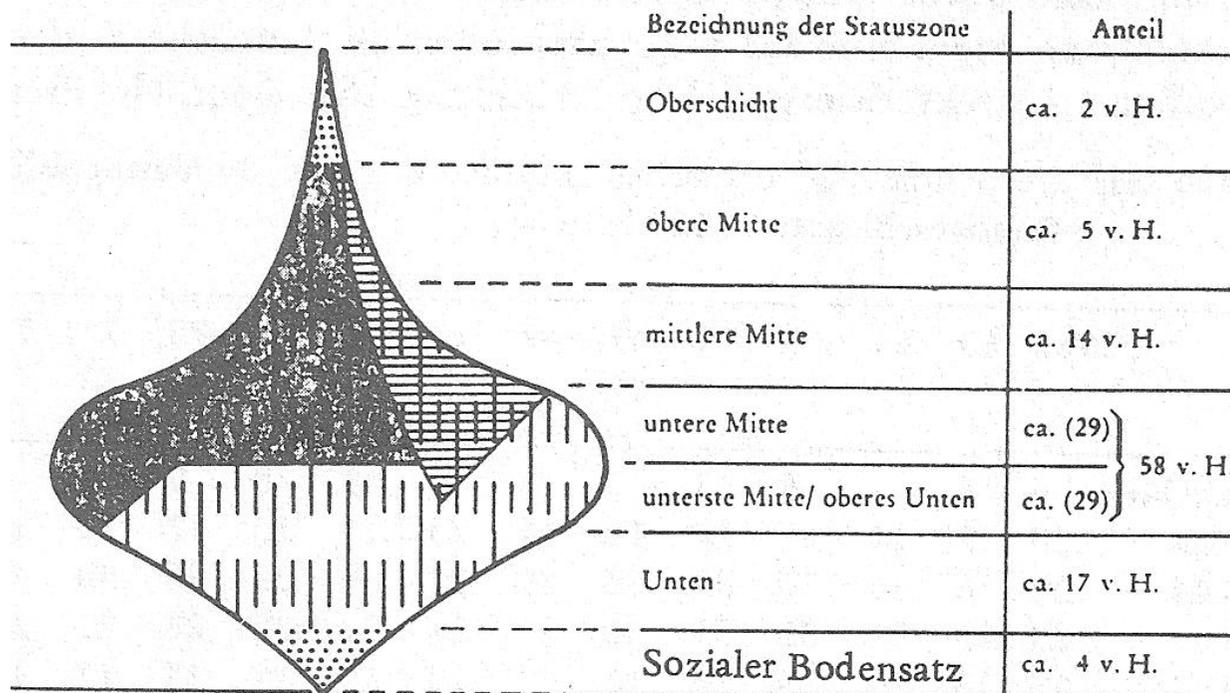
- Erikson, Goldthorpe, Portocarero 1979
  - Produktionsmittelbesitz: Arbeitgeber, Selbständige, Arbeitnehmer
  - Differenziert nach Qualifikation und Position in der Hierarchie
  - 10 Klassen (zusammenfassbar in 7, 5, oder 3)

	Klasse
I	Professional, administrative and managerial, higher (Obere Dienstklasse)
II	Professional, administrative and managerial, lower (Untere Dienstklasse)
III	Routine nonmanual (Nicht-manuell Ausführende)
IVa	Proprietors and self-employed with employees (Selbstständige mit Beschäftigten)
IVb	Proprietors and self-employed without employees (Selbstständige ohne Beschäftigte)
IVc	Farmers and smallholders (Landwirte)
V	Lower technical and supervisory (Arbeiterelite)
VI	Skilled manual (Facharbeiter)
VIIa	Semi-skilled and unskilled manual (Un- und Angelernte)
VIIb	Agricultural workers (Landarbeiter)

Quelle: Huinink/Schröder, S. 183

# Die Mittelstandsgesellschaft

- M. Weber und T. Geiger führten den Begriff „Schicht“ ein
  - In Absetzung von der marxistischen „Klasse“
  - Sie wollten betonen, dass nicht nur ökonomische Kriterien die soziale Position bestimmen
- 1950er Jahre: Die Mittelschicht wird die dominante Schicht
  - „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (H. Schelsky)



- **„Bolte Zwiebel“**
- Schichtaufbau der deutschen Gesellschaft ca. 1965
- Mittelschicht: 77% !
- Allerdings beruht auch dieses Schichtmodell auf der beruflichen Position!

Quelle: Bolte/Hradil, 1984, Soziale Ungleichheit, S. 220

# Kritik der Klassen- und Schichtmodelle

- Kritik an den klassischen Modellen
  - Innerhalb der Schichten ist die Varianz der Lebenslagen zu groß
  - Eine hierarchische Ordnung ist auch nicht mehr sinnvoll
    - Schichtmodelle bilden keine monotone Wohlbefindensskala
  - Individualisierung (Beck, 1983)
    - Jede Form der Gruppierung in modernen Gesellschaften ist zum Scheitern verurteilt
- Heute im Großen und Ganzen drei „Lager“
  - Individualisierung: verwenden diese Modelle nicht mehr
  - Klassen: Die neuen differenzierten Klassenkonzepte (EGP) sind nach wie vor ungleichheitsrelevant
    - „Klasse“ erklärt Varianz in Modellen des Wohlbefindens
  - „Dimensionale“ Ungleichheitsforschung: Schichtbildung macht heute keinen Sinn mehr, aber die Dimensionen sozialer Ungleichheit haben nach wie vor großen Einfluss auf die Lebenslage



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

## 4.5 Soziale Mobilität

Josef Brüderl  
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



# Soziale Mobilität

- Def.: Veränderung ungleichheitsrelevanter Merkmale
  - Einzelner Dimensionen der sozialen Ungleichheit
    - Bildungs-, Berufs-, Einkommensmobilität
  - Mehrere Dimensionen
    - Schicht-, Klassenmobilität
- Veränderung innerhalb oder zwischen Generationen
  - Intragenerationale Mobilität
    - Veränderung im Lebensverlauf eines Menschen
      - Bsp.: beruflicher Aufstieg (Karrieremobilität)
  - Intergenerationale Mobilität
    - Veränderung zwischen den Generationen
      - Bsp.: Bildung der Eltern und Bildung der Kinder
- Richtung der Veränderung
  - Vertikale Mobilität: Aufstiegs- oder Abstiegsmobilität
  - Horizontale Mobilität: berufliche Veränderung (ohne Auf-/Abstieg)

# Intragenerationale Mobilität

- Ausmaß der Karrieremobilität
  - In D eher niedrig, wg. enger Koppelung von Ausbildung und Beruf
- Haben sich die Lebensverläufe verändert?
  - These I: früher folgten die meisten einer „Normalbiographie“
    - Männer: Schule, Ausbildung, lebenslange Beschäftigung in einem Betrieb, Rente
    - Frauen: Schule, ungelernte Tätigkeit, Hausfrau
  - These II: heute zeigt sich eine De-Standardisierung der Verläufe
    - Globalisierung: Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse
    - Lebenslanges Lernen und biographische Brüche
    - Besonders starker Wandel bei den Frauen
    - Analog im Bereich der Lebensformen: Pluralisierung
  - Antwort unklar
    - Die Normalbiographie war früher nicht so dominant
    - Die De-Standardisierung wird gerne übertrieben

# Intergenerationale Mobilität

- Klassisch soziologisches Forschungsthema
  - Geschlossene Gesellschaft
    - Statuszuweisung überwiegend durch Geburt
  - Offene Gesellschaft
    - Statuszuweisung durch Leistung
- Klassische Methode: die Mobilitätsmatrix
  - Verteilung der sozialen Position der Kinder in Abhängigkeit von der sozialen Position der Eltern
    - Meist: Position des Sohnes in Abhängigkeit von Position des Vaters
  - Abstromprozente: in welche soziale Positionen gehen die Kinder?
    - Auf- bzw. Abstiegschancen von Kindern
- Modernere Methode: Pfadanalyse
  - Z.B. das Status-Attainment-Modell

# Mobilitätsmatrix: Klassenmobilität

Väter <sup>1</sup>	Söhne <sup>1</sup>						Gesamt	
	obere Dienst- klasse <sup>2</sup>	untere Dienst- klasse <sup>3</sup>	Fach- arb./ Techn.	sons- tige Ar- beiter	Selb- stän- dige <sup>4</sup>	landw. Berufe	%	Fallzahl
								Abstromprozent
	Westdeutschland							
obere Dienstklasse <sup>2</sup>	49	21	19	(4)	7	(0)	100	162
untere Dienstklasse <sup>3</sup>	20	38	33	(3)	6	(1)	100	177
Facharbeiter/Techniker	9	18	57	10	5	(0)	100	675
sonstige Arbeiter	(5)	16	61	12	(4)	(2)	100	186
Selbständige <sup>4</sup>	18	26	26	7	22	(1)	100	153
landwirtschaftl. Berufe	11	10	28	16	8	28	100	239

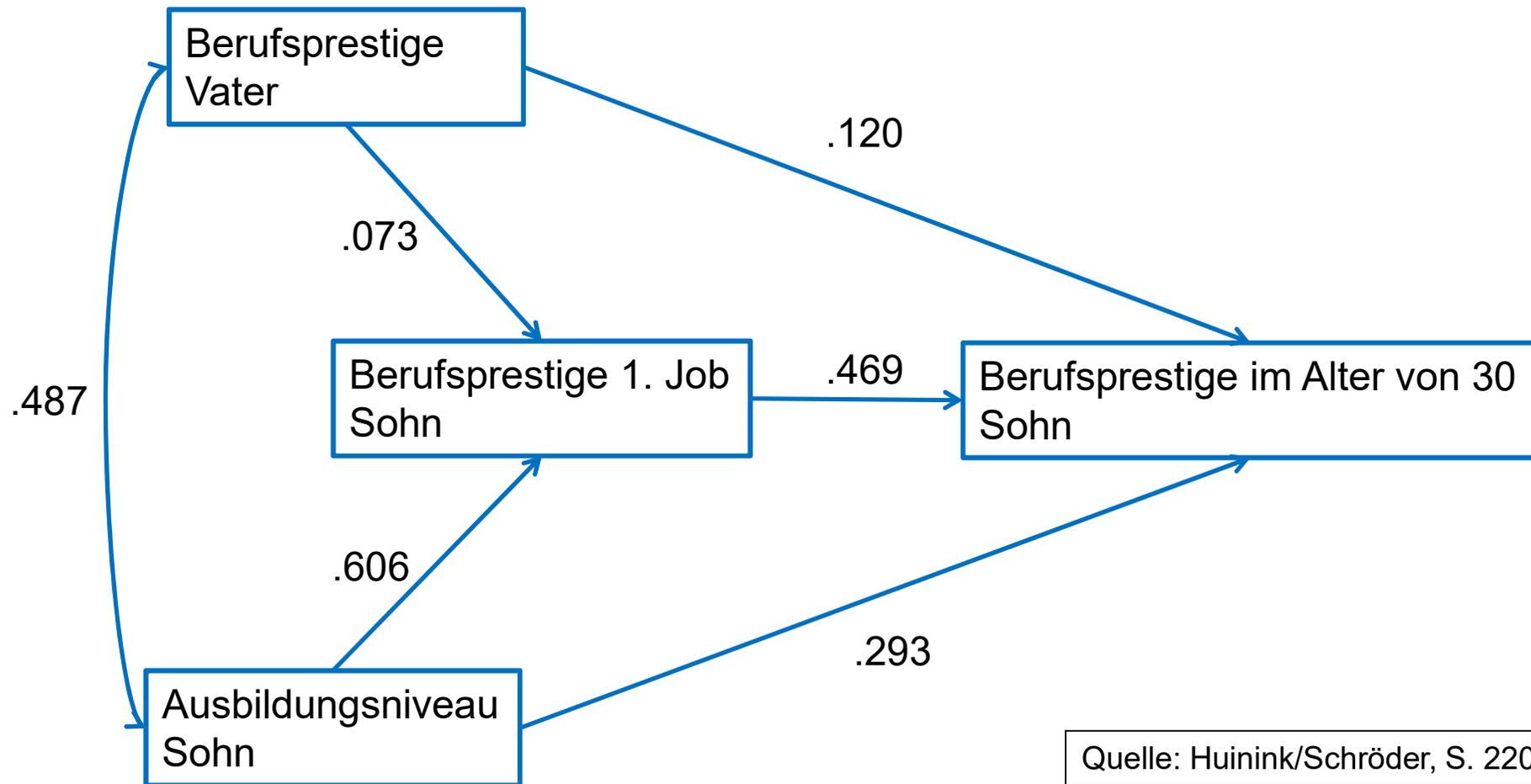
Quelle: Thomas Klein:  
Sozialstrukturanalyse,  
S. 296f

- **Historischer und internationaler Vergleich**
  - Erikson/Goldthorpe (1992) The Constant Flux.
  - Befund: Mobilitätsquoten haben sich im 20. Jhd. nicht groß verändert, erst in jüngster Zeit ist eine Erhöhung zu beobachten

# Pfadanalyse: Status-Attainment-Modell

- Wie kommt man zu seinem sozio-ökonomischen Status?
  - Klassiker: Blau/Duncan (1967) „The American Occupational Structure“
    - Geschlossene Gesellschaft: Beruf des Vaters bestimmt Beruf Sohn
    - Offene Gesellschaft: Bildung des Sohns bestimmt Beruf
- Ergebnisse von Regressionsanalysen (s. nächste Folie)
  - Die Pfeile bedeuten, dass es einen gerichteten Effekt gibt
  - Die Zahlen geben Richtung und Stärke des Effektes an
    - Standardisierte Regressionskoeffizienten
  - Berufsstatus Vater korreliert stark (.49) mit Bildung Sohn
    - Starke Bildungsvererbung liegt vor
  - Berufsstatus Vater hat deutlich schwächeren Effekt (.07) als Bildung Sohn (.61) auf den Berufsstatus des 1. Jobs des Sohns
    - Eigene Leistung wichtiger als Herkunft
  - Effekt des Berufsstatus des Vaters auf den Berufsstatus des Sohnes im Alter 30 ist ebenfalls schwach (.12)
    - Nur geringe Statusvererbung

# Pfadanalyse: Status-Attainment-Modell



Quelle: Huinink/Schröder, S. 220

Daten: Deutsche Lebensverlaufsstudie  
Männer der Kohorten 1949-51

# Zitierte Literatur

- Becker, G. (1964) Human Capital. University of Chicago Press.
- Bolte, K.M. und S. Hradil (1984) Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich.
- Boudon, R. (1974) Education, Opportunity, and Social Inequality. Wiley.
- Brüderl, J. (2004) Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. Aus Politik und Zeitgeschichte B 19: 3-10.
- Brüderl, Josef, Fabian Kratz und Gerrit Bauer (2018) Life course research with panel data: An analysis of the reproduction of social inequality. Advances in Life Course Research (im Erscheinen).
- Bundesregierung (2016) Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/static/LB/index.html>
- Conti, G, J. Heckman und S. Urzua (2010) The Education-Health Gradient. AER 100 (May): 234-238.
- Cunha, F. und J. Heckman (2006) Investing in Our Young People. Unveröff. Manuskript.
- Eckhard, J. (2015) Abnehmende Bindungsquoten in Deutschland. KZfSS 67: 27-55.
- Esser, H. (1993) Soziologie: Allgemeine Grundlagen. Frankfurt: Campus.
- Felbermayr, G. et al. (2016) Entwicklung der Einkommensungleichheit. München: Stiftung Familienunternehmen.
- Frick, J. und M. Grabka (2009) Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht 04/2009.
- Gartner, H. und T. Hinz (2009) Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit in Betrieben, Berufen und Jobzellen (1993-2006). Berliner J. Soziologie 19: 557-575.
- Goldin, C. und L. Katz (2008) The Race Between Education and Technology. Harvard University Press.
- Grabka, M und J. Goebel (2017) Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen. DIW Wochenbericht Nr. 4, 2017.

# Zitierte Literatur

- Huinink, J. und T. Schröder (2008) Sozialstruktur Deutschlands. UVK Verlagsgesellschaft.
- Joachimiak, W. (2013) Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich? STATmagazin 03/2013.
- Klein, Th. (2005) Sozialstrukturanalyse. Rowohlt.
- Lampert, T. et al. (2013) Gesundheitliche Ungleichheit. S. 259-271, in: Datenreport 2013. bpb.
- Luy, M. (2003) Causes of Male Excess Mortality. Population and Dev. Rev. 29: 647-676.
- Neugebauer, M. (2010) Bildungsungleichheit und Grundschulempfehlung beim Übergang auf das Gymnasium. ZfS 39: 202-214.
- Ochsenfeld, F. (2012) Gläserne Decke oder goldener Käfig? KZfSS 64: 507-534.
- Schmillen, A. und H. Stüber (2014) Bildung lohnt sich ein Leben lang. IAB-Kurzbericht.
- Skopek, J. et al. (2009) Partnersuche im Internet. KZfSS 61: 183–210.
- Smith, A. (1776) The Wealth of Nations.
- Statistisches Bundesamt (2012) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, Fachserie 15, Heft 6.
- Stock, M. (2017) Hochschulexpansion und Akademisierung der Beschäftigung. Soziale Welt 68: 347-364.
- Vogt, T. (2013) How many years of life did the fall of the Berlin Wall add? Gerontology 59: 276-282.
- Wagner, M. (2008) Entwicklung und Vielfalt der Lebensformen. S. 99-120, in: N. Schneider (Hg.) Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Budrich.